



universität
wien

Diplomarbeit

Die „anderen Deutschen“

Subjektpositionen im Diskurs um den „Aufbau Ost“

Eine kritische Diskursanalyse

Verfasserin

Mag. Sandra Katzer

Angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2014

Studienkennzahl: 298

Studienrichtung: Psychologie

Betreuer: Ao. Univ.-Prof. Dr. Thomas Slunecko

„Wichtig ist, so glaube ich, daß die Wahrheit weder außerhalb der Macht steht noch ohne Macht ist Die Wahrheit ist von dieser Welt; in dieser wird sie aufgrund vielfältiger Zwänge produziert, verfügt sie über geregelte Machtwirkungen. Jede Gesellschaft hat ihre eigene Ordnung der Wahrheit, ihr [sic] ‚allgemeine Politik‘ der Wahrheit: d.h. sie akzeptiert bestimmte Diskurse, die sie als wahre Diskurse funktionieren läßt“

Michel Foucault (1978, S. 51)

Danksagungen

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen bedanken, die mich in meinem Studium und insbesondere beim Verfassen dieser Arbeit unterstützt haben. Das Entstehen dieser Arbeit empfand ich als einen Prozess, der begleitet war von Herausforderungen, Erkenntnis und Freude.

Ganz besonders bedanken möchte ich mich bei meinem Diplomarbeitsbetreuer Herrn ao. Univ-Prof. Dr. Thomas Slunecko, der mir die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit neuen Denkweisen und Forschungsfeldern gab und mir damit Denkräume jenseits des psychologischen Mainstreams in meinem Studium eröffnete.

Mein ganz besonderer Dank gilt auch meinen Eltern Jürgen und Rita Katzer, die mir durch ihr Vertrauen in mich, immer wieder die Kraft zur Bewältigung dieses sehr komplexen Themas gegeben haben und mir durch ihre finanzielle Unterstützung dieses zweite Studium ermöglichten.

Großer Dank gilt auch meinem Partner Peter Biro, der mir durch sein Verständnis und seine warmherzige und liebevolle Art, stets das Gefühl von Geborgenheit und Angenommensein vermittelt.

Zu guter Letzt, möchte ich noch meinen FreundInnen und KommilitonInnen danken, die mich in meinem Forschungsprozess immer wieder motiviert haben und denen ich viele interessante Anregungen verdanke.

Inhalt

Einleitung	9
Theoretischer Teil	14
1. Die deutsche Wiedervereinigung und der „Aufbau Ost“	14
1.1 Schritte zur Deutschen Vereinigung	14
1.2 Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und der „Aufbau“ der neuen Bundesländer.....	15
2. Subjekt und Regierung	18
2.1 Subjekt, Wissen und Macht.....	18
2.2 Das Konzept der Gouvernamentalität	20
2.3 Die liberale und neoliberale Gouvernamentalität	23
2.4 „Das unternehmerische Selbst“	26
3. Perspektiven auf das Eigene und das Fremde im kolonialen und Entwicklungsdiskurs	29
3.1 Das Konzept Entwicklung	29
3.2 Merkmale des kolonialen Diskurses	31
3.2.1 „Der Westen und der Rest“	32
3.3 Merkmale des Entwicklungsdiskurses	34
Methodischer Teil	36
4. Methodische Grundlagen und Vorgehensweise	36
4.1 Zum Verhältnis von Diskurs und Wahrheit bei Foucault	37
4.2 Methoden der Diskursanalyse	38

4.2.1 Die Kritische Diskursanalyse (KDA)	38
4.3 Die Wiener Schule der Kritischen Diskursanalyse	40
4.4 Strukturanalyse.....	41
4.5 Feinanalyse.....	42
5. Fragestellungen	43
6. Erstellung des Materialkorpus und Dossier	44
Empirischer Teil.....	46
7. Strukturanalyse.....	46
7.1 Die Diskursposition der Zeitschrift.....	47
7.2 Themen.....	49
7.2.1 Transformation.....	51
7.2.2 Wirtschaftliche Einheit	52
7.2.3 Institutionentransfer	54
7.2.4 Identitäten.....	55
7.2.5 Nationale Identität.....	55
7.2.6 Rückständiges Ostdeutschland.....	56
8. Feinanalyse.....	57
8.1 Veröffentlichungskontext.....	58
8.1.1 Der Autor	59
8.2 Inhaltsangabe	61
8.3 Graphische Gestaltung	62

8.4 Sprachliche Feinanalyse und Interpretation	66
9. Zusammenfassung und Ausblick	83
Literaturverzeichnis	87
Anhang	93
Abbildungsverzeichnis	126

Einleitung

Am 3. Oktober 1990 wurde mit dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) zur Bundesrepublik Deutschland (BRD) die Deutsche Vereinigung vollzogen. Damit einher ging die vollständige Übernahme des bundesdeutschen Institutionensystems durch die neuen Bundesländer und Ostberlin (Kollmorgen, 2013). Da ich im Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik geboren und aufgewachsen bin, ist diese Wiedervereinigung für mich nicht nur historische, sondern auch erlebte Vergangenheit. Mit einem gewissen zeitlichen und räumlichen Abstand begann ich, motiviert von dem Versuch meine Erinnerung zu „ordnen“ und Zusammenhänge zu verstehen, mich mit meinen Erfahrungen auseinander zu setzen. Obgleich mir meine kindliche Lebenswelt niemals als „grau“ erschienen war, wie in der Berichterstattung über Ostdeutschland häufig dargestellt, begann ich doch ein Gefühl der Minderwertigkeit und Andersartigkeit, bezüglich meiner Herkunft und im Vergleich mit den Menschen aus den alten Bundesländern zu verspüren. Diese, mich zum Teil bis heute begleitende Irritation motivierte mich zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den Diskursen über Ostdeutschland¹ und den BewohnerInnen² dieser Regionen und letztlich zum Verfassen dieser Arbeit.

Das Ende des sozialistischen Gesellschaftssystems und die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten brachte umfangreiche Diskurse über die deutsche Einheit und über den damit verbundenen Transformationsprozess hervor, mit dem weitreichende soziale, wirtschaftliche und politische Veränderungen

¹ Die Begriffe Ostdeutschland und Westdeutschland bzw. Ostdeutsche und Westdeutsche verstehe ich nicht als jeweils homogene Einheiten, da sie gesellschaftlich entstandene Kategorien sind und auf an sich heterogene soziale Räume verweisen. Ich möchte mich hier der Sichtweise Spivaks anschließen, die es kritisiert, wie sie am Beispiel der Konstruktion eines homogenen „Indien“ verdeutlicht, Menschen mit eigentlich unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Lebensumwelten unter abstrakten Überbegriffen zu subsumieren (Spivak, 2008, S. 81, 99).

² Um die Beteiligung von Frauen bei den entsprechenden Personengruppen zu verdeutlichen und in diesem Sinne sprachlich sichtbar zu machen, werde ich im Rahmen meiner Arbeit die geschlechtergerechte Formulierung des Binnen-I verwenden.

in den neuen Bundesländern einhergingen³. Im parteipolitisch programmatischen, sozialwissenschaftlichen sowie im massenmedialen Diskurs dominieren unterschiedliche theoretisch-konzeptuelle Ansätze in der Kommunikation über die Thematik. Kollmorgen (2010) nennt in diesem Zusammenhang eine im politischen sowie sozialwissenschaftlichen Diskurs vorherrschende Sichtweise, die den Vereinigungs- und Transformationsprozesses in Anlehnung an modernisierungstheoretische Modelle konzipiert und interpretiert. Beispielhaft in der politischen Praxis war dafür das von der Bundesregierung initiierte Programm des sogenannten Aufbau Ost, das einen notwendigen wirtschaftlichen Aufschwung unter anderem durch die Übernahme der bundesdeutschen Strukturen und Normen sowie mittels „(politisch-)kultureller Anpassungsprozesse“ propagierte (ebd., S. 2). Das erklärte politische Ziel war es, die strukturschwachen Regionen der neuen Bundesländer zu „blühenden Landschaften“ zu entwickeln, wie es Helmut Kohl bereits am 1. Juli 1990 in seiner Rede anlässlich der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion formulierte: „Durch eine gemeinsame Anstrengung wird es uns gelingen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen schon bald wieder in blühende Landschaften zu verwandeln, in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt“⁴. Mit der Konzeption einer nachholenden Entwicklung der ostdeutschen Regionen ist die Vorstellung eines „Hineinwachsens“ der ostdeutschen Bevölkerung in die neue bundesdeutsche kulturelle und gesellschaftliche Praxis verbunden. Wie zu zeigen sein wird, lässt sich eine entsprechende Argumentationslogik auch im Mediendiskurs finden. Im Rahmen meiner Diplomarbeit möchte ich diesen Konzeptionen kritisch begegnen.

Der nach dem Zweiten Weltkrieg etablierten und gängigen Konzeption von

³ Für einen ausführlichen Überblick über den parteipolitischen, sozialwissenschaftlichen und massenmedialen Diskurs des deutschen Vereinigungsprozesses siehe Kollmorgen (2010); Kollmorgen et al. (2011). Die Autoren weisen zudem darauf hin, dass sich die Diskursfelder mitunter auf das jeweils andere beziehen und es dadurch zu einer Verknüpfung untereinander kommt (ebd., 2011, S.13)

⁴ <http://www.helmut-kohl.de/index.php?msg=555> [11.2.2014].

Entwicklung als einer nachholenden Modernisierung wird bereits seit den 1980er Jahren umfassende Kritik entgegen gebracht. Vor allem die unter dem Begriff Post-Development zusammengefassten heterogenen Ansätze üben Kritik am Entwicklungsdiskurs selbst und identifizieren das Konzept von Entwicklung als eurozentrisch und autoritär (vgl. u.a. Escobar, 1995; Sachs, 1993). Darüber hinaus fokussieren diskursanalytisch orientierte Arbeiten zur Thematik auf die Konstruktion kultureller Identitäten und die zugrunde liegende diskursive Struktur des Entwicklungsdiskurses des 20. Jahrhunderts. So erkennt beispielsweise Aram Ziai (2004, 2006) in der Grundstruktur des Entwicklungsdiskurses deutliche Parallelen zum kolonialen Diskurs und identifiziert diese Struktur als eine binäre, die eine Zweiteilung der Welt in „entwickelte“ und „unterentwickelte“ Gebiete impliziert. Die Rückständigkeit ersterer kann dabei durch die Hilfe der „entwickelten“ Länder aufgehoben werden (ebd.). Hall (1994) dekonstruiert Vorstellungen vom modernen, entwickelten „Westen“ und den rückständigen „Anderen“ als diskursive Konstruktionen, die der Legitimation von gesellschaftlichen Diskriminierungs- und Ausgrenzungsprozessen dienen, die es meiner Ansicht nach gilt aufzuzeigen. Wie im Rahmen dieser Arbeit zu zeigen sein wird, lassen sich diese binäre diskursive Grundstruktur sowie entsprechende diskursiv konstituierte kulturelle Repräsentationen des Eigenen und Fremden auch in der medialen Berichterstattung zum „Aufbau Ost“ wiederfinden.

In der vorliegenden Arbeit möchte ich meinen Blick vor allem auf den diskursiven Umgang mit den BewohnerInnen der neuen Bundesländer im Rahmen des „Aufbau Ost“, unter der Perspektive der Konstitution von Subjekten richten. Kollmorgen (2010, 2011) hat in diesem Zusammenhang auf die wiederholte Thematisierung angeblicher ostdeutscher Eigenarten und Abweichungen gegenüber der westdeutschen Gesellschaft hingewiesen. Insbesondere im Zusammenhang mit den Erfordernissen des wirtschaftlichen Aufbaus der neuen Länder und der Angleichung der Lebensverhältnisse werden vermeintliche ostdeutsche Denk- und Verhaltensweisen thematisiert und den Menschen der neuen Bundesländer bestimmte sozialisationsbedingte typische Eigenschaften zugeschrieben. Darüber hinaus etabliert sich ein (neoliberaler) Diskurs (vgl. u.a. Böhmer, 2005), der die vermeintlichen Dispositionen und Denkgewohnheiten der Ostdeutschen einem als

notwendig erachteten marktwirtschaftlichen und unternehmerischen Bewusstsein und Handeln gegenüberstellt. Letzteres, also der notwendige „unternehmerische Geist“, sei bei den BewohnerInnen der neuen Bundesländer nicht oder nur ungenügend vorhanden. Böhmer (2005, S. 118) spricht in diesem Zusammenhang sogar von „mentalene Diktaturschäden“ und attestiert den Ostdeutschen eine „unzureichende mentale Bereitschaft“ für die Marktwirtschaft (ebd., S. 61). Eine Änderung dieser Denkgewohnheiten und Mentalitäten sei jedoch eine „*notwendige* Bedingung für den Erfolg einer ökonomischen Transformation“ (ebd., S. 84). Die hier formulierten Anforderungen, welches individuelles Verhalten und soziale Beziehungen mit ökonomischen Kriterien in Verbindung setzen und die Bedeutung unternehmerischen Denkens und Handelns der Subjekte in den Vordergrund stellen, verlangen meiner Meinung nach einer genaueren Betrachtung, denn sie vermitteln normative Vorstellungen davon, wie Menschen sein sollen und bringen menschliches Verhalten anstatt mit sozialen ausschließlich mit wirtschaftlichen Kriterien in Zusammenhang.

Für die vorliegende Arbeit möchte ich daher meinen Blick auf die Konstitution von Subjektpositionen im Diskurs über den „Aufbau Ost“ mittels der Analyse von Diskurs- und Wissensformen richten. Mit anderen Worten möchte ich die diskursive Formierung von Subjekten, d.h. wie und in welcher Weise die Menschen in Ostdeutschland im Diskurs angesprochen werden, also wie diese sein sollen, betrachten. Darüber hinaus gilt mein Interesse dem Verhältnis dieser Subjektivierungsprozesse zu Herrschaftsstrategien bzw. Regierung. Als Referenzpunkt meiner Ausführungen dienen mir die Arbeiten Michel Foucaults, der Subjektivierung in vielfältige Machtverhältnisse, Produktions- und Sinnbeziehungen eingebunden versteht (Foucault, 2005b, S. 270). Macht wird hier im Sinne eines Einwirkens auf das Handeln anderer begriffen und vollzieht sich innerhalb entsprechender Strukturen. Ich werde mich dazu insbesondere auf die theoretischen Überlegungen Foucaults zur Problematik der Regierung, im Sinne von Fremd- und Selbstregierung beziehen, um die Bedeutung des Zusammenhangs von Subjektivierung, Regierung und Macht- bzw. Wissensformen darzustellen.

Zu Beginn möchte ich zunächst den sogenannten Aufbau Ost im Rahmen der damit verbundenen historischen Ereignisse ausführlicher darstellen, um dem Leser einen Einblick in den Ablauf der stattgefundenen Ereignisse zu ermöglichen

(Kapitel 1). In einem nächsten Schritt werde ich mich im zweiten Kapitel den Begriffen des Subjekts und der Subjektivierung, wie sie Foucault beschrieben hat, zuwenden (Kapitel 2.1). Daran anschließend werde ich mich mit dem Konzept der Gouvernamentalität, wie es von Foucault aufbauend auf seinen Überlegungen zum Begriff der Regierung erarbeitet wurde, im Spannungsverhältnis von Machttechniken, Wissensformen und Subjektivierungsprozessen auseinandersetzen (Kapitel 2.2). Dadurch soll verdeutlicht werden, wie Regierung als Führung von Menschen operiert, und die Bedeutung immanenter Machtverhältnisse expliziert werden. Da sich die Thematik zeitlich und politisch im Übergang zu einer neoliberalen Regierungsrationalität bewegt, sollen in einem nächsten Schritt die damit verbundenen Regierungstechniken und -strategien, im Sinne einer Regierung durch andere und durch sich selbst, wie bei Foucault beschrieben, dargestellt werden (Kapitel 2.3). Mit anderen Worten, werde ich auf die für den Neoliberalismus charakteristische Mentalität des Regierens eingehen und mich darüber hinaus der ausführlichen Betrachtung des damit verbundenen Menschenbildes widmen. Anhand des von Ulrich Bröckling (2007) herausgearbeiteten Konzepts der Subjektivierungsform des „unternehmerischen Selbst“ sollen hierzu Vorstellungen über das zeitgenössische „moderne“ Subjekt und dem was als wünschenswert gilt, aufgezeigt werden (Kapitel 2.4). Um darüber hinaus die Repräsentation der Subjekte und die Beziehung zwischen den ostdeutschen Subjekten zu denen des „Westens“ genauer bestimmen zu können, möchte ich mich im Anschluss der Konstruktion von kulturellen Identitäten in Diskursen, am Beispiel des kolonialen bzw. Entwicklungsdiskurs zuwenden (Kapitel 3).

Mit der Methode der kritischen Diskursanalyse fand ich eine Herangehensweise, die es mir ermöglichte, mich möglichst frei von Vorannahmen der mich interessierenden Berichterstattung zu nähern und doch diese jederzeit kritisch auf ihre Wirkmächtigkeit zu hinterfragen. Das damit verbundene methodische Vorgehen, d.h. die zugrundeliegenden Annahmen und Analyseschritte, werde ich im methodischen Teil der Arbeit näher erläutern (Kapitel 4). In einem nächsten Schritt soll zunächst die Fragestellung der Arbeit präzisiert (Kapitel 5) und daran anschließend die von mir vorgenommenen Schritte zur Materialauswahl und Erstellung des Materialkorpus dargestellt werden (Kapitel 6).

Im empirischen Teil der Arbeit werde ich mich der Strukturanalyse des Materials zuwenden und dabei weitestgehend den von Jäger (2009) beschriebenen Analyseschritten folgen (Kapitel 7). In der daran anschließenden Feinanalyse (Kapitel 8) steht die Untersuchung eines einzelnen Diskursfragments im Vordergrund, wobei ich vor allem die inhaltliche und formale Gestaltung des Textes herausarbeiten möchte. Abschließend werde ich die Ergebnisse meiner Untersuchung zusammenfassend darstellen und auf Anknüpfungspunkte bezüglich weiterführender Forschungsfragen verweisen.

Theoretischer Teil

1. Die deutsche Wiedervereinigung und der „Aufbau Ost“

1.1 Schritte zur Deutschen Vereinigung

Die seit der Öffnung der ungarischen Grenzen im September 1989 massenhafte Ausreise von Flüchtlingen aus der Deutschen Demokratischen Republik und die zunehmende Protestbewegung waren nicht nur die Reaktion auf Reformprozesse in der Sowjetunion, Polen und Ungarn, sondern auch der Beginn weitreichender politischer und gesellschaftlicher Veränderungen in der DDR. Im Mittelpunkt der zahlreichen Demonstrationen und Aktivitäten der Bürgerrechtsbewegungen stand die Forderung nach Presse-, Meinungs- und Reisefreiheit, Parteienpluralismus und einer demokratischen Erneuerung der DDR (Grünbaum, 2000). Mit der auf Demonstrationen bekundeten Losung „Wir sind das Volk!“ wurde der Wunsch der Menschen nach mehr Mitbestimmung und Freiheit zum Ausdruck gebracht. Im November 1989 erfolgte die Öffnung der Grenzen und die Entmachtung des Regimes und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) (Grünbaum, 2000; Weidenfeld & Korte, 1999).

In Folge kam es zu der Forderung nach einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten, die als Losungen „Wir sind ein Volk!“ und „Deutschland einig Vaterland“ auf den Demonstrationen ihren Ausdruck fanden. Die bundesdeutsche Regierung unter Helmut Kohl ergriff die Initiative und reagierte mit der Veröffentlichung eines Stufenplans zur künftigen Deutschlandpolitik (Zehn-Punkte-

Programm zur Deutschlandpolitik). Dieser sah, unter der Maßgabe politischer und wirtschaftlicher Veränderungen nach bundesstaatlichem Vorbild (Rödter, 2009), u.a. eine Konföderation beider deutscher Staaten und umfangreiche wirtschaftliche Hilfe für die DDR vor. Nach einer Reise nach Moskau Ende Januar 1990 und Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung über eine mögliche Wiedervereinigung legte Hans Modrow der westdeutschen Regierung einen Vereinigungsvertrag vor, der jedoch abgelehnt wurde. Lediglich die darin enthaltene Vorstellung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion wurde mit Interesse aufgenommen. Nach dem Wahlsieg der Allianz für Deutschland am 18.3.1990, der die Parteien CDU, DSU und Demokratischer Aufbruch vereinte, und nach der Bildung einer großen Koalition begannen die Verhandlungen über die Herstellung der deutschen Wiedervereinigung und die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion.

1.2 Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und der „Aufbau“ der neuen Bundesländer

Bereits im Februar 1990 unterbreitete die Bundesregierung der DDR den Vorschlag zur Errichtung einer Währungs- und Wirtschaftsgemeinschaft zwischen beiden deutschen Staaten. Die Unterzeichnung des Staatsvertrages über eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion erfolgte kurz nach der Wahl am 18. Mai 1990 und trat am 1. Juli 1990 in Kraft. Nach Auffassung der Bundesregierung sollten damit die wirtschaftlichen Probleme in der DDR-Region, für die man das ehemalige SED-Regime verantwortlich machte, gelöst und zudem die Abwanderung von Menschen aus der DDR in die Region der BRD beendet werden (Grünbaum, 2000). Damit einher ging die Übernahme der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung der BRD durch die DDR. Die sogenannte Wirtschaftsunion beinhaltete den Übergang vom System der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft und der damit verbundenen Verpflichtung zur Gewerbe-, Vertrags-, Niederlassungs-, Berufs- und Koalitionsfreiheit, zur freien Preisbildung, zum Wettbewerb und Schutz des Privateigentums (Grünbaum, 2000). Der Staatsvertrag sah im Rahmen der Währungsunion das Ende der Mark der DDR und die Einführung der D-Mark als alleiniges Zahlungsmittel vor und die Umwandlung von Löhnen, Renten und Mieten etc. im Verhältnis 1:1. Sparguthaben wurden im Verhältnis 1:1 für Kinder unter

fünfzehn Jahren bis zweitausend Mark, für Personen unter sechzig Jahren bis viertausend Mark und für ältere Personen bis sechstausend Mark umgetauscht. Guthaben, die über diese Summe hinaus gingen, wurden im Verhältnis 1:2 eingetauscht. Ein einheitlicher Währungs- und Wirtschaftsraum sollte damit die Grundlage für Investitionen in den Regionen der ehemaligen DDR bilden. Im Zuge der Sozialunion übernahm die ehemalige DDR die bundesdeutsche Sozialordnung, die eine entsprechende Arbeitsrechtsordnung, Sozialhilfe und das Versicherungssystem beinhaltete (Grünbaum, 2000). Es galt die sozialen Strukturen analog zu den ökonomischen Veränderungen in Ostdeutschland zu modernisieren und an westdeutsche Verhältnisse anzupassen (vgl. Weidenfeld & Korte, 1999). Alternative Konzepte zur Transformation und Vereinigung, wie beispielsweise Überlegungen zur gemeinsamen Gestaltung von Verfassung und Strukturen in einem neuen vereinigten Deutschland, fanden keine Berücksichtigung. Reißig (2010, S.2) spricht in diesem Zusammenhang vom Beitritt zu einem „Fertig-Staat“, der mit einem „Institutionen-, Eliten- und Ressourcentransfer von West- nach Ostdeutschland“ einherging.

Die Privatisierung des DDR-Staatsbesitzes wurde durch die Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums (THA) realisiert. Diese basierte auf der am 1. März vom Ministerrat der DDR gegründeten Treuhandanstalt, die das Volkseigentum an die Bevölkerung in den neuen Bundesländern übereignen sollte (Gebhard & Artzt, 1993, zit. nach Weidenfeld & Korte, 1999). Im Einigungsvertrag vom 20. August 1990 zwischen BRD und DDR wurde das Treuhandgesetz in Artikel 25 aufgenommen. Die primäre Aufgabe der Staatsholding Treuhand war, „die früheren volkseigenen Betriebe wettbewerblich zu strukturieren und zu privatisieren“ (Einigungsvertrag, 1990, Art. 25⁵). Insgesamt verwaltete die Treuhand bis zu ihrer Auflösung im Dezember 1994 über 15.000 Volkseigene Betriebe (VEB) und Betriebsteile, annähernd 4.400 Privatisierungen im Rahmen der Rückgabe an

⁵ <http://www.gesetze-im-internet.de/einigvtr/> [26.2.2014]

Alteigentümer, 25.000 kleinere Privatisierungen, wie z.B. Gaststätten und Geschäfte sowie fast 50.000 Immobilien im Gebiet der neuen Bundesländer (Grünbaum, 2000). Im Rahmen der Privatisierung fielen lediglich fünf Prozent der Unternehmen an Personen ostdeutscher Herkunft. Demgegenüber wurden über 85 Prozent von Personen erworben, die aus den alten Bundesländern kamen (Steding, 2005). In der Folge der zahlreichen Privatisierungen und Betriebsstillegungen kam es in den Regionen der neuen Bundesländer zu einer erheblichen Reduktion von ehemals über vier Millionen Arbeitsplätzen im Jahr 1990 auf eineinhalb Millionen zum Ende des Jahres 1994 (Grünbaum, 2000).

Mit der realpolitischen Umsetzung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion werden verschiedene Konzepte zur Umsetzung des wirtschaftlichen Aufholprozesses artikuliert. Dabei wurde überwiegend die Notwendigkeit der Verbesserung der Infrastruktur, die „Beseitigung von Investitionshemmnissen“, die Privatisierung der ehemals staatseigenen Betriebe sowie staatliche Subventionen als notwendige wirtschaftspolitische Maßnahmen betont (Reichelt, 2008, S. 13 f.). Für die Finanzierung des Aufbaus der neuen Länder wurden verschiedene Strategien verfolgt. So wurde der Finanztransfer nach Ostdeutschland u.a. durch Steuererhöhungen wie beispielsweise mittels des Solidaritätszuschlags, einer Verschuldung der öffentlichen Haushalte z.B. im Rahmen des Fonds „Deutsche Einheit“ oder durch Privatisierungen finanziert (Weidenfeld & Korte, 1999).

Gegen Ende der 1990er Jahre wurde die Möglichkeit eines vollständigen Aufholprozesses erstmals kritisch betrachtet, da die proklamierten Veränderungen bis dahin nicht eingetreten waren. Die Folge war eine Veränderung der Konzeption hin zu einer gezielteren Wirtschaftsförderung, die speziell auf Ostdeutschland ausgerichtet ist (Reichelt, 2008). Die Vorstellung, dass ein Aufholprozess durch entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen grundsätzlich möglich sei, wird jedoch nicht in Frage gestellt. In wieweit der erhoffte Aufschwung und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der neuen im Vergleich zu den alten Bundesländern bereits stattgefunden hat, wird der Öffentlichkeit mittels Zahlen und Statistiken verdeutlicht. Dazu dienen u.a. der Vergleich der Arbeitslosenzahlen sowie der Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes in West- und Ostdeutschland, wie z.B. vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht. Auffällig ist hier die einseitige

Orientierung an Kriterien wie dem BIP und der Vernachlässigung anderer Indikatoren zur Beurteilung einer Gesellschaft, wie z.B. sozialem Zusammenhalt, auf.

2. Subjekt und Regierung

2.1 Subjekt, Wissen und Macht

Foucaults grundlegendes Interesse, dass er in seinen Analysen zu erkunden versuchte, galt der Frage nach dem Subjekt und der Art und Weise, in der sich aus Individuen Subjekte konstituieren (1982, S. 270). Den Begriff des Subjekts definierte er dabei wie folgt: „Das Wort Subjekt hat zwei Bedeutungen: es bezeichnet das Subjekt, das der Herrschaft eines anderen unterworfen ist und in seiner Abhängigkeit steht; und es bezeichnet das Subjekt, das durch Bewusstsein und Selbsterkenntnis an seine eigene Identität gebunden ist“ (ebd., S. 275). Das Subjekt ist also ein historisches und von einer Instanz abhängiges, welches jedoch gleichzeitig die eigene Identität bewusst reflektiert und in ihr verhaftet ist. Indem er das Subjekt als sich innerhalb historisch-kultureller Räume formierend begreift, richtete er seinen Blick auf die historisch-kulturellen Bedingungen und Kontexte, in denen bestimmte Subjektformen hervorgebracht werden. Der Prozess der Subjektivierung ist demnach mit der Etablierung bzw. dem Verschwinden von bestimmten Diskursen und Praktiken verbunden.

Bereits in seinem Werk „Die Ordnung der Dinge“ (1966) begann Foucault mit einer Rekonstruktion der Subjektformen und setzte die Konstitution des Subjekts in Zusammenhang mit unterschiedlichen Wissenssystemen. Von Bedeutung ist dabei, dass der Prozess der Subjektivierung durch ständigen Wandel und Neuformierung gekennzeichnet ist, d.h. unterschiedliche Subjektivitäten formieren sich immer wieder neu, wie Foucault (2005a, S. 94) schrieb:

„ ... dass die Menschen im Laufe ihrer Geschichte niemals aufgehört haben, sich selbst zu konstruieren, das heißt ihre Subjektivität beständig zu verschieben, sich in einer unendlichen und vielfältigen Serie unterschiedlicher Subjektivitäten zu konstituieren. ... Die Menschen treten ständig in einen Prozess ein, der sie als Objekte konstituiert und sie dabei gleichzeitig verschiebt, verformt, verwandelt – und der sie als Subjekte umgestaltet.“

In der Folge wendete sich Foucault dem Subjekt im Zusammenhang mit Macht zu. So galt sein Interesse u.a. in „Überwachen und Strafen“ (1977) der Unterwerfung des Subjekts und dessen Formierung durch Disziplinarinstitutionen, wie dem Gefängnis (Reckwitz, 2008, S. 23). Während er hier das Subjekt noch als Produkt von Disziplinierung konzipierte (Pieper & Rodríguez, 2003, S. 8), erweiterte und veränderte Foucault in seinen folgenden Analysen seinen Subjektbegriff hin zu einem spezifischeren Konzept und widmete sich dem Verhältnis von Subjektivierungsprozessen und Herrschaftsformen. Er begann Machtbeziehungen unter dem Blickwinkel von „Führung“ zu analysieren und richtete seinen Blick auf den Begriff der Regierung (Lemke u.a., 2000a, S. 8). In seinen Vorlesungen zur „Geschichte der Gouvernementalität“ (1978/79) definierte er die Subjektwerdung als einen Prozess, bei dem sich das Subjekt im Spannungsverhältnis von unterschiedlichen Machtverhältnissen formiert, wobei Herrschaftstechniken mit den sogenannten Technologien des Selbst (vgl. Kapitel 2.2) verknüpft sind. Somit wird Subjektivierung als ein doppelter Prozess verstehbar, bei dem das Subjekt einerseits durch Macht produziert wird und gleichzeitig aktiv Macht ausüben kann und zur Selbstführung fähig ist (Pieper & Rodríguez, 2003, S. 8). Der Prozess der Subjektivierung vollzieht sich damit im Spannungsverhältnis zwischen Selbsterkenntnis bzw. -modellierung und der Ausrichtung und Einwirkung gesellschaftlicher Kräfte, bei dem Fremd- und Eigensteuerung ineinander verschränkt sind. Das Subjekt ist also „weder Tabula rasa, in die sich die gesellschaftlichen Mächte einschreiben, noch autonomer Autor des eigenen Lebens“ ..., sondern „der Fluchtpunkt der Definitions- und Steuerungsanstrengungen, die auf es einwirken und mit denen es auf sich selbst einwirkt“ (Bröckling, 2007, S. 22). Die in Diskursen produzierten Subjektivitäten formieren sich somit innerhalb und durch verschiedene Machtverhältnisse. Foucault verstand Macht also nicht als Beschränkung, die Subjektivität unterdrückt, sondern vielmehr wirkt diese durch Subjektivität, über die Formung und Steuerung von Individuen als Subjekte (Rose, 1996). Solcherlei Definitions- und Steuerungsbemühungen sind Teil der gesellschaftlichen Dispositive und Diskurse.

In seinen Ausführungen zur „Geschichte der Gouvernementalität“ richtete

Foucault seinen Blick auf die verschiedenen Formen solcher Steuerungsbemühungen als Ausdruck von Regierung und deren Praktiken, Technologien und Wissensordnungen. Im Folgenden möchte ich auf das Konzept der Gouvernamentalität als eine moderne Form des Regierens, wie bei Foucault dargestellt, ausführlicher eingehen.

2.2 Das Konzept der Gouvernamentalität

Gegen Ende der 1970er Jahre begann Foucault sich theoretisch mit dem Begriff der Regierung und der Genealogie des modernen Staates in seinen Vorlesungen zur „Geschichte der Gouvernamentalität“ am Collège de France auseinanderzusetzen. Im Zuge seiner Vorlesungsreihe führte er den Begriff der Gouvernamentalität (*gouvernementalité*) ein, der eine Zusammensetzung aus den Wörtern Regieren (*gouverner*) und Denkweise (*mentalité*) ist und dessen innovative Kraft nach Lemke et al. (2000a, S. 8) in seiner „Scharnierfunktion“ liegt. So verweise der Begriff einerseits auf die Bedeutung von Regierung hinsichtlich von Machtbeziehungen und Herrschaftszuständen sowie andererseits auf den Zusammenhang von Macht und Subjektivität (ebd.). Foucault (2004a, S. 162-163) verband mit dem Begriff der Gouvernamentalität vor allem drei Aspekte, die er wie folgt beschrieb:

"Mit diesem Wort 'Gouvernamentalität' möchte ich drei Dinge sagen. Ich verstehe unter 'Gouvernamentalität' die aus den Institutionen, den Vorgängen, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken gebildete Gesamtheit, welche es erlauben, diese recht spezifische, wenn auch sehr komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als wichtigste Wissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat. Zweitens verstehe ich unter 'Gouvernamentalität' die Tendenz oder die Kraftlinie, die im gesamten Abendland unablässig und seit sehr langer Zeit zur Vorrangstellung dieses Machttypus geführt hat, den man über alle anderen hinaus die 'Regierung' nennen kann: Souveränität, Disziplin, und die einerseits die Entwicklung einer ganzen Serie spezifischer Regierungsapparate [und andererseits] die Entwicklung einer ganzen Serie von Wissensarten nach sich gezogen hat. Schließlich denke ich, daß man unter 'Gouvernamentalität' den Vorgang oder vielmehr das Ergebnis des Vorgangs verstehen sollte, durch den der mittelalterliche Staat der Gerichtsbarkeit, der im 15. und 16.

Jahrhundert zum Verwaltungsstaat wurde, sich nach und nach 'gouvernementalisiert' hat."

Foucaults Bestimmung von Gouvernementalität verdeutlicht bereits den Blickwinkel seiner Untersuchungen. Sein Forschungsinteresse galt der Geschichte der Gouvernementalität bzw. den Veränderungen, die beim Übergang der verschiedenen Regierungspraktiken stattgefunden haben. Im Vordergrund seiner Untersuchungen standen also Betrachtungen über Regieren bzw. den Staat, wobei sich sein Blick auf die Regierungspraktiken, die zur Konstitution des Staates bzw. der Gouvernementalität beitragen, richtete. Sein unmittelbares Interesse galt der Analyse von Staatlichkeit als einer spezifischen Form des Regierens (Kammler et al., 2008, S. 262). Indem er den Staat selbst als Ergebnis gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse begriff, richtete sich sein Augenmerk auf Machtbeziehungen unter dem Blickwinkel von „Führung“ bzw. Regieren (Lemke, et al., 2000a, S. 8). Er erweiterte damit gleichsam sein Verständnis von Macht im Zusammenhang mit Regierung und verstand diese nicht als kontrollierende und unterdrückende Instanz, sondern vielmehr als durch ein Zusammenspiel von Fremd- und Selbstführung gekennzeichnet. Wie Lemke et al. (2000b, S. 2) schreibt, erlaubt es das Konzept der Gouvernementalität „soziale Beziehungen unter dem Blickwinkel der Menschenführung zu analysieren und konzentriert das Untersuchungsinteresse auf die systematischen Beziehungen zwischen Macht und Subjektivität, Herrschaftstechniken und ‚Technologien des Selbst‘“.

Die moderne Gouvernementalität vollzieht sich nach Auffassung Foucaults in einem doppelten Prozess und ist durch die Verknüpfung der Lenkung von Individuen und Gruppen durch andere mit Selbsttechnologien gekennzeichnet. Letztere umfassen die Art und Weise der Selbstführung von Menschen, die es ihnen ermöglicht, „mit eigenen Mitteln bestimmte Operationen mit ihren Körpern, mit ihrer eigenen Seele, mit ihrer eigenen Lebensführung zu vollziehen, und zwar so, dass sie sich selber transformieren, sich selber modifizieren und einen bestimmten Zustand von Vollkommenheit, Glück, Reinheit, übernatürlicher Kraft erlangen“ (Foucault, 1984, S. 35 f.). Mit anderen Worten können diese als Techniken verstanden werden, die es Individuen ermöglichen, sich entsprechend bestimmter, als wünschenswert geltender Vorstellungen, zu verstehen und zu verändern. Regierung meint also nicht

notwendiger Weise die Sicherstellung von Regierungsinteressen durch Zwang und Verbote, sondern vor allem die Förderung von Techniken, durch die sich die Menschen selbst zu einem bestimmten Handeln hin bewegen. Foucault verstand Regierung also im Sinne von „Führen der Führungen“ (Foucault, 1982, S. 255), bei der Machttechnologien (Regierung durch andere) und Selbsttechnologien (Selbstregierung) als ineinander greifende Praktiken verstanden werden müssen (Pieper & Rodríguez, 2003, S.8).

Für seine Analyse untersuchte Foucault den Wandel der Bedeutung von Regierung anhand ausgewählter historischer Literatur. So zeichnen sich Schriften zur Thematik des Regierens bis ins 16. Jahrhundert vor allem als „Ratgeber für den Fürsten“ (Foucault, 2004a, S. 134) aus, wie beispielsweise Nico Machiavellis „Il Principe“ von 1532. Im Vordergrund stehen dabei Abhandlungen über den Umgang des Fürsten mit seinen Untertanen und die Art und Weise der Machterhaltung (vgl. ebd.). Wie Foucault weiter ausführt, verändert sich in den folgenden zwei Jahrhunderten der Inhalt der Texte. Diese machen nun die „Kunst des Regierens“ selbst zum Thema. Mit der Auflösung feudaler Strukturen, dem Einsetzen reformatorischer und gegenreformatorischer Bewegungen und dem Beginn des Kolonialismus im 16. und 17. Jahrhundert verändert sich die Auffassung vom Regieren. Regieren ist nun nicht mehr Ausdruck von Herrschaft oder Steuerung, die mit der Fortsetzung der göttlichen Souveränität im Diesseits verbunden ist (Ruoff, 2007, S. 131). Wie die bereits veränderte Reflexion in den Schriften über Regierung zeigt, verliert sich die Vorstellung von Herrschaft, die einem höheren Zweck dient. Vielmehr wird nun gefragt „wie regiert wird, durch wen, bis zu welchem Punkt, zu welchen Zwecken, durch welche Methoden“ (Foucault, 2004a, S. 136). Wie Lemke et al. (2000a, S. 12) bemerken, löst sich also die Reflexion über das Regieren von der Souveränität des Fürsten und erweitert sich auf eine Vielzahl von Aktivitäten und Handlungsfelder. Darüber hinaus rückt nun die Bevölkerung als Adressat von Regierung in den Mittelpunkt. Mit der Etablierung des Liberalismus im 18. Jahrhundert wird die Rationalität der Regierung damit an die bürgerliche Gesellschaft gebunden, bei der die Freiheit und die Rechte des Individuums im Mittelpunkt der Reflexion stehen (Kammler et. al, 2008, S. 263). Die Erfassung selbiger geht mit demographischen Erhebungen einher, die u.a. Informationen über

Sterbe- und Geburtenraten oder bestimmte Verhaltensweisen bereitstellen. Es gewinnen zunehmend Handlungsweisen und deren ökonomische Auswirkungen an Bedeutung. Foucault sah hier das Entstehen der politischen Ökonomie begründet, die sich mit der Beziehung zwischen Bevölkerung und Reichtum beschäftigt und neue Möglichkeiten staatlicher Interventionen hervor bringt.

In seinen letzten Vorlesungen widmet sich Foucault der Weiterentwicklung liberaler Positionen im 20. Jahrhundert und betrachtete unterschiedliche Formen (neo)liberaler Regierungskunst, die im Folgenden dargestellt werden sollen.

2.3 Die liberale und neoliberale Gouvernamentalität

Im 18. Jahrhundert beginnt sich, wie bereits beschrieben, eine neue Regierungsrationalität zu formieren: der Liberalismus. Foucault widmete sich in seiner Untersuchung des Liberalismus aus gouvernementaler Perspektive dieser spezifischen Regierungsform und beschrieb diese als eine Methode der „Rationalisierung, die, und hierin liegt ihre Besonderheit, der internen Regel maximaler Ökonomie gehorcht“ (2004b, S. 436). Damit verwies er bereits auf die Bedeutung einer politischen Ökonomie als Prinzip der liberalen Regierungskunst. Im Mittelpunkt dieser neuen Gouvernamentalität steht nun das freie, jedoch nach den Gesetzen des Marktes handelnde Subjekt, auf den sich die Regierungspraxis bezieht. Zugrundeliegend ist die Auffassung, dass sich das Regierungshandeln nach den „natürlichen“ Gesetzen des Marktes richten muss. „Der Markt soll dabei ‚natürlichen‘ Mechanismen gehorchen, die die Bildung eines ‚natürlichen‘ Preises erlauben, der ein bestimmtes Verhältnis zwischen den Kosten der Produktion und den Erwartungen der Nachfrage ausdrückt“ (Lemke, 1997, S. 175). Die Autonomie der Individuen gilt es dabei zu respektieren, denn diese sollen „frei“ genug sein, um sich in ihrem Handeln an den natürlichen Gesetzen des Marktes orientieren zu können. Damit verändert sich gleichsam die Beziehung zwischen Regierung und Regierten, denn anstelle von äußerlichen Herrschaftstechniken der Reglementierung, tritt eine interne Regulation die über die Freiheit der Individuen operiert (vgl. ebd.). Foucault verstand die Freiheit hier jedoch nicht als einen besonderen Wert der liberalen Regierungskunst, sondern vielmehr als ein Instrument und eine Bedingung des Regierens (vgl. Foucault, 2004b, Vorl. 24.1.1979). Die Machtausübung der

liberalen Regierung äußert sich daher auch nicht in der Unterdrückung und direkten Beherrschung der Subjekte durch Zwang, sondern operiert über die Freiheit der Subjekte. Wie Lemke (1997, S. 185) ausführt, bedarf es jedoch einer gewissen Steuerung und Formgebung dieser Freiheit, um das Handeln der Individuen für die Interessen der Regierung nutzbar zu machen. „Die neue gouvernementale Vernunft braucht also die Freiheit, die neue Regierungskunst vollzieht die Freiheit. ... Sie ist verpflichtet, sie zu schaffen und sie zu organisieren“ (Foucault, 2004b, S. 97). Doch stellt nach der Logik des Liberalismus die Freiheit des Einzelnen zugleich eine Bedrohung für das Allgemeininteresse dar und muss daher zumindest teilweise beschränkt werden. Foucault betonte in diesem Zusammenhang den Einsatz von Sicherheitsmechanismen, die durch die liberale Regierungsrationalität gewährleistet werden sollen (vgl. Foucault, 2004b, Vorl. 24. 1. 1979).

Darüber hinaus rückt das Problem der Armut in den Mittelpunkt liberaler Reflexionen, wobei soziale Ungleichheiten als unvermeidlicher Bestandteil einer Gesellschaft betrachtet werden. Die Ursachen der Ungleichheit werden dabei in einem individuell unterschiedlichen Gebrauch der Freiheit festgemacht. Das heißt, sie sind das Resultat moralischen Handelns, des Willens individueller Dispositionen (vgl. Lemke, 1997). Innerhalb dieser Konzeption nimmt das Prinzip der individuellen Verantwortung eine besondere Rolle ein, denn Jede(r) ist für ihr/sein Leben nun selbst verantwortlich (ebd., S. 201). Wie Lemke (1997) weiter ausführt, versteht die liberale Logik Armut nicht als das Ergebnis einer kapitalistischen Ökonomie, sondern führt diese auf individuelle Dispositionen und Verhaltensweisen zurück. Daraus resultiert gleichsam, dass ihre Beseitigung nicht an der Reorganisation gesellschaftlicher Mechanismen, sondern auf der Veränderung des individuellen Willens und Handelns beruhen muss. Eng damit verbunden ist die Vorstellung, dass ein entsprechender Wille zur Arbeit letztendlich den Einzelnen aus der Armut herausführen wird.

Mit dem Aufkommen des Industriekapitalismus und der Massenarbeitslosigkeit im Verlauf des 19. Jahrhundert verliert das Prinzip einer gesellschaftlichen Selbstregulation durch individuelle Verantwortung seine Gültigkeit. An dessen Stelle tritt nun ein neues Prinzip, das System des sozialen Risikos. War es aufgrund der ökonomischen und sozialen Auswirkungen des

frühliberalen Industriekapitalismus nun nicht mehr möglich Armut als Resultat des individuellen Verhaltens zu interpretieren, so wird diese nun zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem. An die Stelle individueller Verantwortung treten nun die Idee der gesellschaftlichen Verantwortung und das soziale Risiko (Lemke 2000a). Soziale Risiken werden damit zu gesellschaftlichen Problemen, die über Versicherungen abgesichert werden sollen. Im Vordergrund steht dabei das empirisch Normale, das was als Norm gilt (ebd.). In diesem Sinne werden Phänomene wie Unfälle oder Krankheiten als statistische Verteilung von Häufigkeiten empirisch bestimmbar und gelten damit als berechenbar bzw. versicherbar.

Doch die steigenden Sozialausgaben und gleichzeitig abnehmenden Wachstumsraten lassen den Sozialstaat und sein Versicherungssystem in den 1970er Jahren zum Gegenstand der Kritik werden. Kritisiert werden u.a. der angebliche Verlust von traditionellen Werten und die fehlende Souveränität des Staates sowie die zunehmende Abhängigkeit der MarktteilnehmerInnen (Lemke, 1997; Donzelot, 1991). Die Krise des Wohlfahrtsstaates sah Foucault mit dem Aufkommen einer neuen Gouvernamentalität verbunden (2004b, S. 106). Dieser neue neoliberale Regierungsmodus zeichnet sich vor allem durch eine Weiterentwicklung klassischer liberaler Vorstellungen aus. Foucault identifizierte diesbezüglich zwei entscheidende Veränderungen: Von Bedeutung ist zum einen die Verschiebung des Verhältnisses von Staat und Ökonomie. Die Überwachung des Marktes und der Marktfreiheit obliegt nun nicht länger dem Staat, sondern der Markt wird als sich selbst regulierendes Prinzip, welches den Gesetzen der Natur folgt, aufgefasst. Die Aufgabe des Staates ist nicht mehr die Steuerung und Überwachung, vielmehr soll die Regierung selbst den inhärenten ökonomischen Regeln folgen. Damit wird das Prinzip des Marktes zum Organisationsprinzip von Staat und Gesellschaft. Das Ökonomische bezieht sich nun jedoch nicht mehr nur auf einen Teil der menschlichen Existenz, sondern umfasst vielmehr alle Formen menschlichen Handelns, im Sinne einer „Ökonomisierung des Sozialen“ (Krasmann, 2000, S. 150). Zum anderen basiert die Grundlage des Regierens zwar wie im Frühliberalismus noch immer auf dem rationalen Handeln der Individuen, jedoch steht dabei nicht mehr die natürlich gegebene freie Natur des Individuums im Vordergrund, sondern

eine erwünschter Verhaltensstil (Foucault, 2004b; Lemke, 1997). Die neoliberale Regierungsrationalität „sucht das rationale Prinzip für die Regulierung und die Begrenzung des Regierungshandelns nicht mehr in einer natürlichen Freiheit, die es zu respektieren gilt, sondern findet es in einer künstlich arrangierten Freiheit: in dem unternehmerischen und konkurrenzziellen Verhalten der ökonomisch-rationalen Individuen“ (Lemke, 1997, S. 241 f.).

Die neoliberale Gouvernamentalität kann also als eine politische Rationalität verstanden werden mit der sich eine fortschreitende „Ökonomisierung des Sozialen“ verbindet. Der sozialstaatliche Abbau ist dabei verknüpft mit der Forderung nach Eigenverantwortung, die sich an den Einzelnen richtet. Als gesellschaftliches Leitbild lässt sich die Vorstellung eines autonomen Subjekts identifizieren, welches sein Handeln an unternehmerischen Maßstäben ausrichtet (Lemke et al., 2000). Im Folgenden soll nun auf die in dieser Regierungsform spezifische Art und Weise, in der Individuen angerufen werden unternehmerisch zu denken und zu handeln, eingegangen werden.

2.4 „Das unternehmerische Selbst“

In seiner Auseinandersetzung mit gegenwärtigen Subjektivierungsformen identifiziert Bröckling (2007) die in der neoliberalen Regierungskunst vorherrschende Subjektivierungsweise, die er als das „unternehmerische Selbst“ bezeichnet. In Anlehnung an den von Foucault begründeten Theorieansatz, begreift er diese Form der Subjektwerdung als ein Regierungsprogramm, das den Einzelnen bzw. die Einzelne anruft zum Unternehmer seiner/ihrer Selbst zu werden. Der Einzelne wird regiert und regiert sich zugleich selbst, indem er die geltenden gesellschaftlichen Anforderungen als seine eigenen verinnerlicht und sein Handeln danach ausrichtet. Nicht mehr nur direkte staatliche Interventionen wirken damit auf das menschliche Verhalten ein, sondern auch andere Arten gezielter Beeinflussung menschlichen Handelns, u.a. in Form von Sozial- und Selbsttechnologien. Dies wird über das Vokabular des Unternehmertums möglich, das die politische Rhetorik und Regierungsprogramme mit den Selbststeuerungsfähigkeiten der Subjekte verbindet (Rose, 1996, S. 12). Der Mensch soll sich dabei entsprechend bestimmter normativer Vorstellungen, Rollenmuster etc., die eng mit den Erfordernissen des Marktes

verknüpft sind verhalten. Im wirtschaftlichen wie im sozialen Bereich gilt es nun unternehmerisch zu denken und zu handeln, um zum/r UnternehmerIn seiner/s Selbst zu werden. Der Unternehmer zeichnet sich dabei vor allem durch seine Tatkraft, Initiative, Ehrgeiz, Berechnung und der Bereitschaft persönliche Verantwortung zu zeigen aus (ebd., S.12). Die Subjektivierungsform des unternehmerischen Selbst als Prinzip sich selbst und andere zu begreifen, verbindet damit die Art und Weise der Regierung durch andere, mit der Form, wie wir uns selbst regieren sollen. Bröckling (2007, S. 46) führt weiter aus: „Das unternehmerische Selbst bezeichnet überhaupt keine empirisch beobachtbare Entität, sondern die Weise, in der Individuen als Personen adressiert werden, und zugleich die Richtung, in der sie verändert werden und sich verändern sollen.“ Bedeutsam ist dabei, dass dieser Prozess niemals abgeschlossen ist, da der Einzelne durch fortwährende Selbstoptimierung und –modifikation bemüht ist sich anzupassen, um nicht gesellschaftlich ausgeschlossen zu sein. Das „unternehmerische Selbst“ ist demnach ein autonomes und aktives, welches auf sich selbst einwirkt, sich formt und verbessern möchte (Rose, 1996).

Das Konzept des Entrepreneurs beginnt sich in Deutschland ab 1984 zu etablieren, wo es zum ersten Mal in einer Analyse Erwähnung findet, die sich mit den subjektiven Bewältigungsstrategien bei Massenarbeitslosigkeit auseinandersetzt. Darin entwerfen die Autoren die Vorstellung vom Subjekt, das sich angesichts der prekären Arbeitsmarktsituation zum „Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft“ machen soll (vgl. Bonß & Heinze, 1984, zit. Nach Bröckling, 2007, S, 55 f.). Bröckling (2007) verweist in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf, dass die Entwicklung dieses Rollenmodells hin zu einem hegemonialen Topos, wesentlich mit dem gesellschaftlichen Wunsch nach mehr Autonomie und Selbstverwirklichung einherging, der sich in Ablehnung des Typus des fordistischen Massenarbeiters entwickelte. So schließen sich denn auch ökonomischer Erfolg und Selbstverwirklichung im unternehmerischen Selbst nicht aus, sondern bedingen einander, denn es gilt das eigene Selbst ebenso zu optimieren wie die Arbeitsleistung (Rose, 1996). Der Einzelne wird angerufen an sich selbst zu arbeiten und die Verantwortung für sich zu übernehmen. Sollte es zu einer Überforderung dabei kommen, so kann er professionelle Hilfe in Anspruch nehmen (ebd.). „Die Therapie bietet an, uns von unseren psychischen Fesseln zu befreien. Wir können

unternehmerisch werden, Kontrolle über unsere Karrieren übernehmen, uns in ÜberfliegerInnen verwandeln, Höchstleistungen erzielen und uns erfüllen – nicht trotz, sondern durch die Arbeit“ (ebd., S. 16).

Vertreter der governmentality studies haben in diesem Zusammenhang die Bedeutung psychologischer Beratung und der Ratgeberliteratur in den Blick genommen und die z.B. für die Managementliteratur typischen zahlreichen Ratschläge zur Förderung des unternehmerischen Verhaltens in betrieblichen Strukturen analysiert. Bröckling (2007, S. 63) sagt dazu: „Die Lockerung betrieblicher Hierarchien, Freiräume und Anreize für selbständiges Handeln und vor allem die Etablierung interner Wettbewerbsstrukturen sollen ein Umfeld schaffen, in dem ‚kreative Fanatiker‘, jene gleichermaßen enthusiastischen wie pragmatischen ‚Champions‘ gedeihen, welche die für die Marktbehauptung notwendigen Innovationsprozesse vorantreiben.“

Die Entfaltung und Optimierung unternehmerischer Tugenden findet jedoch nicht nur in der Arbeitszeit statt, sondern soll zur Lebenseinstellung werden. Als immer wieder beschworene Schlüsselqualifikationen gelten beispielsweise Selbstverantwortung, Kreativität, Eigeninitiative und Teamfähigkeit in Verbindung mit fortwährender Weiterbildung und persönlichem Wachstum (ebd.). Den Motor für die ständige Bereitschaft zur Selbstoptimierung bildet dabei die allgegenwärtige Konkurrenz und die Angst den gesellschaftlichen Anforderungen nicht entsprechen zu können, denn die „Allgegenwart des Marktes, so die Botschaft der Ratgeber, lässt nur die Alternative, sich entweder rückhaltlos dem Wettbewerb zu stellen oder als Ladenhüter zu verstauben“ (ebd., S. 72).

Doch so groß die Bemühungen des Einzelnen, den Anforderungen zu entsprechen auch sein mögen, sie sind nie ausreichend, denn die Strategien der Selbstoptimierung lassen sich niemals gänzlich auf das Selbstverständnis und Verhalten der Individuen übertragen. So bleibt das unternehmerische Selbst eine wirkmächtige Fiktion. Der Einzelne kann nie erreichen, was gefordert ist und bleibt stets hinter den Anforderungen zurück. Der Preis ständiger Selbstoptimierung ist die Erschöpfung des Selbst: „Das unternehmerische Selbst ist ein ‚erschöpftes Selbst‘ “

(ebd., S. 289), das sich immerfort anzupassen versucht, denn auf der Suche nach Anerkennung durch Erfolg, wächst auch die Angst vorm Scheitern und dem sozialen Abseits.

3. Perspektiven auf das Eigene und das Fremde im kolonialen und Entwicklungsdiskurs

3.1 Das Konzept Entwicklung

Entwicklungstheorien beschäftigen sich auf jeweils unterschiedliche Weise damit, wie Entwicklung stattgefunden hat oder stattfinden kann. Der Fokus liegt dabei auf einem erwünschten Zielzustand in der Zukunft, für dessen Erreichen entsprechende Handlungsanleitungen gegeben werden (Fischer, et al., 2008). Das Konzept von Entwicklung, das in seinem Ursprung auf geschichtsphilosophische und evolutionsbiologische Gedanken zurückgeht, ist jedoch stark normativ orientiert und mit entsprechenden Werthaltungen und Interessen verbunden (ebd.). So bezieht sich der Diskurs über Entwicklung auf evolutionäre Prozesse sozialen Wandels sowie entwicklungspolitische Maßnahmen, deren Ergebnis meist die Verbesserung der Lebensbedingungen sein soll (Ziai, 2010). Ein Beispiel dafür ist das in den 1950er und 60er Jahren vorherrschende entwicklungstheoretische Paradigma der Wachstums- und Modernisierungstheorien, dass in den 1980er und 90er Jahren eine neue Konjunktur erlebte (Rüland, 1997, S. 83). Dieses beruht auf der Vorstellung, dass Entwicklung mittels Wirtschaftswachstum nachhohlbar sei, was wiederum nur durch Industrialisierung erreichbar sei (Fischer et. al, 2007, S. 17). Als Modernisierung in diesem Sinne gilt der Prozess des Übergangs von der traditionellen, rückständigen zu einer modernen, industrialisierten Gesellschaft (Kolland, 2007, S. 87), wodurch sich die Einteilung der Welt in moderne (westliche) und rückständige (nichtwestliche) Gesellschaften etablierte. Zu den bekanntesten Vertretern dieser Idee zählen u.a. Walt W. Rostow, Samuel P. Huntington und David McClelland.

Seit den 1980er Jahren wird dem Konzept von Entwicklung jedoch umfassende Kritik entgegen gebracht. Die Vertreter dieses entwicklungskritischen Ansatzes, der in der entwicklungspolitischen Debatte als Post-Development-Ansatz bekannt wurde, lehnen die Idee und Praxis von Entwicklung als eurozentrisches und

autoritäres Konstrukt ab und nehmen alternative ökonomische und politische Praktiken in den Blick. Als Beginn staatlicher Entwicklungspolitik benennen Wolfgang Sachs, Arturo Escobar, Gustavo Esteva u.a. die Antrittsrede des US-Präsidenten Harry S. Truman vom 20. Januar 1949, in der dieser erstmals entwicklungspolitische Strategien zur Überwindung der Armut als Teil der Außenpolitik der USA formulierte (Faschingeder, 2004). So spricht Sachs (1993, S. 7ff.) von der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg als „Zeitalter der Entwicklungspolitik“, dass sich seiner Meinung nach dem Ende neige, da seine „Grundvoraussetzungen nicht mehr gelten“. In diesem Sinne kritisiert er u.a. Vorstellungen von der Überlegenheit und Vorbildwirkung der Industrieländer gegenüber anderen Staaten und begreift „die Utopie der Entwicklung“ als überholt. Als Gründe dafür führt er z.B. die Haltlosigkeit der Vorstellung von einer Überlegenheit des westlichen Gesellschaftsmodells, aufgrund der ökologischen Problematik und des Ressourcenverbrauchs an (ebd., S. 9). Escobar (2011) fokussiert demgegenüber, in Anlehnung an Michel Foucault, auf die Art und Weise wie über Entwicklung gesprochen wird und verbindet damit einen historisch entstandenen Diskurs, der spezifische Vorstellungen über die Dritte Welt hervorbrachte, mit denen sich Praktiken der Machtausübung verbinden: „... the development discourse ... has created an extremely efficient apparatus for producing knowledge about, and the exercise of power over, the Third World.“ (ebd., S. 276). Charakteristisch für das Sprechen über Entwicklung sei, wie bereits erwähnt, zudem die Einteilung der Welt in „unterentwickelte“ und „entwickelte“ Länder, wobei erstere als rückständiges Abbild der westlichen Nationen definiert werden.

Postkoloniale Perspektiven auf Entwicklung nehmen darüber hinaus vor allem die diskursive Konstruktion des Konzeptes und die Konstitution von Identitäten, durch Praktiken der Wissensproduktion, in den Blick und haben die Grundlagen entwicklungspolitischer Konzeptionen und entsprechender Diskurse als bereits im kolonialen Denken verankert identifiziert (vgl. Ziai 2004, 2006, 2010). Im

Fokus stehen dabei Repräsentationen des Eigenen und des Fremden, wie sie im Entwicklungsdiskurs konstruiert werden (ebd., 2010).⁶ Im Folgenden soll nun die Konstruktion kultureller Identitäten in der kolonialen Wissensproduktion und deren Fortschreibung und Veränderung im Entwicklungsdiskurs skizziert werden.

3.2 Merkmale des kolonialen Diskurses

Ab Mitte der 1970er Jahre begann zunächst in den Literaturwissenschaften eine Diskussion über die Folgen des Kolonialismus, die zugleich Kritik übte an gängigen kolonialen Weltbildern und Vorstellungen. Die unter dem Begriff Postkolonialismus zusammengefassten Theorien untersuchen die Auswirkung der Kolonisierung und kolonialer Diskurse, indem sie die damit verbundenen Denkweisen dekonstruieren und kolonialistische Ideologien und mit diesem vergesellschaftete wissenschaftliche Paradigmen in den Blick nehmen. Westliche Wissenssysteme werden dabei als ethnozentristisch charakterisiert und ihr Einfluss auf die Konstruktion kultureller Identitäten und Dominanzverhältnisse betont (Moser, 2011, S. 38 ff.).

Charakteristisch für den kolonialen Diskurs ist die binäre Aufteilung der Welt in „zivilisierte“ Gesellschaften und den „unzivilisierten“ Rest. Dieser bringt eine Reihe von Zuschreibungen hervor, die dementsprechend den einen Teil der Welt als überlegeneren, den anderen als den zurückgebliebenen Teil klassifizieren. Innerhalb dieser auf Zweiteilung beruhenden diskursiven Grundstruktur, ist die Vorstellung einer zivilisierten Gesellschaft verwoben mit bestimmten Annahmen, wie beispielsweise einer Überlegenheit, rationalem Handeln und der Ausübung von Herrschaft. Demgegenüber impliziert ein unzivilisiertes Sein andere Eigenschaften, wie u.a. emotionales und instinktgeleitetes Handeln (Ziai, 2006). Ziai (2006, S. 34) fasst wie folgt zusammen: „Der Kolonialdiskurs konstruiert hier ... ein Ensemble

⁶ Ein Überblick über verschiedene Arbeiten, die sich aus postkolonialer Perspektive mit Fragen der Entwicklungsforschung beschäftigen, findet sich bei Ziai (2010).

von Differenzen: höherwertig/minderwertig, zivilisiert/unzivilisiert, rational/emotional, vernunftgeleitet/instinktgeleitet, fähig zur Herrschaft/unfähig zur Herrschaft, souverän/abhängig, kolonisierend/kolonisiert usw. Die einzelnen Zuschreibungen sind hierbei durch Äquivalenzketten verknüpft“. Spivak spricht im Zusammenhang mit solchen und ähnlichen Zuschreibungen von „Othering“, d.h. einem diskursiv erzeugten Ausschließungsprozess, durch den die „Anderen“, hier die Kolonisierten, immer nur als minderwertiges Abbild des Eigenen erscheinen (Spivak, 1985). Als Referenzpunkt gilt die Norm des zivilisierten rationalen Menschen, die aus der aufklärerischen Subjektkonstitution des „weißen Mannes“ hervorgegangen ist.

Stuart Hall (1994) untersucht in seiner Auseinandersetzung mit kulturellen Identitäten die Formierung dieses einflussreichen Diskurses, den er als den Diskurs des „Westens und des Rests“ bezeichnete. Dieser beeinflusst(e) das Sprechen und die Vorstellungen des „Westens“ über sich selbst und die „Anderen“ in machtvoller Weise und soll daher im Folgenden ausführlich dargestellt werden.

3.2.1 „Der Westen und der Rest“

Das Denken und Sprechen über die koloniale Welt war vielseitig, dennoch verbindet sich mit der kolonialen Situation ein einflussreicher Diskurs, der bis in die heutige Zeit wirksam ist (ebd.). Hall (1994, S. 138 ff.) versteht dabei die mitunter heute noch wirksamen Vorstellungen vom „Westen“ als entwickelt, industrialisiert und modern als ein Konzept, das mit einer bestimmten Denk- und Wissensstruktur verbunden ist. Dieses ist jedoch weniger ein geografisches denn ein historisches Konstrukt und funktioniert als Teil eines Repräsentationssystems, welches identitätsstiftend ist. Zugleich erlaubt das Konzept Vergleiche verschiedener Gesellschaften untereinander, indem diese als voneinander abweichend oder als übereinstimmend charakterisiert werden können und ist mit bestimmten machtvollen Bewertungen selbiger verbunden. Hall spricht von der Idee des „Westens“ als organisierender „Faktor in einem System weltweiter Machtbeziehungen“ und einem „Ausdruck einer ganzen Art zu denken“ (ebd., S. 139).

In seiner Analyse des Denk- und Sprachmusters dieses Repräsentationssystems begreift er das Bild vom „Westen“ als eine Vorstellung, die

sich seit der Aufklärung vor allem im Vergleich mit anderen Gesellschaften außerhalb Europas entwickelte. Im Zuge einer fortschreitenden Expansion und Eroberung hatten die Europäer begonnen, die spezifischen kulturellen Eigenheiten der Menschen und Orte in den neuen Gebieten zu erfassen und mit den europäischen zu vergleichen. Die Betrachtung der „Anderen“ wurde dabei jedoch von den eigenen Normen und Sichtweisen bestimmt und produzierte das Konstrukt der „Anderen“ als Gegenpart zur eigenen Identität. Bedeutsam für die Herausbildung des westlichen Identitätsbewusstseins waren also genau diese Unterschiede und die Abgrenzung von anderen Kulturen, obwohl, wie Hall bemerkt, solcherlei Unterschiede in Wirklichkeit meist kaum wahrnehmbar ineinander übergehen. So werden die verschiedenen Kulturen als homogene Einheit dargestellt, die sich vom „Rest“ unterscheiden. Tatsächlich lässt sich eine solche Dichotomie als vereinfachte Unterscheidung dekonstruieren, da sich die europäischen wie auch die nichteuropäischen Kulturen als wesentlich differenzierter erweisen. Damit verbunden formierte sich immer mehr die Vorstellung vom „Westen“ als einer Zivilisation, die fortschrittlicher und moderner sei als der Rest. Diese Konstruktion der „Anderen“ basiert wesentlich auf dem Mechanismus der Stereotypisierung, die Menschen bestimmte angeborene Eigenschaften zuschreibt. Doch werden nicht nur Unterschiede stark vereinfacht, sondern gleichsam auch diskursiv in zwei Hälften gespalten, das Eigene und das Fremde. „Durch diese Strategie wird der Rest als etwas definiert, das der Westen nicht ist – sein Spiegelbild. Es wird als das absolute, wesenhafte, verschiedene *andere* [Hervorhebung v. Verf.] repräsentiert: Der Andere“ (ebd, S. 167).

Mit der Bedeutungszunahme evolutionistischer Theorien im 19. Jahrhundert und der damit verbundenen Etablierung der Annahme hierarchischer Entwicklungsstufen die jede Gesellschaft durchläuft, formiert sich die Idee von Entwicklung im kolonialen Diskurs. Die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Situation in den Kolonien wurden nun als Ausdruck einer geringeren Entwicklungsstufe interpretiert, die es zu entwickeln galt (Ziai, 2006). Mit anderen Worten beinhaltete dies die Vorstellung, dass Entwicklung durch das Eingreifen bestimmter Akteure von außen vollbracht werden kann und legitimierte so das treuhänderische Handeln der Kolonialmächte (Ziai, 2004). Damit verband sich ein neuer Diskurs, der sich vom kolonialen Diskurs abhebt, jedoch auch Kontinuitäten

aufweist, wie im nächsten Kapitel ausgeführt werden soll.

3.3 Merkmale des Entwicklungsdiskurses

Die in den 1950er und 60er Jahren dominanten sogenannten „klassischen Entwicklungstheorien“ beruhen auf einem neuen Konzept von Entwicklung, welches sich bereits mit Beginn des 20. Jahrhunderts zu etablieren beginnt. Während, wie von Ziai (2004, S. 102 ff.) beschrieben, noch unter Kolonialherrschaft wirtschaftliche Entwicklung nicht gleichbedeutend mit einer Verbesserung der Lebensumstände für die Menschen war, etablierte sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Vorstellung, dass eine Veränderung der wirtschaftlichen Lage zugleich die Verbesserung der Lebensbedingungen mit sich bringe. Das offizielle Ziel der, nach dem zweiten Weltkrieg propagierten internationalen Verantwortung der Länder des Nordens für die „unterentwickelten“ Regionen im Süden, war die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen in den „rückständigen“ Gebieten. Dies erlaubte den westlichen Industrienationen eine gewisse politische Einflussnahme und die Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen in diesen Ländern. Grundlegend dafür war die Annahme von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung als ein einheitlicher Prozess. Diese bildete die Grundlage entwicklungstheoretischen Denkens und Handelns ab Mitte des 20. Jahrhunderts. Entscheidend ist dabei, dass dem Konzept von Entwicklung das Versprechen der Lösung ungleicher sozialer Verhältnisse inhärent ist, eine Auseinandersetzung mit den bestehenden Herrschafts- und Besitzverhältnissen jedoch unterbleibt (Fischer, 2007).

Diese Konzeption von wirtschaftlicher Entwicklung und Verbesserung der Lebensbedingungen als zusammenhängender Prozess, findet sich erstmals in der 1919 unterzeichneten Satzung des Völkerbundes, die die Gleichheit aller Völker proklamierte (Ziai, 2004, S.103). Letzteres führte zu der entscheidenden Veränderung im Diskurs: anstelle von „zivilisierten“ und „unzivilisierten“ Menschen wird nun von „entwickelten“ und „weniger entwickelten“ bzw. „unterentwickelten“ Regionen gesprochen (ebd., 2006, S. 37 ff.). Die Norm für eine dementsprechende Klassifizierung ist die „entwickelte“ Industriegesellschaft, wodurch die Länder des Südens als weniger entwickelt repräsentiert werden. Der positiven Selbstbeschreibung als „entwickelt“ wird die negative Fremdzuschreibung als

„unterentwickelt“ gegenüber gestellt. „Konstitutiv für den Entwicklungsdiskurs ist demnach die Gegenüberstellung der positiven Norm (Entwicklung, Modernität, Technologie, Rationalität) und der minderwertigen Devianz (Unterentwicklung, Tradition, Handarbeit, Irrationalität)“ (Ziai, 2006, S. 43). Ähnlich wie im kolonialen Diskurs wird damit auch im Entwicklungsdiskurs eine Haltung sichtbar, die das Eigene als höherwertig, das „Andere“ jedoch als defizitär abweichend konstituiert. Damit findet das im kolonialen Diskurs etablierte Differenzsystem, das auf einer binären Einteilung der Welt beruht, im Entwicklungsdiskurs seine Fortsetzung. Bemerkenswert ist, dass Zuschreibungen dieser Art im Prozess der Subjektwerdung zum Tragen kommen und zu einem veränderten Selbstverständnis der Menschen führen. So haben zahlreiche Autoren beispielsweise auf die veränderte Selbstwahrnehmung in indigenen Gemeinschaften hingewiesen. Während diese früher ein starkes Selbstbewusstsein aufwiesen, nimmt sich der Großteil dieser Menschen heute als arm, unfähig, hilfsbedürftig und „unterentwickelt“ wahr (ebd.).

Als Lösung zur Behebung der suggerierten Defizite wird die Angleichung an die Norm durch Entwicklung, im Sinne von Modernisierung und Wachstum proklamiert. Entwicklung ist hier normativ positiv als Wohlstand und Wirtschaftswachstum konnotiert und in Form eines nachholenden Prozesses für alle erreichbar. Im Gegensatz zum Kolonialdiskurs werden die BewohnerInnen der Länder des Südens jedoch nicht mehr als unter der Treuhandschaft der Kolonialherren stehend, sondern als gleichberechtigte Subjekte im „Entwicklungswettbewerb“ konstituiert. Vor allem den Eliten der postkolonialen Länder wird nun im Prozess der Aufholung und Angleichung an den Standard des „entwickelten Westen“ die Fähigkeit zugeschrieben, diesen Wandel umzusetzen. Ziai (2006, S. 38) sagt dazu: „Im Gegensatz zum ‚alten Imperialismus‘ war das Ziel die Prägung von (afrikanischen, asiatischen, lateinamerikanischen) Subjekten, die aus freien Stücken eine Weltordnung unterstützen, die den Interessen der Metropolen entsprach“. Mit der Durchsetzung der Interessen des „Westens“ verbindet sich die Darstellung von Armut als eine Art Bedrohung, wie in der bekannten Rede des US-Präsidenten Harry S. Truman vom 20. Januar 1949 deutlich wird. In dieser bringt er die Notwendigkeit der Entwicklung der „unterentwickelten“ Regionen durch die USA zum Ausdruck, da die Armut dieser Länder letztlich nicht nur ein Nachteil für

die dort lebende Bevölkerung, sondern auch eine Bedrohung für die wohlhabenderen Länder darstelle:

„More than half the people of the world are living in conditions approaching misery. ... Their economic life is primitive and stagnant. Their poverty is a handicap and a threat both to them and to more prosperous areas. ... The United States is pre-eminent among nations in the development of industrial and scientific techniques. ... I believe that we should make available to peace-loving peoples the benefits of our store of technical knowledge in order to help them realize their aspirations for a better life.... What we envisage is a program of development based on the concepts of democratic fair dealing.... Greater production is the key to prosperity and peace. And the key to greater production is a wider and more vigorous application of modern scientific and technical knowledge” (Truman, 1964, S. 114f).

Diesem, wie auch anderen Zeugnissen des Entwicklungsdenkens ist eine weitere grundlegende Ähnlichkeit zum Vorgängerdiskurs implizit: die Vorstellung von einem linearen universellen Entwicklungsweg, den alle Gesellschaften durchlaufen (Ziai, 2004, 2006). Mittels dieser Sichtweise konnten die von der westlichen Gesellschaft abweichenden Kulturen als auf einer niedrigeren Entwicklungsstufe, der als allgemeingültig proklamierten Entwicklungsskala, stehend, eingeordnet werden. Die Kriterien dieser Skala scheinen dabei von den als in eine Richtung verlaufend angenommenen Wandlungsprozessen der westlichen Gesellschaften abgeleitet, was diese zugleich als Norm festlegt (Ziai, 2004, S. 101 f.).

Methodischer Teil

4. Methodische Grundlagen und Vorgehensweise

Innerhalb der Kritischen Diskursanalyse lassen sich verschiedene Ansätze identifizieren, die sich hinsichtlich ihrer Methodik und Schwerpunkte mitunter stark unterscheiden. Für die folgende empirische Analyse des „Aufbau Ost“-Diskurses orientiere ich mich an dem von Siegfried und Margaret Jäger (2009) erarbeiteten Ansatz der „Kritischen Diskursanalyse“ (KDA) und dem entsprechenden methodischen Instrumentarium. Dieser Ansatz erscheint mir vor allem durch seinen

theoretischen Bezug zu den Arbeiten Michel Foucaults passend, da ich mich in der vorliegenden Arbeit auf den von Foucault entwickelten Diskursbegriff beziehen werde (vgl. Kapitel 4.1). Ergänzend dazu orientiere ich mich, insbesondere bei meiner Feinanalyse, an der von der Wiener Schule der Kritischen Diskursanalyse um Ruth Wodak (vgl. Reisigl & Wodak, 2001; Reisigl, 2007a, 2007b) erarbeiteten Vorgehensweise, da diese eine stärkere linguistische Orientierung aufweist und daher sehr praktikabel für die Analyse der diskursiven Argumentationsstrategien und sprachlichen Mittel ist.

Im Folgenden möchte ich zunächst den Begriff des Diskurses näher bestimmen und im Anschluss die theoretischen Grundlagen der erwähnten Schulen sowie die konkrete Vorgehensweise darlegen.

4.1 Zum Verhältnis von Diskurs und Wahrheit bei Foucault

Mit dem Begriff des Diskurses verbindet Foucault in seinem Werk „Archäologie des Wissens“ (1981, S. 156) zunächst „eine Menge von Aussagen, die einem gleichen Formationssystem zugehören“. Diese können als „Praktiken“ verstanden werden, „die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen“ (ebd., S. 74). Diskurse zeichnen sich also durch ihre Formationsregeln aus, die diesen inhärent sind.

In „Die Ordnung des Diskurses“ (1971) richtet Foucault seinen Blick auf die Prozeduren, die Diskurse kontrollieren und verweist gleichzeitig auf die Verbindung von Diskurs und Wahrheit. In diesem Zusammenhang beschreibt er u.a. Ausschließungssysteme, die von außen wirken und durch Verbote nur bestimmte Gegenstände, Umstände oder Sprecher zulassen oder Grenzen zwischen Wahrem und Falschem sowie Vernunft und Wahnsinn definieren. Was als „wahr“ gilt wird in Diskursen produziert und hängt mit den vorherrschenden Techniken und Verfahren zur Wahrheitsfindung und zur Produktion von Wissen zusammen (1978, S. 51).

In seiner Auseinandersetzung mit der „Wahrheit“ und den „Wahrheitsspielen“ richtet Foucault seinen Blick auf eben diese Mechanismen bzw. Produktionsprozesse, die „Wahrheit“ hervorbringen und ihre historischen Transformationen. Er begreift „Wahrheit“ als etwas Produziertes, indem er sagt:

„Die Wahrheit ist von dieser Welt; in dieser wird sie aufgrund vielfältiger Zwänge produziert, verfügt sie über geregelte Machtwirkungen. Jede Gesellschaft hat ihre eigene Ordnung der Wahrheit ... d.h. sie akzeptiert bestimmte Diskurse, die sie als wahre Diskurse funktionieren läßt; es gibt Mechanismen und Instanzen, die eine Unterscheidung von wahren und falschen Aussagen ermöglichen und den Modus festlegen, in dem die einen oder anderen sanktioniert werden; es gibt bevorzugte Techniken und Verfahren zur Wahrheitsfindung; es gibt einen Status für jene, die darüber zu befinden haben, was wahr ist und was nicht“ (Foucault, 1978, S. 51).

Wahrheit ist also nicht etwas, was es zu entdecken gilt, sondern etwas Hervorgebrachtes, die Wirklichkeit selbst. Die Produktion von Wissen und Wahrheit bleibt dabei stets an gesellschaftliche Machtverhältnisse gebunden. Diskurse üben „als »Träger« von (jeweils gültigem) »Wissen« Macht aus; sie sind selbst ein Machtfaktor, indem sie geeignet sind, Verhalten und (andere) Diskurse zu induzieren. Sie tragen damit zur Strukturierung von Machtverhältnissen in einer Gesellschaft bei“ (Jäger, 2009, S. 149). Einen möglichen Ansatz zur Analyse der diskursiv produzierten und transportierten Machtkonstellationen bietet das Verfahren der Diskursanalyse, das im Folgenden anhand der Kritischen Diskursanalyse von Jäger sowie der Wiener Schule der Diskursanalyse dargestellt werden soll.

4.2 Methoden der Diskursanalyse

4.2.1 Die Kritische Diskursanalyse (KDA)

Siegfried Jäger (2009) entwickelte mit der Methode der „Kritischen Diskursanalyse“ ein Verfahren für die Analyse von Diskursen, welches sich an der Diskurstheorie Foucaults orientiert und über vorherrschende Ansätze in der Sprachwissenschaft und qualitativen Sozialforschung hinaus geht. Als Grundlage für das Verständnis des Verhältnisses von Subjekt und Diskurs dient Jäger die Tätigkeitstheorie A. N. Leontjews. Wie Leontjew geht er davon aus, dass der Mensch die Wirklichkeit durch einen Prozess der Bedeutungszuweisung in seinem Bewusstsein verinnerlicht. Die den Objekten der Wirklichkeit zugeschriebenen Bedeutungen hat der Mensch im Laufe seines Lebens, in Abhängigkeit von seiner soziohistorischen Lebensumwelt erworben. Der Mensch weist also der Wirklichkeit

Sinngehalte zu, die einem gesellschaftlichen Kontext entstammen. Er nimmt diese auf, setzt sich damit auseinander und gibt diese z.B. durch Sprache weiter. In diesem Sinne sind Diskurse bzw. Texte das Ergebnis menschlicher Tätigkeit und demnach gesellschaftliche Produkte, die die Wirklichkeit nicht repräsentieren, sondern diese konstituieren (ebd., S. 23). Diesem Verständnis nach lassen sich auch die Subjekte selbst als diskursiv konstituiert begreifen.

Ziel der Kritischen Diskursanalyse ist es, diese sozio-historischen Diskurse zu analysieren, d.h. sprachliche Äußerungen auf ihren gesellschaftlichen Bezug hin zu untersuchen und damit einen Blick auf implizite Annahmen und strukturierende Prinzipien zu werfen. Scheinbar objektive Wahrheiten werden damit als zeitlich begrenzte historische Gültigkeiten erkennbar (ebd., S. 54) und Diskurse zudem als Ergebnis historisch-gesellschaftlicher Prozesse fassbar. In diesem Sinne versteht Jäger Texte als zu einem gesellschaftlichen Diskurs zugehörig und betont die Bedeutung der Berücksichtigung dieses Zusammenhanges bei der Analyse. Für ein umfassendes Verständnis der Methode der Kritischen Diskursanalyse erscheint mir eine Auseinandersetzung mit den verwendeten Termini wichtig. Daher möchte ich mich im Folgenden dem Begriff des Diskurses, wie er von Jäger in Anlehnung an Foucault verstanden wird, genauer zuwenden.

Jäger (2009) beschreibt Diskurse als „Flüsse von sozialen Wissensvorräten durch die Zeit“, die immer auch „zur Strukturierung von Machtverhältnissen in einer Gesellschaft“ beitragen (ebd., S. 149, 158). Das damit verbundene Wissen ist ein historisch-diskursiv erzeugtes Wissen, welches in der jeweiligen Gesellschaft für eine bestimmte Zeit Gültigkeit besitzt. Diskurse sind dabei durch jeweils bestimmte Regeln strukturiert, die zur Konstitution von sozialer Wirklichkeit beitragen. Im gesellschaftlichen Gesamtdiskurs unterscheidet Jäger zwischen wissenschaftlichen Spezialdiskursen und dem nicht-wissenschaftlichen Interdiskurs, wobei letzterer immer Elemente von Spezialdiskursen beinhaltet (S. 159). Zur Definition der Struktur eines Diskurses bringt Jäger (S. 160) den Begriff Diskursstrang ein, der „thematisch einheitliche Diskursfragmente“ - also Texte oder Teile von Texten mit einem bestimmten Thema - umfasst. Zu beachten ist, dass die verschiedenen Diskursstränge nicht parallel zueinander verlaufen, sondern sich gegenseitig beeinflussen und in ihrer Gesamtheit den gesamtgesellschaftlichen Diskurs bilden (S.

166). Der Verlauf eines Diskursstranges wird dabei von den jeweils medial als bedeutend herausgestellten Ereignissen bestimmt, sogenannten diskursiven Ereignissen und kann sich über die Zeit verändern. Für eine diskursanalytische Untersuchung ist das diskursive Denken und Sprechen auf verschiedenen Ebenen, die aufeinander Bezug nehmen, interessant, da sich hier zeigt, wie sich einzelne Diskursstränge mit anderen vermischen bzw. sich von diesen abheben.

4.3 Die Wiener Schule der Kritischen Diskursanalyse

Im Folgenden werde ich zunächst die theoretischen Annahmen und die praktische Vorgehensweise der Wiener Schule der Kritischen Diskursanalyse überblicksartig darstellen (vgl. Reisigl, 2007a, 2007b). Die aufgrund ihrer historischen Ausrichtung auch "Diskurshistorischer Ansatz" genannte Methode setzt sich seit mehr als drei Jahrzehnten in zahlreichen Forschungsarbeiten mit der sprachlichen Analyse rassistischer, sexistischer und fremdenfeindlicher Diskurse auseinander (Pöllabauer, 2005, S. 146). Den Ausgangspunkt bildeten Untersuchungen zum österreichischen Nachkriegsantisemitismus, für dessen Analyse die ForscherInnen auf Theorien und Methoden, u.a. aus der Soziolinguistik, Textlinguistik, Sozialpsychologie und -philosophie, Geschichtswissenschaft und Rhetorik zurückgriffen. In den folgenden Jahren entstanden darüber hinaus zahlreiche Forschungsarbeiten, für die das Methodeninstrumentarium beständig weiterentwickelt wurde. Charakteristisch für den Wiener Ansatz der Kritischen Diskursanalyse ist neben der interdisziplinären Ausrichtung die Verknüpfung gesellschaftskritischer und sozialwissenschaftlicher Perspektiven mit linguistischen Konzepten.

Reisigl & Wodak (2001, S. 44 ff.) explizieren fünf Typen von diskursiven Strategien, die hinsichtlich der Konstruktion und Repräsentation von positiven Selbst- bzw. negativen Fremddarstellungen von Bedeutung sind. Als Strategie bezeichnen die Autoren in diesem Zusammenhang mehr oder weniger intentionale Praktiken systematischen Sprachgebrauchs, die der Erreichung spezifischer sozialer, politischer, psychologischer oder linguistischer Ziele dienen.

1. Über referentielle Strategien oder Strategien der Nomination werden soziale

AkteurInnen, z.B. als In- oder Outgroup repräsentiert bzw. konstruiert. Dies kann auf verschiedene Weise, z.B. mittels Tropen, biologischen, naturalisierenden und depersonalisierenden Metaphern bzw. Metonymen oder Synekdochen realisiert werden.

2. Mittels Strategien der Prädikation, wie z.B. in der Form von implizit oder explizit geäußerten positiven oder negativen Zuschreibungen oder über stereotype, wertende Attributionen werden soziale AkteureInnen als positiv oder negativ repräsentiert bzw. auf- oder abgewertet.
3. Argumentationsstrategien und verschiedene Topoi dienen der Legitimation von positiven und negativen Attributionen, durch die beispielsweise soziale oder politische In- bzw. Exklusion, die Diskriminierung oder bevorzugte Behandlung bestimmter Personen und Gruppen legitimiert werden.
4. Mittels Perspektivierungen, Rahmungen oder diskursiven Repräsentationen kann der/die jeweilige SprecherIn ihre Position im Diskurs und ihren Standpunkt bei der Beschreibung, Zitierung etc. von Ereignissen ausdrücken.
5. Verstärkungs- bzw. Abschwächungsstrategien dienen der Modifizierung von Aussagen, indem sie die illokutionäre Wirkung rassistischer, antisemitischer oder nationalistischer Aussagen verstärken oder abschwächen.

Für die praktische Umsetzung möchte ich mich an der hier dargestellten Forschungslogik orientieren. Im Folgenden soll nun die konkrete Vorgehensweise bei der Struktur- und Feinanalyse näher ausgeführt werden, um dem Leser verständlich zu machen, welchen Analyseschritten ich in meiner empirischen Arbeit folge.

4.4 Strukturanalyse

In meiner konkreten Vorgehensweise im Rahmen der Strukturanalyse, orientiere ich mich an den bei Jäger (2009, S. 191 ff.) beschriebenen einzelnen Arbeitsschritten. So erfolgt zunächst zur Gewinnung des Materialkorpus eine inhaltliche Erfassung des Materials zum Thema. Die Strukturanalyse soll einen Überblick über die qualitative und quantitative Bandbreite des entsprechenden Diskursstranges geben. Nach einer Zusammenstellung aller Artikel werden die darin

genannten wichtigsten Themen und Unterthemen identifiziert sowie mögliche Verschränkungen mit anderen Diskurssträngen und Angaben zum Autor, der Textsorte, Kollektivsymbolen etc. festgehalten. Desweiteren schlägt Jäger in seinem Analyseleitfaden zur Materialaufbereitung (2001, S. 104) eine Charakterisierung der Zeitschrift, in Hinsicht auf ihre Diskursposition vor sowie eine Zuordnung der erfassten Einzelthemen zu entsprechenden thematischen Bereichen. Im Anschluss daran erfolgt die Auswahl „typischer“ also inhaltlich, formal und ideologisch relevanter Diskursfragmente, um diese im weiteren Verlauf einer Feinanalyse unterziehen zu können.

4.5 Feinanalyse

Für eine detaillierte Untersuchung in Hinblick auf inhaltliche und formale Gestaltung, Wirkmittel, Argumentationsstrategien, Widersprüche etc. eines Diskurses ist es notwendig, einzelne Diskursfragmente einer Feinanalyse zu unterziehen. Dafür werde ich mich auf die bei Jäger (2009, S. 172 ff.) beschriebene Vorgehensweise sowie zusätzlich auf das methodische Instrumentarium der Wiener Schule der Kritischen Diskursanalyse (Reisigl & Wodak, 2001, S. 44 ff.) beziehen.

Nach Jäger (2009) empfiehlt es sich zunächst den institutionellen Rahmen, d.h. Medium, Rubrik, Autor sowie Ereignisse oder Anlässe für den Artikel zu beschreiben. In einem nächsten Schritt soll die Text-Oberfläche genauer analysiert und das Augenmerk auf die graphische Gestaltung, Sinneinheiten und die behandelten Themen gelegt werden. Daran anschließend gilt es eine sprachliche Mikro-Analyse zu erheben, welche vorhandene Argumentationsstrategien, Logik und Komposition, Redewendungen, AkteurInnen etc. identifiziert. Des Weiteren ist es in einem nächsten Schritt notwendig, die inhaltlich-ideologischen Aussagen, wie z.B. das implizierte Menschenbild oder Gesellschaftsverständnis herauszuarbeiten und darzustellen. Schließlich erfolgt die Analyse und Interpretation der erarbeiteten Aspekte in einer systematischen Darstellung des relevanten Diskursstranges. Von Bedeutung ist jedoch, dass die einzelnen Analyseschritte je nach Text oder Fragestellung modifiziert werden können, um relevante Besonderheiten des Materials zu erfassen. In diesem Sinne möchte ich mich an die von Jäger (2009) vorgeschlagene Vorgehensweise halten, diese jedoch wenn nötig entsprechend

meinem Material anpassen und modifizieren. Ergänzend dazu werde ich meinen Blick auf die Konstruktion und Repräsentation von sozialen AkteurInnen richten und hinsichtlich referentieller Strategien und Prädikationen, so wie bei Reisigl & Wodak (2001) bzw. Reisigl (2003) dargestellt, analysieren. Darüber hinaus sollen Argumentationsstrategien und Verstärkungs- bzw. Abschwächungsstrategien (ebd.) herausgearbeitet und in Bezug auf ihre funktionale Bedeutung für den Text analysiert werden.

5. Fragestellungen

Wie in der Berichterstattung bzw. der Literatur zur Thematik dargestellt, lässt sich der Prozess des sozialen Wandels in Ostdeutschland vor allem als ein Transformationsprozess, der auf die Übernahme und den Aufbau von „modernen demokratischen, marktwirtschaftlichen, rechtsstaatlichen Institutionen“ (Zapf, 1992, S. 138) in den neuen Bundesländern und Ost-Berlin fokussiert, beschreiben. Im Zusammenhang damit wurde ich auf Darstellungen aufmerksam, die sich mit geforderten, erwünschten und/oder tatsächlich stattfindenden Anpassungsprozessen im Denken und Verhalten der Menschen, d.h. der BewohnerInnen der ehemaligen DDR-Regionen, auseinandersetzen. Dies führte mich zu der Frage, welche Eigenschaften, Fähigkeiten, Verhaltensweisen etc. hier als notwendig und förderlich erachtet werden, um im neuen bundesdeutschen marktwirtschaftlichen System bestehen zu können. Mein Interesse richtet sich daher auf die Darstellung der Subjekte im Diskurs, d.h. wie und in welcher Weise die BewohnerInnen Ostdeutschlands im Diskurs angerufen werden. Mit anderen Worten ist es das Anliegen meiner Analyse, herauszuarbeiten, welchen Denk- und Verhaltensnormen die Menschen aus den neuen Bundesländern folgen sollen und welche diskursiven Vorgaben sich in diesem Zusammenhang identifizieren lassen und auf welche Art und Weise diese legitimiert werden. In diesem Sinne möchte ich meinen Blick auf die „Logik“ des Diskurses richten und die Konstitution der Subjekte im Diskurs über die Transformation wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse in Ostdeutschland untersuchen. Mein erkenntnistheoretisches Vorgehen zur Beantwortung der Fragestellung ist dabei an folgenden Fragen ausgerichtet:

- Wie werden die Menschen in Ostdeutschland im Diskurs um den „Aufbau Ost“ charakterisiert bzw. welche Fähigkeiten und Eigenschaften sollen sie haben?
- Welche Subjektformen lassen sich im genannten Diskurs identifizieren?
- Wie werden die Beziehungen der BewohnerInnen der neuen Bundesländer zu denen des „Westens“ charakterisiert?

6. Erstellung des Materialkorpus und Dossier

Nach Festlegung der Fragestellung/en ist es zunächst notwendig, den entsprechenden Diskurs(strang) genauer zu definieren (Jäger, 2009, S. 188). Da der Diskurs in seiner Breite eine Fülle von Material hervorbringt, möchte ich eine erste Eingrenzung anhand der Auswahl einer geeigneten Diskursebene vornehmen. Ich werde mich in meiner Analyse auf die Berichterstattung in den Massenmedien konzentrieren, da mir der Mediendiskurs⁷ insofern als interessant erscheint, da er Fragmente aus verschiedenen anderen Diskursen, wie beispielsweise aus dem Politikerdiskurs und dem sozialwissenschaftlichen Diskurs, beinhaltet und ebenso auf diese rückwirkt. Als Analysematerial selbst dienen mir Artikel der Zeitschrift „DER SPIEGEL“, die ich dem online verfügbaren Archiv der Zeitschrift entnommen habe. Die Zeitschrift ist eines der auflagenstärksten Nachrichten-Magazine (842322 verkaufte Auflagen im vierten Quartal 2013⁸) und war im Jahr 2013 mit 3721 Zitaten⁹ das am meisten zitierte Medium (vgl. <http://de.statista.com>). Damit kann die Zeitschrift als ein hegemoniales Leitmedium angesehen werden, welches von einer großen Anzahl von Menschen gelesen wird und damit eine weitreichende Verbreitung bestimmter Themen und Perspektiven ermöglicht.

⁷ Jäger (2009, S. 163) spricht von *dem* Mediendiskurs, da alle Medien Informationen aus anderen Spezialdiskursen übernehmen und sich hier insbesondere verschiedene Diskursebenen miteinander verbinden.

⁸ <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/164386/umfrage/verkaufte-auflagen-von-spiegel-stern-und-focus/> [4.2.2014].

⁹ <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/169706/umfrage/die-meistzitierten-medien-in-deutschland/> [4.2.2014].

Wie bereits im Rahmen meiner Auseinandersetzung mit Subjektivierungsprozessen ausführlich dargestellt (vgl. Kapitel 2), haben gesellschaftliche Diskurse einen entscheidenden Einfluss auf die Form der Subjektkonstitution. Liberal-demokratische Gesellschaften zeichnen sich insbesondere durch die Verbreitung von Programmen und Mechanismen zur Erfüllung bestimmter politischer Ziele aus, die von direkten Interventionen der Regierung losgelöst und stattdessen an Diskurse und Praktiken gekoppelt, sind. Für den Neoliberalismus erweist sich diesbezüglich ein Menschenbild als typisch, bei dem das Selbst angerufen wird, ein autonomes, eigenverantwortliches, d.h. unternehmerisches zu sein. Über die Sprache des Unternehmertums wird es möglich politische Überlegungen mit bestimmten Programmen zu verbinden, die gleichsam Strategien und Richtlinien für eine Transformation bereit stellen (Rose, 1996, S. 11). Als zu untersuchender Diskurs(strang) erscheint mir daher der Themenkomplex des sogenannten Aufbaus Ost als besonders geeignet, da ich annehme, dass sich derlei Leitbilder in den Diskussionen zur Transformation zum kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem der Bundesrepublik zeigen. Darüber hinaus erweist sich der Diskurs als interessant, da inhaltlich auch die Begegnung mit den jeweils „anderen Deutschen“ thematisiert wird, was Fragen bezüglich der Repräsentation von Selbst- und Fremdbildern und Verortungen von Zugehörigkeit und Ausgrenzung aufwirft. Unter diesen Gesichtspunkten fiel meine Wahl auf alle Artikel, die sich mit den Bedingungen, Erfordernissen und Folgen des sozialen und wirtschaftlichen „Aufbaus“ der neuen Bundesländer befassen.

Um die Durchführbarkeit im zeitlichen Rahmen der Diplomarbeit zu gewährleisten, erscheint es mir notwendig, das zu analysierende Material weiter einzugrenzen. Nach Jäger (2009, S. 162) beeinflussen insbesondere diskursive Ereignisse, also Ereignisse die in der Berichterstattung intensiv behandelt werden, den Diskursstrang. Der Beginn der für diese Arbeit relevanten diskursiven Auseinandersetzung geht zeitlich mit dem Ereignis der deutschen Wiedervereinigung, die mit dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 offiziell vollzogen wurde, einher. In Folge dessen entstand ein umfangreicher Diskurs in den Medien, der sich thematisch mit den Folgen der Wiedervereinigung, insbesondere mit dem

wirtschaftlichen und sozialen Aufbau der neuen Bundesländer, befasst. Eine erste Durchsicht relevanter Artikel zeigte eine auffallend hohe Auseinandersetzung mit der Thematik zum Zeitpunkt der deutschen Wiedervereinigung 1990 und im Zeitraum der nachfolgenden Monate. Aus diesem Grund werde ich mich bei meiner Analyse vor allem auf Artikel beschränken, die in dieser Zeitspanne zwischen 1990 bis Ende 1991 publiziert wurden.

Zunächst wurde jedes Heft des Jahrgangs nach relevanten Artikeln durchsucht. Einbezogen wurden alle Ausgaben der Zeitschrift von Juli 1990 bis Juni 1991. Der sich daraus ergebende Materialkorpus beinhaltet verschiedene Textgenres. Gegenstand dieser Arbeit sollen jedoch nur meinungsäußernde Darstellungsformen, wie z.B. Kommentar, Interview, Essay bzw. Reportage sein, da hier über subjektive Erfahrungen, Einschätzungen und Beobachtungen, gesellschaftliche Bewertungen und Argumentationsmuster sichtbar werden können. Meine Absicht ist es jedoch nicht, die individuelle Intention des Autors herauszuarbeiten, vielmehr soll die hier getroffene Auswahl dazu dienen, Kenntnis über ein Element des Diskurses zu erlangen, welches gesellschaftliche Denkmuster und Normen zum Ausdruck bringt und generiert (Jäger, 2009, S. 173).

Aus dieser Vorgehensweise habe ich einen Textkorpus von 163 Artikeln gewonnen, die mit Angaben zu Titel, Rubrik, Autor, Ausgabe, Erscheinungsjahr und Themenkomplex in einer Tabelle festgehalten wurden (vgl. Anhang Tabelle Datenkorpus Strukturanalyse). Um den Diskursstrang in seiner qualitativen und quantitativen Dimension im sogenannten Dossier zu erfassen, galt es, alle Themen bzw. Unterthemen zu benennen und eventuelle Häufungen festzuhalten (vgl. Jäger, 2009, S. 192). Die Vielzahl der Themen habe ich den jeweils von mir erstellten Themenblöcken zugeordnet und zudem in ihrer quantitativen Bandbreite, also in ihrer Häufigkeit des Vorkommens, erfasst.

Empirischer Teil

7. Strukturanalyse

Im Folgenden möchte ich nun entsprechend den von Jäger (2009)

vorgeschlagenen Analyseschritten eine erste Materialaufbereitung vornehmen. Dazu erscheint es mir sinnvoll, zunächst die Zeitschrift auf ihre Position im Diskurs hin zu untersuchen und darzustellen. Gleichzeitig soll damit eine allgemeine Charakterisierung der Zeitschrift erfolgen und Angaben zur Auflage und Leserschaft angeführt werden. Im Anschluss daran folgen ein Überblick der in der Strukturanalyse erfassten Themen sowie eine ausführliche inhaltliche Darstellung der wichtigsten Themen.

7.1 Die Diskursposition der Zeitschrift

Als Diskursposition einer Zeitung bzw. Zeitschrift bezeichnet Margret Jäger die jeweilige politische Verortung des Mediums: „Unter einer Diskursposition verstehe ich den (ideologischen, S.J.) Ort, von dem aus eine Beteiligung am Diskurs und seine Bewertung ... erfolgt.“ (Jäger, 1996, S. 47, zitiert nach Jäger, 2009). Gemeint ist also die politische Grundhaltung, die sich u.a. in der Auswahl bestimmter Autoren, Thematiken und Sprecher zeigt. Nachfolgend möchte ich die (ideologische) Position der Zeitschrift „DER SPIEGEL“ darstellen, um den Standpunkt des Magazins im gesellschaftlichen Diskurs zu verdeutlichen.

Das Nachrichten-Magazin „DER SPIEGEL“, welches bis 2002 von Rudolf Augstein herausgegeben wurde und in 169 Ländern erscheint, ist eine der auflagenstärksten Zeitschriften der deutschen Printmedien¹⁰. Nach Angaben der SPIEGEL-Redaktion zeichnet sich die Zeitschrift durch ihre politische Unabhängigkeit aus, wobei sie niemanden verpflichtet sei und keiner Partei oder wirtschaftlichen Gruppierung nahestehe¹¹. Ob die Berichterstattung tatsächlich als neutral angesehen werden kann oder doch eine Gewichtung von Positionen und

¹⁰ <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/164386/umfrage/verkaufte-auflagen-von-spiegel-stern-und-focus/> [4.2.2014].

¹¹

<http://www.spiegelgruppe.de/spiegelgruppe/home.nsf/Navigation/440FBE98BAF7E2F8C1256FD5004406DD?OpenDocument> [4.2.2014].

Argumenten zugunsten vorherrschender hegemonialer Vorstellungen vorliegt, wird anhand der Analyse zu klären sein.

Die Leserzahl des im SPIEGEL-Verlag wöchentlich erscheinenden Magazins beträgt pro Ausgabe durchschnittlich knapp 6 Millionen¹². Wie auf der Homepage des SPIEGELs angegeben, lesen neun Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland die Zeitschrift (ebd.) Die SPIEGEL-Leserschaft ist zudem im Durchschnitt eher männlich (68 %), berufstätig (63 %) und hat mindestens Abitur (54 %)¹³. Darüber hinaus verfügen 47 % der RezipientInnen über ein Haushaltseinkommen von über 3000 Euro monatlich und wohnen in den alten Bundesländern. Dem gegenüber lesen nur etwa 11 % der Menschen in den fünf neuen Bundesländern die Zeitschrift (ebd.). Es ist also anzunehmen, dass das Nachrichten-Magazin von einem Großteil der „Entscheidungsträger“ gelesen wird, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen und politischen Position, Einfluss auf die Gestaltung gesellschaftlicher Strukturen haben. Dies scheint ganz im Sinne der SPIEGEL-Redaktion, welche die adressierte Leserschaft wie folgt beschreibt: „Wer in Deutschland etwas zu sagen hat oder mitreden möchte, liest den SPIEGEL.“¹⁴.

Das journalistische Konzept des 1947 zum ersten Mal erschienenen Magazins wurde zunächst im sogenannten SPIEGEL-Statut von 1949 beschlossen. Darin heißt es: „der SPIEGEL stellt die Dinge einfach in ihrer Wirklichkeit dar, so wie er sie durch das Auge seines Korrespondenten selbst sieht. ... Er beurteilt die Dinge zwar, aber die Bewertung soll möglichst in der Schilderung enthalten sein. Sie soll möglichst nur in dem verschiedenen Schwergewicht der nebeneinandergestellten Argumente zum Ausdruck kommen“ (Brawand, 1987, S. 227). Diese Konzeption

¹²

<http://www.spiegelgruppe.de/spiegelgruppe/home.nsf/Navigation/C226C5F6118D70E0C12573F700562F49?OpenDocument> [4.2.2014].

¹³ <http://meedia.de/2013/01/15/print-analyse-der-typische-spiegel-leser/> [4.2.2014]

¹⁴

<http://www.spiegelgruppe.de/spiegelgruppe/home.nsf/Navigation/C226C5F6118D70E0C12573F700562F49?OpenDocument> [4.2.2014].

definiert keine eindeutige Trennung zwischen Nachricht und Meinung. Bis heute liege dabei das Augenmerk auf selbst recherchierten Beiträgen und der Aufdeckung von Fakten und Daten politischer und gesellschaftlicher Ereignisse, die durch die über 270 Journalisten umfassende Redaktion im In- und Ausland zusammengestellt werden¹⁵.

Im Folgenden möchte ich mich den in der Strukturanalyse herausgearbeiteten Themen der Berichterstattung zuwenden und diese beschreiben.

7.2 Themen

Grundsätzlich lässt sich der Diskurs um den „Aufbau Ost“, der inhaltlich vor allem auf die ostdeutsche Transformation fokussiert, als Teil der diskursiven Beschäftigung mit der deutschen Einheit verstehen. Eine Häufung von Artikeln zu den gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Veränderungen in Ostdeutschland im Rahmen der Transformation zum bundesdeutschen System findet sich vor allem in den Ausgaben, die unmittelbar um den Zeitpunkt des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland erscheinen.

Insgesamt bilden Texte mit wirtschaftspolitischen Inhalten, die sich mit den Bedingungen und Maßnahmen des angestrebten wirtschaftlichen Aufschwungs in den neuen Ländern auseinandersetzen sowie Artikel zur Problematik der Übertragung bundesdeutscher institutioneller Strukturen auf Ostdeutschland, einen quantitativen Schwerpunkt in der Berichterstattung.

Eine Vielzahl von Texten weist dabei eine ähnliche Grundstruktur auf: So werden zunächst die defizitären Verhältnisse in den Regionen der ehemaligen DDR als Problem für das vereinigte Deutschland thematisiert, was jedoch durch

15

<http://www.spiegelgruppe.de/spiegelgruppe/home.nsf/Navigation/440FBE98BAF7E2F8C1256FD5004406DD?OpenDocument>;

<http://www.spiegelgruppe.de/spiegelgruppe/home.nsf/Navigation/45CA3E395B329908C12573FC0038E5B2?OpenDocument> [4.2.2014].

entsprechende Maßnahmen zu beheben sei. Dies führe zu wirtschaftlicher Prosperität und Wohlstand für alle und einem gelungenen Vereinigungsprozess. Verschränkungen mit anderen Diskursen zeigen sich u.a. in der Thematisierung von Nationalität, wie z.B. in der Auseinandersetzung um die nationale Einheit der Deutschen. Eine genaue Analyse der argumentativen Logik und Legitimationsstrategien der behandelten Themen werde ich in der Feinanalyse, anhand des von mir dazu ausgewählten konkreten Materials vornehmen.

Die in der Strukturanalyse herausgearbeiteten Themen wurden von mir kategorisiert und hinsichtlich ihres Themenschwerpunktes und -inhaltes einzelnen Themenkomplexen zugeordnet. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Themenkomplexe. Die Angaben in Klammern geben die Häufigkeit des Vorkommens des jeweiligen Themenkomplexes über die Gesamtheit der analysierten Artikel an, wobei Mehrfachnennungen möglich sind (vgl. auch Anhang Tabelle Datenkorpus Strukturanalyse).

- Finanzpolitik (14)
- Transformation (49)
- Institutionentransfer (37)
- Wirtschaftliche Einheit (105)
- Rückständiges Ostdeutschland (15)
- Identitäten (5)
- Arbeit (12)
- Umwelt (5)
- Eigentum (11)
- Nationale Identität (3)
- DDR-Vergangenheit (4)
- Wahl (5)

Um dem Leser die inhaltlichen Schwerpunkte verständlich zu machen, möchte ich nun auf die aufgrund ihres quantitativen Vorkommens bzw. ihrer inhaltlichen Relevanz wichtigsten Themenkomplexe ausführlicher eingehen.

7.2.1 Transformation

Das zentrale Oberthema, welches von mir unter dem Begriff „Transformation“ zusammengefasst wurde, fokussiert auf den mit der deutschen Wiedervereinigung beginnenden gesellschaftlichen Transformationsprozess in den Regionen der ehemaligen DDR und die in diesem Zusammenhang als notwendig erachteten Umstrukturierungsmaßnahmen. Beiträge zu dieser Thematik sprechen vor allem überblicksartig die Übertragung von bundesrepublikanischen Organisationsstrukturen und Standards auf die ehemalige DDR und die damit einhergehenden Vorstellungen von adäquaten Anpassungsprozessen in Ostdeutschland an. Ab Mitte 1990 treten häufig spezifische Aspekte in den Vordergrund der Berichterstattung, wobei Artikel mit ökonomischer Ausrichtung deutlich dominieren. Hier zeigt sich, dass mit der Idee der strukturellen Angleichung der Regionen der alten und neuen Bundesländer die Vorstellung von wirtschaftlichem Wachstum, der Wohlstand generiert, verbunden ist. In diesem Sinne werden verschiedene Defizite in den ehemaligen DDR-Regionen thematisiert (vgl. 7.2.6 Rückständiges Ostdeutschland), die nach und nach abgebaut bzw. an westdeutschen Standard angeglichen werden sollen. Die vorrangigen Maßnahmen zielen auf die Übertragung von institutionellen Strukturen, Kompetenzen und finanziellen Ressourcen von West- nach Ostdeutschland. Reformbedürftige Aspekte des bundesdeutschen Systems oder alternative ostdeutsche Gestaltungsansätze in der Vereinigungspolitik finden dabei nur selten Beachtung in der Berichterstattung.

Häufig finden sich Darstellungen einer konstatierten Armut im östlichen Teil Deutschlands, die Gegenstand und Ausgangspunkt entsprechender politischer Veränderungsvorschläge sind. Die Vorstellung eines sozialen und wirtschaftlichen „Aufholprozesses“ wird als „politische Strukturaufgabe“ (41/1990, S. 227) interpretiert, dessen Resultat einheitliche Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland sein sollen. Eine solche Entwicklung wird zunächst innerhalb eines kurzen Zeitraums angestrebt und erwartet, im weiteren Verlauf der Berichterstattung jedoch für einen längeren Zeitraum definiert. Während dafür anfangs eine Zeitspanne von bis zu fünf Jahren, höchstens zehn Jahren veranschlagt wird, hält man ab Mitte 1991 einen längeren Zeitraum für realistischer. An der Möglichkeit eines stetigen

Wachstums besteht jedoch kein Zweifel. Somit ist die thematisierte Zielsetzung der Vereinheitlichung der Lebensbedingungen in Deutschland, die auch eine soziale Chancengleichheit bedeuten müsste, eng verknüpft an der Notwendigkeit von wirtschaftlichem Erfolg und Wachstum.

7.2.2 Wirtschaftliche Einheit

Wie bereits erwähnt ist die Wirtschaftsunion bzw. die wirtschaftliche Entwicklung der ehemaligen DDR-Regionen eines der zentralen Themen der Berichterstattung nach der deutschen Wiedervereinigung. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten wird auch oder vor allem als ökonomische Vereinigung verstanden, die die Übertragung marktwirtschaftlicher Strukturen auf die Regionen der ehemaligen DDR beinhaltet. Als wiederholt formulierte Überzeugung kommt die Auffassung zum Ausdruck, dass eine Anpassung der defizitären ostdeutschen Lebensverhältnisse an den westdeutschen Standard nur durch ein entsprechendes Wirtschaftswachstum zu erreichen sei. Dahinter verbirgt sich eine Sichtweise, die Lebensqualität mit materiellem Wohlstand gleichsetzt, der nur durch stetiges Wachstum erreichbar ist. Dies wird auch in der Heranziehung des Bruttoinlandsprodukts (BIP)¹⁶ als Wohlstandsindikator deutlich. Eine Steigerung desselbigen bringe, so die argumentative Logik, Wohlstand für alle. Eine solche Messgröße berücksichtigt jedoch nicht eine ungleiche Wohlstandsverteilung bzw. ist grundsätzlich ein fragwürdiger Indikator zur Messung von Lebensqualität.

Als zentrale Punkte wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Steigerung des Wachstums in Ostdeutschland werden unter anderem die Privatisierung der ehemals volkseigenen Betriebe durch die Treuhandanstalt (THA), finanzielle Fördermittel und Investitionen, die rasche Klärung der Eigentumsverhältnisse sowie der Aufbau der Infrastruktur genannt. So wird beispielsweise wiederholt auf die Bedeutsamkeit

¹⁶ Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bezeichnet den Gesamtwert aller Güter und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres in einer Volkswirtschaft innerhalb der Landesgrenzen erwirtschaftet wurden (www.bpb.de).

der Modernisierung der Infrastruktur für potenzielle Investitionen in den ostdeutschen Regionen und dem damit verbundenen Erfolg als Wirtschaftsstandort hingewiesen. Der wirtschaftliche Aufschwung bzw. Neubeginn gilt also durch entsprechende industriepolitische Interventionen als realisierbar, wobei der Wechsel hin zu einem kapitalistischen marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaftssystem als alternativlos erscheint. Das Modell der sozialen Marktwirtschaft ist hier zugleich Vorlage und Ziel ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklung. Davon abweichende Modelle oder lokale Varianten von gesellschaftlicher Entwicklung werden nicht thematisiert. So findet auch die zeitgenössische Vision vieler DDR-Bürger von einem alternativen Weg für die ehemalige DDR hin zu einem eigenständigen demokratischen Staat keine ernsthafte Berücksichtigung. Es wird lediglich die Kritik an einer zu schnellen Anpassung der neuen Bundesländer an das System der Bundesrepublik aufgenommen, jedoch nur mit einer entsprechenden Zurückweisung selbiger. Vielmehr gilt die Förderung autonomer Strukturen in Ostdeutschland oder eine über einen längeren Zeitraum stattfindende Vereinigung als hinderlich für die prognostizierte soziale und wirtschaftliche Erneuerung.

Zu Beginn der Berichterstattung findet sich wiederholt der Vergleich mit dem wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Damit scheint die Erwartung einer Wiederholung eines solchen „Wirtschaftswunders“ verbunden. Der Vergleich mit dem rasanten Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik nach dem zweiten Weltkrieg erschöpft sich jedoch schon nach wenigen Monaten.

Ab dem Jahr 1991, mit der zunehmenden Gewissheit, dass der Aufschwung nicht wie erwartet stattfinden wird, wird schon bald ein zweites Bild bemüht, das von Ostdeutschland als Mezzogiorno¹⁷ Deutschlands.

¹⁷ Mezzogiorno bezeichnet den Süden Italiens, der die Regionen Abruzzen, Molise, Kampanien, Apulien, Basilicata, Kalabrien sowie Sizilien und Sardinien umfasst. Der Begriff des „Mezzogiorno-Effekt“ bezieht sich auf einen Vergleich zwischen Ostdeutschland und dem Süden Italiens. Gemeint ist damit die noch immer bestehende Abhängigkeit des wirtschaftlich schwachen Südens von der Subventionierung durch den Norden Italiens, denn trotz umfangreicher Fördermaßnahmen kam es

7.2.3 Institutionentransfer

Der inhaltliche Schwerpunkt dieser Themengruppe liegt in der Auseinandersetzung mit der Anpassung der Sozialstrukturen in den Regionen der ehemaligen DDR an die bundesdeutsche Institutionenordnung. Erwähnung findet die Thematik in der Berichterstattung vor allem im Rahmen der Darstellung von erforderlichen Maßnahmen für einen raschen Aufschwung in Ostdeutschland. Der Transfer politischer, rechtlicher und ökonomischer westdeutscher Institutionen scheint hier also verknüpft mit Erwartungen von wirtschaftlichem Wachstum oder vielmehr eine grundlegende Bedingung für das Wachstum selbst. Als absolute Notwendigkeit wird dabei die Umgestaltung der öffentlichen Verwaltung in den ostdeutschen Regionen genannt, was die vollkommene Übertragung der westdeutschen Verwaltungsstrukturen auf die neuen Länder impliziert.

Ein weiterer Aspekt des Institutionentransfers, die Einführung des bundesdeutschen Rechtssystems an ostdeutschen Gerichten bzw. die Errichtung einer funktionsfähigen Justiz nach westdeutschem Vorbild, findet ebenfalls Eingang in die Berichterstattung. Für den zeitlich raschen und erfolgreichen Umbau des Verwaltungs- und Rechtssystem ist, so die argumentative Logik, der Einsatz von westdeutschen Verwaltungsangestellten bzw. der Austausch des Verwaltungspersonals zwingend erforderlich. Ab dem Jahr 1991 findet sich in diesem Zusammenhang auch die Bezeichnung „Buschgeld“ in der Berichterstattung. Die ursprüngliche Bedeutung des Wortes im Sinne einer Gefahrenzulage für Beamte in Afrika bzw. für Soldaten im Außendienst wird hier auf die Gehaltszulage für westdeutsche Beamte angewendet, die sich bereit erklären ihren Dienst temporär in Ostdeutschland zu absolvieren. Die Kontextualisierung der Entsendung westdeutscher Beamte in ostdeutsche Verwaltungen mittels kolonialer Begrifflichkeiten impliziert einen Gegensatz zwischen den zur Hilfe entsendeten westdeutschen Verwaltungsangestellten und den ostdeutschen Regionen und ihren

bisher nicht zu einem wirtschaftlichen Aufschwung in den südlichen Regionen (<http://de.wikipedia.org>).

Bewohnern. So ruft die Assoziation ein Bild hervor, welches Ostdeutschland als urwaldähnliches Gebiet oder „Busch“ bzw. als „unzivilisiertes“, im besten Fall „exotisches“ Territorium mit niedrigem Entwicklungsniveau erscheinen lässt.

7.2.4 Identitäten

Einen weiteren Schwerpunkt in der Berichterstattung stellt die Beschäftigung mit konstatierten ost- bzw. westdeutschen Eigenheiten, Denk- und Verhaltensweisen dar. Dabei wird von einem verschiedenartigen Denken gesprochen und die Einstellungen der Deutschen zueinander „erforscht“ und miteinander verglichen. So berichtet der SPIEGEL im November 1990 (46/1990, S.114-128) beispielsweise von den Ergebnissen einer deutschlandweiten Meinungsumfrage zu den Eigenschaften der ehemaligen DDR-Bürger und Westdeutschen. Laut den Umfrageergebnissen, die als Mittelwerte in einer „Im Westen die besseren Deutschen?“ betitelten Graphik dargestellt werden, halten sich die Ostdeutschen für u.a. weniger disziplinierter, selbständiger, weltoffener, selbstbewusster, flexibler und geschäftstüchtiger als die westdeutschen Bundesbürger. Thematisiert werden nicht nur mangelhafte Kenntnisse, sondern insbesondere auch inadäquate persönliche Fähigkeiten und Dispositionen der Menschen in Ostdeutschland, um im neuen System erfolgreich zu sein. So scheinen ostdeutsche Arbeitnehmer beispielsweise nicht über die entsprechenden Kompetenzen und Persönlichkeitseigenschaften zu verfügen, um im marktwirtschaftlichen System effizient sein zu können. Darüber hinaus scheint auch die Ausbildung ostdeutscher Arbeiter nicht dem westdeutschen bzw. internationalen Niveau zu entsprechen.

7.2.5 Nationale Identität

Thematisch wird hier vor allem die, nach dem Ende der DDR beginnende „Neuverortung“ (Bittner, 2009) der ehemaligen DDR-Bürger hinsichtlich ihrer Überzeugungen und Verhaltensweisen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland behandelt. Im Vordergrund steht vor allem die Frage nach der Identifikation der neuen Bundesbürger mit der „Nation“, vor dem Hintergrund nationaler Denkmuster. In diesem Zusammenhang spielt die Stärkung eines regionalen Bewusstseins in der

Berichterstattung eine große Rolle. So werden beispielsweise auf das Bundesland Sachsen bezogen angebliche typische sächsische Eigenschaften beschworen, die für die „nationale Zukunft“ (39/1990, S. 55) von Bedeutung seien: „Sie [die Sachsen] zeichnen sich außer durch ihre technologische Routine noch durch jene Fähigkeit aus, die in ihrem Dialekt Fischelanz heißt. ... darf je nach Geneigtheit mit Cleverness oder Opportunismus übersetzt werden. Die Sachsen werden von allen DDR-Regionen als erste die westdeutschen Standards in Produktion und Konsum erreichen“. (ebd.). Der hier konstruierte Zusammenhang zwischen der nationalen Einheit und der wirtschaftlichen Einheit und dem Aufschwung in den neuen Bundesländern ist charakteristisch für die Berichterstattung. Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands wiederum wird in Zusammenhang gesetzt mit dem Bedeutungszuwachs des Wirtschaftsstandort Deutschland in Europa und seiner Rolle in einem vereinten Europa.

7.2.6 Rückständiges Ostdeutschland

Ein zentrales Thema in der Berichterstattung zur Transformation der neuen Bundesländer bildet die Darstellung des Lebensraums Ostdeutschland, die meist bildhafte Beschreibungen der institutionellen, strukturellen und ökonomischen Verhältnisse in den neuen Bundesländern beinhaltet. Auffällig sind jedoch die fehlende Differenzierung der verschiedenen ostdeutschen Regionen und Gegebenheiten sowie der wertende Charakter der Berichterstattung. So zeichnen sich entsprechende Darstellungen vorwiegend durch Beschreibungen der als rückständig charakterisierten Lebensumwelten aus, die Bilder von einer sanierungsbedürftigen Infrastruktur, Umwelt und Verwaltung sowie von veralteten Produktionsanlagen in ostdeutschen Betrieben vermitteln. Die Beschreibungen variieren dabei von Aufzählungen nicht mehr zeitgemäßer und ineffizienter öffentlicher Einrichtungen und Lebensumwelten, bis hin zu allgemeinen Charakterisierungen von ostdeutschen Städten mit Begriffen für Zustände von Not und Gefährdung.

8. Feinanalyse

Die in diesem Abschnitt durchgeführte Feinanalyse orientiert sich an den bereits erwähnten Analyseschritten zur Feinanalyse von Diskursfragmenten von Jäger (2007; 2009) und Reisigl (2001; 2003). Für die Analyse einzelner Diskursfragmente habe ich aus dem Materialkorpus solche Artikel aus der Zeitschrift ausgewählt, die unmittelbar im Zusammenhang mit der Forschungsfrage stehen und für den zu untersuchenden Sachverhalt typisch sind. Meine Auswahl, nach der bestimmte Artikel als relevant anzusehen sind, folgte dabei verschiedenen Kriterien: So hielt ich es für wichtig, dass nur jene Artikel in die Betrachtung einbezogen werden, die die im Diskurs bedeutsamsten Themen und relevanten Inhalte beinhalten, da damit wichtige Hinweise zu Grundhaltungen, Wissensbezügen etc. gegeben werden.

Wie Rose (1996, S. 12 f.) ausführt, nehmen ExpertInnen und ihr Wissen im Diskurs, insbesondere bei der Verknüpfung politischer Ziele (wie z.B. Produktivität, Konkurrenzfähigkeit, Gesundheit etc. der Individuen als wichtige Eigenschaften für Anpassung und Funktionieren im System) mit dem Selbst der Individuen eine bedeutende Rolle ein. Als scheinbar objektive und neutrale Autoritäten wird diesen in der Führung von Individuen eine besondere Funktion zugewiesen. Ihnen werden die Fähigkeit und das Wissen zugesprochen, Rezepte für ein erfülltes Leben hervorzubringen. So spielt Expertenwissen „die Rolle des Relais zwischen ökonomisch erwünschten und persönlichen Zielen“ (ebd. S. 18 f.). Regierung und die Regulierung der Individuen wird nun über das Wissen und die Techniken von Experten möglich, die scheinbar objektive, rationale Antworten bereithalten für eine erfolgreiche Selbstregulierung und Lebensführung, die z.B. zu Normalität, Zufriedenheit, Glück und der Verbesserung der Lebensqualität führt. Damit wird dem Expertenwissen mehr Glaubwürdigkeit und Aufmerksamkeit entgegengebracht als anderen SprecherInnen und von der Mehrzahl der Subjekte als wahr anerkannt. Darüber hinaus werden existenzielle und alltägliche Lebensfragen und -probleme, wie z.B. Krankheit, Schwierigkeiten am Arbeitsplatz, Schulden etc. auf die subjektive Ebene verschoben. Die „täglichen Existenzprobleme sind Angelegenheiten von Innenschau, Bekenntnis und Expertenmanagement geworden“

(ebd., S. 16), die nun der Eigenverantwortung des Individuums unterliegen. Für meine Analyse möchte ich daher aufgrund der erwähnten Zusammenhänge meine Auswahl auf Artikel von Experten eingrenzen.

Nach Sichtung einer Vielzahl vorausgewählter Artikel habe ich den Artikel „Das deutsche Wagnis. Die Risiken der deutsch-deutschen Vereinigung (I)“ von Klaus von Dohnanyi (in SPIEGEL 39/1990, S. 162 – 182) für die Feinanalyse ausgewählt, da er für den Diskurs zentrale Inhalte thematisiert.

„Das deutsche Wagnis. Die Risiken der deutsch-deutschen Vereinigung (I)“ von Klaus von Dohnanyi in SPIEGEL 39/1990, S. 162-182

8.1 Veröffentlichungskontext

Der Artikel wurde in der September-Ausgabe 1990 der Zeitschrift „DER SPIEGEL“ unter dem Titelthema „Vereint aber fremd. Die ungleichen Deutschen“ veröffentlicht. Das Titelbild (Abb. 1) zeigt zwei Männer im Anzug, deren Krawatten im Farbbild der Deutschlandfahne miteinander verknotet wurden. Die auf der linken Seite im Profil abgebildete männliche Person zeigt eine etwas untersetzte Figur im hellen, modernen Jackett und steht symbolisch für die Menschen im westlichen Teil Deutschlands. Der ostdeutsche Gegenspieler steht ihm hager, fast schwächling mit einer grauen, dunklen Jacke bekleidet gegenüber. Sein Gesichtsausdruck zeigt weit geöffnete, fast ängstlich schauende Augen, während sich sein Kopf etwas nach hinten zu neigen scheint, sodass er den Eindruck vermittelt, er weiche vor dem anderen Mann zurück.

Die bereits im Titelthema anklingende Thematik der Ungleichheit beider deutscher Staaten wird vor allem in den ersten drei Artikeln der Ausgabe weitergeführt. Die Beiträge „Es ist ein anderes Leben“, „Hier Syphilis, dort Tripper“ und „Die heilsame Entfremdung“ setzten sich im Hinblick auf die bevorstehende Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, am 3. Oktober 1990 vor allem mit Unterschieden zwischen den Menschen in Ost- und Westdeutschland bezüglich ihrer Mentalität und Lebensart auseinander. Im Vordergrund steht dabei die Frage nach der Möglichkeit eines sozialen „Zusammenwachsen“ der Menschen in einem

vereinten deutschen Staat. Erkennbar wird, dass hier vor allem die mentale Integration bzw. Anpassung der ostdeutschen Bevölkerung (später unter dem Stichwort der sogenannten inneren Einheit thematisiert) an das etablierte westdeutsche Gesellschaftssystem gemeint ist. Darüber hinaus bestimmen andere Sachverhalte und Themen zur Situation in den alten und neuen Bundesländern die Berichterstattung. Beispielsweise wird der Zerfall der ehemals sehr starken ostdeutschen Industrieregion um Halle deutlich geschildert.

Den für die Feinanalyse ausgewählten Artikel „Das deutsche Wagnis“ von Klaus von Dohnanyi findet man im Mittelteil der Zeitschrift unter der Rubrik „Serie“. Der Text ist der erste Teil eines vierteiligen Abdrucks, aus dem gleichnamigen Buch (1990) des Autors, der im SPIEGEL als Serie¹⁸ erschien und sich thematisch an die Berichterstattung zur deutschen Wiedervereinigung und zum „Aufbau Ost“ anschließt. Der in Form eines Kommentars verfasste Text setzt sich mit den wirtschaftlichen und sozialen Hintergründen der deutschen Einheit aus Sicht des Autors auseinander.

8.1.1 Der Autor

Der Verfasser des Textes Klaus von Dohnanyi¹⁹ wurde am 23. Juni 1928 in Hamburg als Sohn des Reichsgerichtsrats Hans von Dohnanyi und dessen Frau Christine von Dohnanyi (geb. Bonhoeffer) geboren. Sein Vater gehörte der deutschen Widerstandsbewegung gegen das Naziregime an und wurde Anfang April 1945 im Konzentrationslager Sachsenhausen ermordet.

Nach seinem Abschluss des Abiturs 1946 am Benediktinerkloster St. Ottilien studierte er von 1946 bis 1949 Rechtswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München und promovierte im Anschluss über Grundstücksrecht. Es

¹⁸ Die Veröffentlichung weiterer Auszüge erfolgt in den folgenden Ausgaben der Zeitschrift (40, 41, 42) unter dem gleichen Titel.

¹⁹ Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Klaus_von_Dohnanyi#Leben_und_Werk bzw. http://www.whoswho.de/templ/te_bio.php?PID=35006&RID=1

folgten weiterführende Studien an der Columbia University und Stanford University (1950-51) sowie an der Yale University (1953). Im Jahr 1957 schloss er das zweite Staatsexamen in Rechtswissenschaften ab. Seine berufliche Tätigkeit begann er 1951 am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in München. Später arbeitete er als Assessor in einem Anwaltsbüro in New York und beim Automobilkonzern Ford in Köln sowie von 1960-1967 als Geschäftsführender Gesellschafter beim Marktforschungsinstitut Infratest.

Seit 1957 ist von Dohnanyi Mitglied der SPD und bekleidete zahlreiche öffentliche Ämter. Seine Tätigkeiten umfassten u.a. zwischen 1972 – 1974 das Amt des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft sowie von 1976-1981 das Amt des Staatsministers und parlamentarischen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt. Im Juni 1981 wurde er zum regierenden Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg gewählt und hatte dieses Amt bis Mitte 1988 inne. Darüber hinaus engagierte er sich als Kurator in der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, als Mitglied des Aufsichtsrates der Audi AG und der PrimaCom AG sowie als Aufsichtsratsvorsitzender der Design Bau AG und der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz.

Eine bedeutende Rolle nahm Klaus von Dohnanyi auch im Zusammenhang mit der Privatisierung ostdeutscher Betriebe nach der deutschen Wiedervereinigung ein. Als Beauftragter der Treuhandanstalt und Aufsichtsratsvorsitzender war er u.a. für die Privatisierung des ehemaligen Leipziger Schwermaschinenbaukombinats TAKRAF verantwortlich. Darüber hinaus leitete er ab 2003 den Beraterkreis „Gesprächskreis Ost“, der im Auftrag der damaligen Bundesregierung Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik in den neuen Bundesländern erarbeitete.

Klaus von Dohnanyi ist als Autor für die Zeitschrift „DER SPIEGEL“ bis heute wiederholt tätig. In seinen Beiträgen thematisiert er vor allem wirtschaftspolitische Themen, insbesondere die ökonomischen Folgen der deutschen Wiedervereinigung und den wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern. Als sogenannter Ostexperte findet er nach 1990 wiederholt Erwähnung in entsprechenden Fachartikeln oder wird in Beiträgen anderer Autoren zur Thematik zitiert (vgl. u.a. Artikel der Zeitschrift „DER SPIEGEL“: „Die neuen Ost-Zonen“ 16/2004; „Hammer der Zerstörung“ 34/1993).

8.2 Inhaltsangabe

Für die folgende Inhaltsangabe des ersten ausgewählten Artikels wurde der Text in Sinneinheiten gegliedert und die jeweiligen Abschnitte inhaltlich zusammengefasst. Die arabischen Ziffern benennen die einzelnen Zeilen des Textes (vgl. Anhang für Text mit Zeilennummerierung), wobei die kursivgedruckten Angaben auf eine von mir gewählte Zwischenüberschrift für den angegebenen Abschnitt hinweisen. Die ausführliche Beschreibung der wichtigsten Inhalte findet sich im Kapitel 7.2 Themen.

1	Überschrift: Das deutsche Wagnis
2-3	Unterüberschrift: Die Risiken der deutsch-deutschen Vereinigung (I), Name des Verfassers: Klaus von Dohnanyi
4-140	<i>Unmöglichkeit alternativer Wege zum real stattgefundenen Vereinigungsprozess</i>
4-11	Einleitung: Die Einführung der D-Mark und Folgen (der Wiedervereinigung)
12-24	Gründe für die sozialen und wirtschaftlichen Folgen nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Gesellschaftssystems
25-30	Zuschreibung der Verantwortung
31-45	alternativer Weg der Vereinigung
46-55	Verantwortung für Folgen des wirtschaftlichen Umbruchs in der DDR
56-61	Probleme bei autonomer wirtschaftspolitischer Anpassung der DDR
62-74	finanzielle Unterstützung durch BRD-Regierung
75-85	feste Wechselkurse
86-98	Folgen Währungsunion anderer Umtauschkurs
99-106	Ideologie DDR-Regierung und Investitionsbereitschaft
107-114	Demokratieentwicklung und wirtschaftlicher Erfolg
115-118	PDS und Staatssicherheit
119-126	Artikel 23
127-129	Folgen für europäischen Integrationsprozess
130-140	fehlende Alternative zur schnellen Wirtschafts- und Währungsunion
141-147	niedrigerer Lebensstandard in Deutschland nach Vereinigung
148-159	Europa und Deutschland
160-283	<i>Transformation</i>
160-170	Probleme und Differenzen alte und neue Bundesländer
160-164	Einkommensunterschiede Ost/West
165-177	Notwendigkeit wirtschaftliche und soziale Angleichung
178-210	Wirtschaftswachstum und wirtschaftliche Einheit
211-231	Rückständiges Ostdeutschland
232-250	Marktwirtschaft und freier Markt im Westen

251-263	Planwirtschaft
264-283	Anpassung beider Systeme
284-370	<i>Institutionentransfer</i>
284-291	Merkmale DDR-Gesellschaft
292-298	Institutionentransfer
299-314	DDR-Betriebe und Treuhand
315-333	DDR-Produkte
334-347	DDR-Betriebe
348-360	Verwaltung
361-370	DDR-Betriebe und internationaler Wettbewerb
371-549	<i>Rückständiges Ostdeutschland</i>
371-398	öffentliche Armut
399-408	Umweltschutz
409-418	Kosten und Dauer Transformation
419-447	Eisenbahn DDR
448-476	DDR -Straßen
477-502	Luftverkehr DDR
503-528	Nahverkehr DDR
529-541	Telekommunikation
542-549	Kosten und Dauer Transformation
550-651	<i>nationale Identität</i>
550-563	Industrie und wirtschaftliche Ausgangslage Deutschland nach 1945
564-577	nationale Identität
578-615	Identität Ost/West
616-622	fortschrittlicher Westen
623-641	der Westen gibt, der Osten nimmt
642-649	Identität Ost/West
650-651	soziale Folgen der Einheit

8.3 Graphische Gestaltung

Im Folgenden möchte ich einen kurzen Überblick zur graphischen Gestaltung des Artikels geben, da diese mir, mit insgesamt zehn Fotos bzw. Graphiken aufgrund des dadurch vermittelten impliziten Bedeutungsgehalts relevant erscheint. Aus Gründen der Machbarkeit kann in diesem Rahmen keine ausführliche Bildinterpretation erfolgen, jedoch möchte ich versuchen, einen Einblick in Inhalt und Funktion der Illustrationen zu geben, um deren Bedeutung im Verhältnis zum Text darzustellen. Die Graphiken und Fotos sind im Anhang der Arbeit abgebildet.

Die auf der ersten Seite des Artikels befindliche Karikatur „Der göttliche Funke“ (Abb. 2) verweist in ihrer Darstellung auf Michelangelos Fresko „Die Erschaffung Adams“ (1508-12), welches sich in der Sixtinischen Kapelle in Rom

befindet. Die Illustration zeigt den damaligen amtierenden Bundeskanzler der BRD, Helmut Kohl, in Anzug und Krawatte, anstelle der Gottesfigur im Original. Während Gott in der Darstellung von Michelangelo seinen Zeigefinger ausstreckt, um auf Adam den Lebensfunken überspringen zu lassen, hält Helmut Kohl ein Bündel Geldscheine und Münzen in der Hand. Anstelle von Adam zeigt die Illustration den letzten amtierenden Ministerpräsidenten der DDR, Lothar de Maizière, welcher seine Hand aufhält und die Geldnoten in Empfang nimmt. Die Bildunterschrift „Der göttliche Funke“ spielt auf die Bedeutung der Geste bei Michelangelo an, bei der Gott durch die Berührung mit dem Zeigefinger Adam zum Leben erweckt. Im übertragenen Sinn scheint sich hier die Erweckung der DDR durch die finanzielle Hilfe des (übermächtigen) Westens zu vollziehen. Unter diesem Gesichtspunkt wird durch die graphische Darstellung implizit ausdrückbar, was sich nur indirekt im Text sagen lässt. Das Fresko von Michelangelo, insbesondere der Ausschnitt der sich berührenden Finger ist zudem eine häufig reproduzierte Darstellung und dürfte dem bzw. der SPIEGEL-LeserInnen damit als Vorwissen bekannt sein, sodass es damit einen „besonderen Behaltenseffekt“ (Jäger, 2009, S. 181) erhält.

Die folgende Seite beinhaltet zum einen Informationen zum Autor des Textes sowie ein Foto des Autors selbst. Im unteren Teil der Seite befindet sich ein Foto, das mit „Ost-Berliner beim Währungsumtausch am 1. Juli: Talfahrt in die Ellenbogengesellschaft?“ untertitelt ist (Abb. 3). Das Foto zeigt eine Menschenmenge, die aus der Vogelperspektive aufgenommen wurde. Die Personen scheinen eng aneinandergedrängt in einem großen Saal oder Raum zu warten. Erst die Bildunterschrift lässt den Betrachter erahnen, wer die Dargestellten sind und um welches Ereignis es sich handelt. Die Beschreibung „Ost-Berliner“ wirkt dabei gleich wie die Aufnahme der Menschenmenge distanzierend und homogenisierend. Mit dem Begriff „Ellenbogengesellschaft“, der sich auch im Text findet, wird hier auf kritische Aspekte der kapitalistischen Marktwirtschaft angespielt (siehe dazu sprachliche Feinanalyse und Interpretation). Implizit scheint hier auch auf eine gesellschaftliche Perspektive verwiesen zu werden, die vor allem den ehemaligen DDR-BürgernInnen zugeschrieben wird, nämlich die Befürchtung, dass mit der Übernahme der D-Mark und der Einführung der Marktwirtschaft gleichsam auch eine Veränderung gesellschaftlicher Werte und Normen einher gehe, die in jene

„Ellenbogengesellschaft“ münde.

Die dritte Seite des Artikels zeigt ein in der Seitenmitte angeordnetes Foto, welches einen Mann, vor dem Eingang des Arbeitsamtes Magdeburg sitzend darstellt. Hinter und neben ihm befinden sich vier weitere Personen, welche im Begriff sind das Arbeitsamt zu betreten oder zu verlassen (Abb. 4). Die Bildunterschrift lautet: „Arbeitslose in der DDR: ‚Wesentlich mehr als im Westen des vereinten Deutschlands‘“ und gibt ein Zitat wieder. Die Aussage wiederholt sich im Text in etwas abgewandelter Form, es bleibt jedoch offen, von wem das Zitat stammt. Das Bild illustriert oder dient vielmehr als scheinbarer Beleg des auf dieser Seite befindlichen Inhalts des Textes, der u.a. die Arbeitslosigkeit und den niedrigen Lebensstandard in Ostdeutschland thematisiert.

Das Foto „Ladenpassage in Düsseldorf: ‚Der Westen blüht im Wohlstand‘“ in der Mitte der nächsten Seite zeigt eine Einkaufspassage in Düsseldorf (Abb. 5). Diese kann als ein Sinnbild für Wohlstand und wirtschaftlichen Erfolg in den alten Bundesländern verstanden werden und verdeutlicht damit umso mehr die im Text beschriebenen Unterschiede in Bezug auf die Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland.

Konträr dazu wirkt die Aufnahme der folgenden Seite, auf der ein altes Schild mit sozialistischen Losungen zur Planerfüllung zu sehen ist (Abb. 6). Das Schild trägt die Aufschrift: „Die Kollegen des DSU-Hafen Magdeburg erfüllten den 1. Fünfjahrplan mit 114,5 %. Im ersten Jahr des 2. Fünfjahrplanes verpflichteten sich die Kollegen der Betriebsstellen Industriehafen und Schleinufer 65000 To. über den Plan zu erfüllen“ und ist auf einem brachliegenden Acker aufgestellt. Im Hintergrund befindet sich die Ruine eines Gebäudes. Der Bildtitel lautet: „Planwirtschaftspropaganda in der DDR (1956): ‚Überzeugung, Überredung, Korruption‘“. Die dargestellte Szenerie spricht die Imagination des Betrachters an und impliziert Vorstellungen von einer trostlosen, verfallenen Gegend. Mittels des sozialistischen Banners im Vordergrund wird zudem eine Verbindung zur Wirtschafts- und Gesellschaftsform der DDR impliziert. Die Losung zur Planerfüllung erscheint, vor allem in Kontrast zu den Abbildungen vom „reichen Westen“ anachronistisch und ein wenig grotesk. Die Worte „Überzeugung, Überredung, Korruption“ erscheinen im Text (193-194) im Zusammenhang mit der

negativ konnotierten Beschreibung des Planwirtschaftlichen Systems und dessen deklariertes Lenkung durch die Parteipolitik.

Die nächste Seite zeigt einen fotografischen Ausschnitt aus einer Kindergruppe in Ostdeutschland (Abb. 7). Das Bild mit dem Titel „Betriebskindergrippe in der DDR: Der Betrieb ersetzte die kommunalen Einrichtungen“ illustriert die vom Autor im Text hervorgehobene Bedeutung von DDR-Betrieben als Ersatz für kommunale Einrichtungen. Die fotografische Darstellung der Kinder mit ihrer Erzieherin erscheint hier wie ein Ausschnitt aus der Lebenswirklichkeit in der DDR und steht im Bezug zu ebensolchen Aussagen im Text. Der Bildausschnitt, der Kinder mit lachenden und freundlichen Gesichtern zeigt, die sich zum mittäglichen Schlaf ins Bett gelegt haben, suggeriert eine Wirklichkeit, in der für das Wohl der Kinder in entsprechenden Einrichtungen gesorgt ist. Im Gegensatz zu den alten Bundesländern scheint hier die Betreuung der Kinder, auch aufgrund der werkseigenen Kindergruppen, ausreichend abgesichert und etabliert. Die Botschaft des Bildes lässt sich damit als ein Verweis auf die, hier als positiv bewertete Möglichkeit der Kinderbetreuung in Form von Kindertagesstätten, verstehen.

Auf der nachfolgenden Seite sieht man auf der in der oberen Seitenhälfte angeordneten Fotografie „Wohnstraße in Ost-Berlin (1989): ‚Alles wurde vernachlässigt‘“ die verfallene Fassade eines Wohnhauses (Abb. 8). In den geöffneten Fenstern des Hauses zeigen sich dem Betrachter zwei Personen, offenbar BewohnerInnen des Hauses. Auch hier steht die Bildwirklichkeit im Zusammenhang mit Textpassagen, die den Verfall der Altbauten und die Lebensbedingungen in Ostdeutschland reflektieren.

Der Titel des nächsten Fotos, auf dem ein Flugzeug der DDR-Fluggesellschaft Interflug abgebildet ist, lautet: „Flughafen Leipzig: ‚Die Erneuerung der DDR-Infrastruktur ...‘“ (Abb. 9). Die Fortsetzung des Titel findet sich unter dem zweiten Foto, das einen Bahnarbeiter an seinem Arbeitsplatz zeigt: „... wird Hunderte von Milliarden Mark kosten“: Reichsbahn-Stellwerk in Basdorf“ (Abb. 10). Es lässt sich feststellen, dass die Abbildungen in ihrer Bedeutung als Abbilder des Lebensalltags in der DDR auf eine Wirklichkeit verweisen sollen, die auch im Text zum Ausdruck kommt. Ergänzend dazu enthalten die folgenden zwei Seiten einen

zusätzlichen Artikel, mit dem Titel ‚‘Da würd‘ ich lieber laufen‘. Die Industrie in der DDR in hoffnungslosem Rückstand“. Diese, in den laufenden Text eingebundenen Zeilen beinhalten zusätzliche Informationen zur Thematik.

Auf der letzten Seite findet sich eine Karikatur, die der Frankfurter Rundschau entnommen ist (Abb. 11). Diese zeigt drei Szenen, auf denen jeweils eine kleine Menge von Demonstranten mit einem Schild zu sehen sind. In der ersten Szene ist noch die Losung „Demokratie sofort!“ auf dem Schild zu erkennen, die in der zweiten Abbildung schon deutlich verblasst wirkt, so dass einzelne Buchstaben kaum noch lesbar sind. Im dritten Teil sind letztlich nur noch die Buchstaben „D“ und „M“ und das Wort „sofort!“ erkennbar, womit die neue Losung nun „DM sofort!“ lautet. Hier wird meines Erachtens auf eine Perspektive als Teil eines gesellschaftlichen Wissensbestandes angespielt, die mit den Menschen in der ehemaligen DDR die Vernachlässigung von gesellschaftlichen Werten zugunsten materieller Errungenschaften verbindet. Auch hier ermöglicht die Verwendung der Karikatur das transportieren bestimmter Inhalte, die so nicht explizit in der Zeitschrift geäußert werden.

8.4 Sprachliche Feinanalyse und Interpretation

Bereits die Überschrift „Das deutsche Wagnis“ verweist durch die Wahl des Substantivs auf einen Sachverhalt, der mit gewissen Risiken einhergeht. Die Unterüberschrift „Die Risiken der deutsch-deutschen Vereinigung (I)“ spezifiziert dieses Ereignis näher und bringt die deutsche Wiedervereinigung mit Gefahren in Verbindung und benennt dies zugleich als Thema des Textes.

Schon in der Einleitung deutet der Autor einen zentralen inhaltlichen Aspekt an, das Vorhandensein einer problematischen Situation, der im Folgenden wiederholt der Argumentation von Veränderung und einer damit verbundenen entsprechenden Politik dient. So spricht er zunächst von den „Folgen“ (der Einführung der D-Mark) die „eingetreten“ (7) seien und bringt diese in einen negativen Zusammenhang, indem er diese als „Probleme“ und „Arbeitslosigkeit“ (8, 9) näher expliziert. Im weiteren Verlauf formuliert von Dohnanyi die in der Überschrift benannten „Risiken“ weiter aus, wie ich später darstellen werde. Hier deutet sich bereits die Grunddynamik des Textes an: die sprachliche Darstellung einer ungünstigen,

problematischen Situation, die eine Handlung und damit Veränderung der Lage notwendig macht. Nach Reisigl (2003) lässt sich ein solches Argumentationsmuster als *Transformationstopos*²⁰ bezeichnen.

Der Autor beginnt zunächst mit der Auseinandersetzung zur Ursache der erklärten Probleme und identifiziert diese im nächsten Abschnitt (12-138) als Folge des Gesellschafts- und Wirtschaftssystem der DDR. Mit letzterem verbinden sich im Text negative Assoziationen von Begrenzung, Bestrafung und der Kontrolle individueller Freiheiten, was sprachlich durch Metaphern, wie „Gefängniswirtschaft“ (14) und „Kommandowirtschaft“ (29) zum Ausdruck gebracht wird. Die Verantwortung weist der Autor der hier personalisierten „kommunistischen Ideologie“ zu, der er mittels adjektivischer Attribute, wie „naiv“, „rechthaberisch“ und „gewaltsam“ (16) negative menschliche Eigenschaften zuschreibt. Diese Bedeutung wird verstärkt durch die Verwendung der verallgemeinernden Personifikation, der „kommunistischen Ideologie“, die „ganz Europa jenseits der [sic] Eisernen Vorhanges ruiniert“ (17-18) habe. Die handelnden AkteurInnen bleiben hier unbenannt, was einerseits durch Personifikationen, andererseits aber auch durch die eher abstrakte Beschreibung historischer Ereignisse, die diese als unbeeinflusst von äußeren Faktoren erscheinen lässt, erreicht wird. Somit werden die DDR-Bürger zu Opfern des Systems, von dem sie nun durch den „Westen“ befreit werden. Von Dohnanyi spricht in diesem Zusammenhang vom Gesellschaftssystem der DDR metaphorisch als einem „Gesellschaftsgebäude“, welches zum „Einsturz“ (23) gebracht wurde. Diese metaphorische Konstruktion der Gleichsetzung des sozialistischen Gesellschaftssystems mit einem baufälligen Haus, welches aufgrund des schlechten Zustandes zusammenbricht, lässt sich als

²⁰ Unter dem Begriff des „Topos“ lassen sich jene Textbestandteile verstehen, die Argumente mit der Konklusion bzw. These verbinden und sich als Kausalsätze der Form „wenn A, dann B“ bzw. „da A, daher B“ beschreiben lassen. Der *Transformationstopos* ist ein Veränderungstopos, der sich wie folgt charakterisieren lässt: Da sich eine Region etc. in einer schlechten, negativen Lage oder Situation befindet, ist es notwendig eine bestimmte Handlung durchzuführen, die zu einer Veränderung bzw. Verbesserung führt (Reisigl, 2003, S.193).

konstruiertes Sinnbild für den schlechten Zustand und Verfall dieses Systems und den daraus resultierenden Niedergang interpretieren, wobei auch hier die verantwortlichen AkteurInnen nicht genannt werden. Der Autor lässt jedoch durch den Verweis auf das sozialistische Gesellschaftssystem keinen Zweifel daran, wo die Ursachen und Beteiligten für die aktuellen Probleme zu suchen seien. Eine solche Perspektive simplifiziert jedoch komplexe Zusammenhänge und historische Ereignisse und dient darüber hinaus der Vermeidung einer Auseinandersetzung mit verantwortlichen politischen AkteurenInnen. Für die Darstellung des bundesdeutschen Systems bedient sich der Autor der Metaphern der „Freiheit“ (13, 15, 25, 246) und des „Markt“ (14, 15, 28, 238, 251) sowie weiterer positiver Zuschreibungen, auf die ich an späterer Stelle noch ausführlicher eingehen werde.

Die Frage nach alternativen politischen Handlungsmöglichkeiten zum real stattgefundenen Einigungsprozess thematisiert der Autor anschließend wiederholt durch Implikationen im Text. Durch die Bezeichnung einer alternativen Vereinigungspolitik als „Legende“ (140) charakterisiert der Autor jene Vorstellungen als unrealistisch bzw. nicht der Wahrheit entsprechend und verleiht damit einer Perspektive Ausdruck, bei der die Wirtschafts- und Währungsunion (und das Programm des „Aufbau Ost“ in Folge) als grundlegende und alternativlose Handlungsschritte angesehen werden. Dies entspricht der Position des politisch liberal-konservativen Diskurses, mit vor allem westdeutschen Sprechern und Sprecherinnen (Kollmorgen, 2010). Diese Argumentation versucht der Autor mittels einer entsprechenden Beweisführung abzusichern, wobei ihm als „Beweise“ u.a. rhetorische Fragen dienen: „Und wer glaubt denn, daß eine auf sich selbst gestellte DDR-Regierung die nicht nur rechtlich, sondern auch ideologisch schwierigen Eigentumsprobleme und die Vorurteile gegen ‚Ausverkauf‘ und ‚Ellbogengesellschaft‘ bewältigt hätte?“ (102). Durch die Verwendung der Metaphern, die dem populistischen Sprachgebrauch zuzuordnen sind, in Anführungszeichen, distanziert sich der Autor einerseits von einer solchen (populistischen) Kritik und verstärkt gleichzeitig seine Perspektive, dass es sich hier um Vorurteile handeln muss. An anderer Stelle dient die Problematisierung fiktiver Szenarien in Form von Fragen, wie beispielsweise zu den Auswirkungen einer alternativen Vereinigungspolitik am Beispiel der Investitionsbereitschaft westlicher

Unternehmer („Und was hätte das für die ... Investitionsbereitschaft der westlichen Unternehmer bedeutet?“ (102-104)) oder der Übersiedlung von Bürgern in die neuen Bundesländer (Wie hoch wäre die Übersiedlungswelle geworden, ...?“ (62)) der Legitimation der tatsächlich vollzogenen Wiedervereinigung. Die Verwendung der Welle-Metapher suggeriert dabei eine potentielle Gefahr, wie sie von Naturgewalten ausgehen kann und evoziert gleichsam ein Gefühl der Macht- und Hilflosigkeit in Bezug auf den Sachverhalt. Mit anderen Worten, drückt sich hier die Perspektive der Besorgtheit über eine zunehmende Übersiedlung von Menschen aus den ehemaligen DDR-Regionen in die alten Bundesländer aus. Letzteres wird als drohende unberechenbare und damit durch Menschen nicht beeinflussbare Gefahr dargestellt. Als Beleg für weitere potentielle Gefahren, wie beispielsweise wirtschaftliche Nachteile alternativer politischer Entscheidungen, dienen zudem Verweise auf die ökonomische Situation in anderen osteuropäischen Staaten, wie z.B. Polen („Polen verlor schnell fast ein Drittel seines Bruttosozialprodukts“ (110-111)). Zusätzlich bewirkt der Verfasser durch die Impersonalisierung von SprecherInnen einer alternativen Gesellschaftspolitik als „Vertreter dieses niemals konkretisierten ‚eigenen‘, ‚langsameren‘, ‚behutsameren‘ Weges zur Wirtschaftseinheit“ (56-57) oder „Vertreter der langsameren Annäherung“ (125) den Eindruck des Vorhandenseins einer homogenen Gruppe, deren politisches Programm jedoch nicht fassbar wird. Zwar zitiert der Autor scheinbar Aussagen selbiger (75-76, 86-88), jedoch bleiben Quellen und Zusammenhänge im Unklaren. Dem Autor scheint weniger an der Darstellung diesbezüglicher programmatischer Inhalte und AkteurInnen gelegen, wie in der abstrakten Beschreibung alternativer Positionen eines langsameren und behutsameren Weges zur Wirtschaftseinheit deutlich wird, als vielmehr an der Bekräftigung eigener Perspektiven und Inhalte. Zudem findet die Metapher vom „Weg“ (40, 137, 140, 223) wiederholte Verwendung und impliziert einen gewissen Verlauf bzw. eine Entwicklung, die „zu gehen“ sei. Insgesamt bewirkt der Autor hier über sprachliche Mittel der Abschwächung (rhetorische Fragen, metonymische Verschiebungen, wie z.B. „man“, Impersonalisierung) eine Verschleierung der kritischen Auseinandersetzung mit realpolitischen Entscheidungen und damit verbundenen Interessen bzw. beteiligten AkteurInnen. Der Schluss des Abschnitts mit den Sätzen: „Der Kurs war richtig gesetzt. Es gab

keine Alternative zur Wirtschafts- und Währungsunion. Der ‚andere Weg‘ ist eine Legende“ (140) erscheint in diesem Zusammenhang nicht nur wie der Abschluss einer logischen Beweisführung, sondern dient zugleich der Bekräftigung der eigenen Perspektive.

Im vorangegangenen Abschnitt wird bereits deutlich, was der Autor im Verlauf des Artikels immer mehr ausformuliert: die Identifizierung eines Problemkomplexes, der nach einer Lösung verlangt. So widmet sich der nächste Teil (105-155) einer ersten Spezifizierung der Probleme, die der Autor bereits eingangs drastisch als „Schmerzen“ (25) beschreibt. Gleichzeitig werden entsprechende Lösungsvorschläge thematisiert. So drohe beispielsweise das Fortbestehen einer „Zweiteilung der Nation“ (164), wenn es nicht gelänge den Einkommensunterschied zwischen Ost- und Westdeutschland anzugleichen. Das metaphorische Sinnbild einer „Zweiteilung“ impliziert hier eine (drohende) Spaltung Deutschlands. Damit verbunden ist die Vorstellung vom Verlust der nationalen Einheit bzw. Identität aufgrund sozialer Ungleichheiten, so dass die Anpassung der Lebensverhältnisse und Einkommen in den ehemaligen DDR-Regionen an bundesdeutsches Niveau unabdingbar ist. Doch auch für den Frieden innerhalb Europas, so die argumentative Logik, seien unterschiedliche Lebensverhältnisse in Deutschland eine Bedrohung. Im Zusammenhang mit dem Ausdruck der drohenden Gefahr wählt von Dohnanyi hier das sprachliche Mittel der Personifikation des Landes Deutschland („... daß das größere Deutschland keine Gefahren für die Zusammenarbeit der Völker Europas bringen wird.“ (152-153) und blendet damit die Verantwortung der BewohnerInnen aus. Der Friede in Europa sei jedoch nicht durch „das größere Deutschland“, mit anderen Worten durch die neue außenpolitische Stellung Deutschlands und der Umsetzung damit verbundener politischer Interessen, sondern durch soziale Unruhen innerhalb Deutschlands gefährdet: „Der innere Friede in Deutschland, nicht der äußere Friede mit Deutschland, ist das Wagnis, das Europa und die Deutschen mit der Vereinigung Deutschlands im Jahr 1990 eingehen.“ (156-159). Auch hier werden über die Personifikation von einem Europa, welches ein Wagnis eingeht, einem Phänomen menschliche Qualitäten und Motivationen zugeordnet, die dieses dadurch vertrauter erscheinen lassen und die Vorstellung von Gleichheit suggerieren. Darüber hinaus erscheint das Anthroponym „die Deutschen“ (154, 158) als zentral für die

diskursive Konstruktion, ermöglicht dieses sprachliche Mittel doch die Konstitution einer homogenen Gruppe und die Betonung einer nationalen Einheit. De Cillia & Wodak (2009) bzw. Distelberger, de Cillia & Wodak (2009) haben die Verwendung antroponymischer Gattungsnamen als typisch für den Diskurs um nationale Identität identifiziert, da sie der sprachlichen Konstruktion von „Nationen²¹“ und nationalen Identitäten durch die Imagination von nationaler Homogenität dienen, wobei die jeweiligen Identitäten immer wieder neu definiert werden können.

Der Autor fährt fort mit weiteren Argumenten, um die Notwendigkeit der Angleichung der Lebensbedingungen zu verdeutlichen. So würde eine solche ungleiche Situation auch dem künftigen Verfassungsgrundsatz widersprechen. Im darauffolgenden Satz warnt er abermals vor der Bedrohung der sozialen Ungleichheit in Deutschland, wobei auch mit „politischen Spannungen“ (176) zu rechnen sei, wenn es nicht gelänge „... diese soziale Lücke zwischen der DDR- und der BRD-Region Jahr für Jahr sichtbar kleiner zu machen und in absehbarer Zeit ganz zu schließen, ...“ (173-175). Die Angleichung der Lebensbedingungen sei, so die argumentative Logik, über ein entsprechendes Wirtschaftswachstum in den ostdeutschen Regionen erreichbar. Diese Auffassung kommt im nachfolgenden Passus zum Ausdruck: „Selbst bei einem wesentlich höheren Wachstum der DDR-Region kann diese Annäherung kaum unterhalb der Frist von eineinhalb Jahrzehnten erreicht werden.“ (178-180). Dies korrespondiert mit einer Sichtweise, die die Herstellung von sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit an wirtschaftliches Wachstum knüpft, wie sie der Konzeption entwicklungstheoretischen Denkens ab dem 20. Jahrhundert inhärent ist (vgl. 3.3). Es gilt darüber hinaus hervorzuheben, dass von

²¹ „Nationen“ und nationale Identitäten können als mentale Konstrukte verstanden werden, die diskursiv produziert, transformiert und demontiert werden. Mit diesen verbinden sich Internalisierungen von gemeinsamen Vorstellungen, emotionalen Einstellungen und Verhaltensweisen, die u.a. auf der Idee einer gemeinsamen Geschichte, Kultur, Territorium, Gegenwart und Zukunft beruhen. Ein Bewusstsein für solcherlei Konstrukte erscheint insofern bedeutsam, da sich mit der Suche nach Identitäten Phänomene wie Solidarität, aber auch Nationalismus, Chauvinismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verbinden (De Cillia & Wodak (2009, S. 15), Distelberger, de Cillia & Wodak (2009, S. 28).

Dohnanyi im Zusammenhang mit Veränderungsvorstellungen bezüglich der ehemaligen DDR-Regionen wiederholt von einem „Entwicklungsmodell“ (97, 109) spricht. Analog zu entwicklungspolitischen Vorstellungen ist die Lösung der Probleme hier eine Lösung „von außen“, die sich vorrangig über finanzielle Hilfen und wirtschaftspolitische Maßnahmen definiert. Die Notwendigkeit von Entwicklung wird sprachlich unter anderem durch ein Argumentationsmuster begründet, welches sich auch an anderer Stelle im Text wiederfinden lässt: eine mögliche bedrohende und beunruhigende Situation, rechtfertigt bestimmte Veränderungsmaßnahmen bzw. macht diese zwingend notwendig. So wird die Notwendigkeit wirtschaftlichen Wachstums mit der Angleichung der Lebensbedingungen und diese wiederum mit dem Verweis auf potenzielle Gefahren, wie der Bedrohung der nationalen Einheit, des Friedens in Europa etc., legitimiert. Reisigl & Wodak (2001) bezeichnen dieses Argumentationsmuster als *Topos der Gefahr bzw. Bedrohung*²². Dadurch wird der Eindruck vermittelt, dass aufgrund einer bestimmten Situation ein Handeln erforderlich sei, um die drohenden Gefahren abzuwenden. Auch die Darstellung einer zukünftigen Abnahme der Wirtschaftsleistung in den neuen Ländern, die der Autor mittels Statistiken des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und Vokabular aus dem Bereich der Wirtschaft („mit einem Minus von nominal 6,5 Prozent“ (194-195)) zu belegen weiß, folgt diesem Muster. Auch hier scheint die drohende schlechte wirtschaftliche Situation beispielhaft die Notwendigkeit entsprechender Maßnahmen zur Veränderung der Situation zu begründen.

In welchem erheblichen Ausmaß sich die westlichen und östlichen Regionen Deutschlands in ihrem Entwicklungsstand unterscheiden und inwiefern dies problematisch sei, erfährt der Leser auch in den folgenden Abschnitten anhand verschiedener Darstellungen. So wählt der Autor beispielsweise die Metapher der „Lücke“ (173, 356) zwischen den östlichen und westlichen Regionen, die es zu

²² Der *Topos der Gefahr bzw. Bedrohung* bezeichnet ein Argumentationsmuster, bei dem explizit oder implizit aufgrund möglicher Gefahren die Notwendigkeit einer Veränderung suggeriert wird (Reisigl & Wodak, 2001, S. 77).

schließen gälte und charakterisiert die beiden Regionen damit als zwei voneinander, durch einen Abstand getrennte Einheiten. Auch das angeführte Beispiel, der Vergleich der Zusammenführung der beiden Gesellschaftssysteme als Verbindung eines „Acht-Zylinder-Pkw-Motor Baujahr 1990 mit einem Traktormotor Baujahr 1957 zu einem Antriebsaggregat“ (272-273) dient der Verdeutlichung von Schwierigkeiten, die es bei der Integration einer „rückständigen“ mit einer „fortschrittlichen“ Region zu berücksichtigen gelte. Die Vorstellungen von Modernität und neuestem Entwicklungsstand werden hier sprachlich über das Sinnbild eines leistungsstarken Automotors, welcher sich auf dem aktuellen technischen Stand befindet hervorgerufen, welcher symbolisch für die bundesdeutschen Gebiete steht. Das metaphorische Bild des technisch veralteten Traktormotors hingegen impliziert Rückständigkeit und geringen Antrieb und verweist auf die ländlichen Regionen Ostdeutschlands. Der hier konstruierte Gegensatz ist auch im weiteren Verlauf des Textes bzw. für den Diskurs um den „Aufbau Ost“ insgesamt von großer Relevanz. Es lassen sich weitere Zuschreibungen identifizieren, die auf die für den Diskurs typische binäre Grundstruktur verweisen. So finden die östlichen Bundesländer beispielsweise als „karge“ (143) Regionen Erwähnung, während der übrige Teil Deutschlands „im Wohlstand“ „blüht“ (142). Das beschriebene Differenzsystem findet in den folgenden Darstellungen der strukturellen und institutionellen Unterschiede (211-549) zwischen dem östlichen und westlichen Teil Deutschlands seine weitere Ausformulierung. Beginnend mit der Behauptung eines Entwicklungsrückstandes Ostdeutschlands von 25 Jahren gegenüber der BRD, wendet sich von Dohnanyi anschließend der Gegenüberstellung der beiden Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme zu. Auffällig ist vor allem die Perspektive von Dohnanys, welche die kapitalistischen Verhältnisse als ein „... System weitgehend naturwüchsiger Arbeitsteilung ...“ (235-236) bzw. „naturwüchsigen,

wettbewerbsorientierten und in die internationale Arbeitsteilung verflochtenen BRD-Gesellschaft“ (264-266) naturalisierend beschreibt²³. Mit den Formulierungen „Aber Tempo und Struktur bestimmte der Markt ...“ (237-238) und „Der große und immer größer werdende Markt zwang die Wettbewerber immer härter auf einen Kurs der Anpassung ihrer Gesellschaftssysteme.“ (241-244) weist von Dohnanyi die Verantwortung für die Bedingungen und Auswirkungen des marktwirtschaftlichen Systems nicht den Menschen, die zu dessen Erhalt beitragen zu, sondern dem Objekt des Marktes. Der Markt, dem hier menschliche Eigenschaften zugeschrieben werden, tritt an die Stelle der einzelnen handelnden Individuen. Von Dohnanyi benennt darüber hinaus zwei grundlegende institutionelle Voraussetzungen der Marktwirtschaft, wie das Eigentums- und Steuerrecht, bleibt jedoch in seinen weiteren Ausführungen über Mechanismen und Zusammenhänge des marktwirtschaftlichen Gesellschaftssystems sehr vage und simplifiziert die Zusammenhänge. Der „freie Markt“ wird zum allumfassenden Prinzip, an dem sich auch „Mentalitäten und Verhaltensformen“ (245) ausrichten müssen. Wer in diesem System bestehen will, so die argumentative Logik, muss sich anpassen und „seine eigenen Dinge selbst in die Hand nehmen“ (246-247). Damit wird das selbständige Handeln als zwingende Notwendigkeit gesellschaftskonformen Verhaltens festgestellt und an unternehmerisches Handeln appelliert. Die verallgemeinernde Nomination „wer“ benennt die Akteure, an die sich die Anrufung eines unternehmerischen Selbst richtet, nicht explizit, scheint sich jedoch an alle Subjekte zu richten, die sich in das gesellschaftliche System mit Erfolg integrieren wollen und bezieht sich damit auch auf die BewohnerInnen Ostdeutschlands. Dass die Fähigkeit zum Konkurrenzverhalten nicht nur im marktwirtschaftlichen Wettbewerbssystem

²³ Hier sei angemerkt, dass die Arbeitsteilung keine naturwüchsige ist, sondern sich im Zuge der Industrialisierung durchsetzte, da diese zu einer Steigerung der Produktivität führte und damit nach Meinung liberaler Ökonomen, wie beispielsweise Adam Smith grundlegend für die Entfaltung eines allgemeinen Wohlstands sei. Im Zusammenhang damit steht die Auffassung der Vertreter wirtschaftsliberaler Vorstellungen von der Freiheit des Marktes, die sich durch freie Preisbildung, freien Wettbewerb, den Abbau von Zöllen und durch den Verzicht auf staatliche Eingriffe charakterisieren lässt (Senf, 1980, S. 92 ff.).

als notwendige Eigenschaft betrachtet wird, sondern sogar erlernbar ist, impliziert darüber hinaus folgende Formulierung: „Wer unter freien Bedingungen der Konkurrenz aufgewachsen ist, hat im verschärften Wettbewerb eine bessere Chance, sich durchzusetzen“ (248-250). Der Autor arbeitet hier mit Verstärkung und bewirkt durch die Verwendung des Attributs „verschärften“ eine drastischere Schilderung der Wettbewerbsbedingungen. Die Verben „durchsetzen“ und „bestehen“ suggerieren darüber hinaus eine Situation, in der sich nur der Stärkere behauptet. Diesen „Kampf ums Dasein“ scheinen demnach jene Individuen mit der besten Anpassungsfähigkeit im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wettbewerb zu gewinnen, wobei bestimmte Eigenschaften und Handlungsweisen, wie Selbstständigkeit und Konkurrenzverhalten dabei als erforderlich gelten. Auch die Formulierung „Die Märkte sind Kräfte der Anpassung, aber sie stärken auch die Kräfte des Widerstandes“ (247-248) lässt sich in diesem Sinne interpretieren. Die hier deutlich gewordene Auffassung kann mit einer Grundhaltung in Verbindung gebracht werden, die im Sinne neoliberaler Vorstellungen an die Eigenverantwortung der Subjekte appelliert und Chancengleichheit, verkürzt, mehr als individuelles denn als gesellschaftliches oder politisches Phänomen versteht.

Im folgenden Abschnitt (284-360) fährt der Verfasser mit der Problemidentifizierung fort. Auch hier folgt er der Logik der Differenz, die die ostdeutschen Regionen als andersartig und von den westlichen Teilen abgegrenzt erscheinen lassen. Er widmet sich zunächst einer Auseinandersetzung mit dem institutionellen System in den neuen Ländern, insbesondere der Verwaltung, die zu erneuern sei. Legitimation findet diese Maßnahme unter anderem durch den Verweis auf die politische Vergangenheit des ostdeutschen Verwaltungspersonals, die der Autor implizit über die Behauptung einer „Identität von Partei und Verwaltung“ (286) ausdrückt. Zudem konstatiert er einen Mangel an entsprechenden institutionellen Einrichtungen in den ostdeutschen Regionen: „DDR-Bürger und DDR-Betriebe finden heute häufig überhaupt keine oder keine funktionierende Verwaltung vor“ (348-349). Dies werde insofern zur Belastung, da die Bürger der ostdeutschen Regionen angesichts der „großen Umstellungsprobleme ... auf die öffentliche Verwaltung besonders angewiesen sind“ (351-355) und dadurch „auch das tägliche Leben des einzelnen im Vergleich zur BRD-Region erheblich erschwert

wird“ (349-351). Die Ausmaße der Belastung werden sprachlich über Attribute, wie „erheblich“ und „besonders“ (350, 355) ausgedrückt. Hier wird nach einem Muster, dem Argumentationsmuster des *Belastungstopos* argumentiert, bei dem die Belastung für die Bürger eine Veränderung im Sinne der oben beschriebenen Vorstellungen notwendig macht. Als demgegenüber weit größeres Problem beschreibt der Autor die Situation der DDR-Betriebe: „Das Problem der verschiedenartigen Unternehmensstrukturen ist damit völlig unvergleichbar.“ (299-300). Die adjektivische Verstärkung „völlig“ dient in diesem Zusammenhang der Verdeutlichung, dass es sich hier um ein weitaus größeres Problem handelt, obwohl bereits die institutionellen Strukturen als äußerst problematisch beschrieben wurden. Von Dohnanyi sieht die „Unternehmensstruktur der DDR“ (315) als „nahezu unvereinbar“ (316) mit der bundesdeutschen Wirtschaftsstruktur. Als Belege werden die unzureichende Produktqualität der ostdeutschen Erzeugnisse, die Betriebsstrukturen und Produktionsstätten, „die den heutigen Wettbewerbsanforderungen nicht entsprechen“ (318-319) angeführt. Gleichzeitig entlastet er „die Treuhand“ (311) und schwächt mögliche Kritik an deren Vorgehen ab, indem er die Ereignisse im Rahmen der treuhänderischen Verwaltung der DDR-Industrie als nahezu schicksalhaft und durch die gegebenen Bedingungen bestimmt und damit als weitgehend unbeeinflussbar charakterisiert. Die Aussage, dass „die Treuhand“ gar nicht „die Rolle des Eigentümers“ (314) übernehmen könne, erscheint hier als Entlastung selbiger und wie ein Verweis auf die Notwendigkeit der schnellen Privatisierung der Volkseigenen Betriebe (VEB). Von Dohnanyi verwendet die im alltäglichen Sprachgebrauch etablierte Kurzform „Treuhand“ für die Benennung der 1990 gegründeten Treuhandanstalt (THA), wobei die führenden Beteiligten, ausschließlich Wirtschaftsfachleute aus den alten Bundesländern, nicht genannt werden. Man könnte sich an dieser Stelle auch fragen, inwiefern von Dohnanyi in seiner damaligen Tätigkeit als Berater der Treuhandanstalt überhaupt Kritik an deren Vorgehen zu üben bereit war.

Von Dohnanyi fährt mit der Charakterisierung der DDR-Wirtschaft als eine „Wirtschaft der Großbetriebe“ (363), der „Monostrukturen“ (364) und „ohne Privateigentum“ (363) fort. Damit sind die im Vergleich zur bundesdeutschen Wirtschaftsordnung wesentlichen Differenzen benannt. Daran anschließend folgt der

Verweis auf die Bedingungen des marktwirtschaftlichen Systems („Produktion und Preise müssen sich nach Marktbedingungen und Verträgen im harten internationalen Wettbewerb richten“ (366-368)). Der Notwendigkeitsaspekt wird dabei insbesondere durch die Verwendung des Modalverbs „müssen“ deutlich, wobei die beteiligten AkteurInnen durch die Personifikation der Objekte „Produktion“ und „Preise“ dem Blick und gleichsam der Kritik entzogen bleiben. Wie bereits an anderer Stelle im Text operiert der Verfasser zudem mit dem sprachlichen Mittel der Verstärkung und vermittelt durch das adjektivische Attribut „hart“ die Vorstellung von großer wirtschaftlicher Konkurrenz. Mit der folgenden Aussage „Das stellt die Unternehmen vor eine fast unlösbare Aufgabe - in der Ritterrüstung zur Olympiade“ (368-369) deutet von Dohnanyi zukünftige Schwierigkeiten an, die so die argumentative Logik, aufgrund der erwähnten Bedingungen zu erwarten seien. Auch an dieser Stelle vermeidet der Autor eine explizite Nennung der AkteurInnen über die Personalisierung des Objekts der Unternehmen. Die Aussage „in der Ritterrüstung zur Olympiade“ und die hier verwendeten Metaphern symbolisieren die Teilnahme (hier der ostdeutschen Industrie bzw. genauer der UnternehmerInnen) an einem internationalen Wettbewerb, wie es beispielsweise die Olympiade ist, mit veralteter und die Bewegung einschränkender Ausrüstung. Hier drückt sich die Sichtweise aus, dass die Industrie in den Regionen der neuen Bundesländer technisch veraltet und rückständig und damit nicht wettbewerbsfähig sei. Am Ende des Absatzes findet sich zudem ein Verweis auf einen anderen Text mit dem Titel „Da würd‘ ich lieber laufen. Die Industrie in der DDR in hoffnungslosem Rückstand“ mit äquivalentem Inhalt, welcher als zusätzliche Information in den Text eingefügt ist.

In den folgenden Absätzen fährt der Autor mit der Problemdefinition fort, wobei er nun auf die „öffentliche Armut“ (375) in den ostdeutschen Regionen fokussiert. Auch hier zeigt sich das bereits an anderer Stelle etablierte duale Differenzsystem, das die östlichen und westlichen Regionen Deutschlands als jeweils homogene Regionen konstruiert, die sich jedoch in ihrem Entwicklungsstand deutlich voneinander unterscheiden. Der Autor spricht in diesem Zusammenhang von einer „innerdeutschen Wohlstandsgrenze“ (374) und kennzeichnet Deutschland als noch immer getrennt, nun jedoch aufgrund der unterschiedlichen Wohlstandsverhältnisse. Noch deutlicheren Ausdruck findet die Differenz über die

Metapher des Gefälles, wie beispielsweise in der Formulierung eines „... Produktionsgefälle[s] zwischen den Betrieben diesseits und jenseits der Elbe ...“ (371-372).²⁴ Obwohl von Dohnanyi die Industrieproduktion, die Einkommens- und Vermögensunterschiede als bedeutsame Faktoren in Bezug auf die proklamierte Wohlstandsdifferenz benennt, erscheint ihm „öffentliche Armut“ in der DDR-Region als das größte Problem. Die Beseitigung letzterer und die Angleichung an den „Maßstab der BRD-Region“ (378), die u.a. eine „ökologische Sanierung und die Erneuerung der gesamten Infrastruktur“ (415-416) einschließe, werde „viele Hunderte von Milliarden D-Mark kosten und eher Jahrzehnte als Jahre in Anspruch nehmen“ (416-418). Die Angaben der Kosten und der Zeitdauer bleiben abstrakt, suggerieren jedoch über die Verstärkungen „viele Hunderte Milliarden“ und „Jahrzehnte“ einen enormen Kosten- und Zeitaufwand. An die verallgemeinernde Behauptung: „Alles wurde vernachlässigt“ (382), welche durch die Passivkonstruktion eine Gruppe von Verantwortlichen suggeriert, die jedoch nicht weiter benannt wird, fügt sich im Folgenden eine Aufzählung der verschiedenen Bereiche öffentlicher Armut in den ostdeutschen Regionen. Die argumentative Absicherung der Behauptung, dass „alles“ als mangelhaft charakterisiert werden könne sowie die Überlegenheit bundesdeutscher Lebensumwelten erfolgt durch die Frage „Was von all dem, das Menschen außerhalb ihrer vier Wände für die Qualität des Lebens brauchen, ist heute in der DDR-Region besser als in der BRD-Region?“ (386-388). Mittels der adjektivischen Steigerung „am bittersten“ und dem erneuten Gebrauch des Verbs „vernachlässigt“ bestimmt von Dohnanyi anschließend die „kulturelle DDR“ als den Bereich, welcher am meisten betroffenen sei. Unter dem

²⁴ Jürgen Link (1997) spricht in diesem Zusammenhang von der Leitmetapher des Gefälles, die die ‚qualitative‘ Differenz zwischen zwei Normalitätsklassen symbolisiert. Nach seinem Verständnis bringen unterschiedliche Standards von Normalität sogenannte Normalitätsklassen hervor. Westdeutschland lässt sich demnach als zur ersten, Ostdeutschland hingegen als zur zweiten Normalitätsklasse zugehörig beschreiben. Mit der Öffnung der Mauer geht eine Angst vor Denormalisierung einher. Der Westen als normalistische Instanz muss nun also die Denormalisierung verhindern und das Gefälle ausgleichen. Link schreibt dazu: „Die Normalisierung der DDR wurde symbolisch nun als die Aufgabe kodiert, ein Gefälle auszugleichen“ (ebd., S. 366).

sprachlichen Konstrukt der „kulturellen DDR“ fasst er die ökologische und soziale Situation sowie die Bildungseinrichtungen zusammen, wobei er auf die „ideologische Verseuchung“ letzterer hinweist. Die drastische Wortwahl verstärkt nicht nur die Aussage des Verfassers, sondern charakterisiert vor allem die wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR als „kontaminiert“. Auf die ökologischen Probleme geht der Autor im Anschluss erneut ein, wobei es ihm insbesondere um „gepflegte Städte, saubere Flüsse, kleine und ökologische Deponien und saubere, sichere und sparsame Energiesysteme“ (404-405) geht, die er mit öffentlichem Wohlstand in Verbindung bringt. Die Lösung für diese Probleme sei das kapitalistische Gesellschaftssystem, wie von Dohnanyi wenig später nun explizit zum Ausdruck bringt („So aber bringt der Kapitalismus, bringt sogar unsere Überflußgesellschaft noch immer die größte Chance für eine ökologische und soziale Wende in der DDR.“ (409-411)). Mit Begriffen wie „Überflußgesellschaft“ und „Verschwendungssystem“ (408) nimmt der Autor zwar die Kritik an Massenproduktion und –konsum auf, die einem verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt diametral gegenüber stehen, kritisiert jedoch das System der kapitalistischen Marktwirtschaft nicht grundsätzlich, sondern begreift es vielmehr als grundlegend für gesellschaftlichen Wohlstand und damit als Chance zur Beseitigung der proklamierten „Armut“ in Ostdeutschland. Die thematisierte ökologische Problematik veranlasst den Autor nicht zum Nachdenken über konkrete grundsätzliche Lösungsansätze zur Verhinderung von Umweltzerstörung, sondern verortet die Zerstörung der Natur und Umwelt in den ostdeutschen Regionen, die es gilt zu sanieren.

In den folgenden Abschnitten (419-549) widmet sich der Autor der ausführlichen Darstellung der problematischen Infrastruktur in den neuen Ländern, um, wie er sagt, die Probleme zu veranschaulichen („Zur Illustration der Probleme ein Blick auf ... (419)). Er beginnt dazu zunächst mit Ausführungen über den Zustand der DDR-Eisenbahn anhand einer Gegenüberstellung mit der bundesdeutschen Eisenbahn. Wie bereits an anderer Stelle verbinden sich hier wie auch an anderer Stelle im Text negative Fremd- mit positiven Selbstdarstellungen. So wird die DDR-Reichsbahn als veraltet und ineffizient, die Bundesbahn hingegen als modern und leistungsstark beschrieben. Die negativen Konnotationen ersterer

werden beispielsweise mittels attributiver Bestimmungen, wie „schlechte“ (433), „veralteten“ (439) zum Ausdruck gebracht. Auffällig ist die wiederholte Nennung von Substantiven, die inhaltlich mit Aspekten von Leistung verbunden sind, wie „Leistungskosten“ (432, 439), „Transportleistung“ (431) und „Leistungsstand“ (444). Leistung und Effizienz stehen demnach als Kriterien der Beurteilung (der Wettbewerbsfähigkeit) im Vordergrund. In ähnlicher Weise fährt der Verfasser fort das Verkehrswesen der DDR, einschließlich Straßennetz, Luftverkehr und Nahverkehr und die Telekommunikation zu beschreiben, wobei er dies ebenso als „dringend renovierungsbedürftig“ (462-463), „unzureichend“ (507) oder „wesentlich schlechter als in der BRD“ (455-456) oder wie im Falle der Telekommunikation drastisch als „Katastrophe“ deklariert. Auch wird nun explizit auf die daraus resultierende fehlende Wettbewerbsfähigkeit des „Wirtschaftsstandort DDR“ verwiesen, die eine Modernisierung dringend notwendig macht („Für den Wirtschaftsstandort DDR wirken sich allerdings die umständlicheren und auch qualitativ sehr viel schlechteren Straßenverbindungen zunächst deutlich als negativer Faktor aus.“ (457-460), „... bis der Standort DDR hier auch nur in etwa Wettbewerbsfähigkeit erreichen wird; ...“ (474-476)). Als Beleg der beschriebenen Rückständigkeit führt von Dohnanyi vor allem statistische Kennzahlen, wie beispielsweise die Länge der Autobahnen in der DDR- und BRD-Region („In der DDR gibt es 1855 Kilometer Autobahn [17 Kilometer Autobahn auf 1000 Quadratkilometer]; in der BRD sind es 8618 Kilometer [etwa 35 Kilometer Autobahn auf 1000 Quadratkilometer].“ (449-452)) oder die Anzahl der Telefonanschlüsse („...auf 100 Einwohner kommen lediglich 11 Anschlüsse gegenüber 46 in der BRD...“ (532-534)) an. Als Norm gelten die Kennzahlen von bundesdeutschem Niveau, wie auch explizit im Text formuliert: „...auf des [sic] Niveau der BRD...“ (491-492), „...um das elektronische Kommunikationssystem auf den Entwicklungsstand der BRD-Region zu bringen“ (539-541). Mittels eines Vergleiches (*Topos des Gegensatzes*) der beiden Regionen wird hier eine Divergenz konstituiert, die es anzugleichen gilt. So wird kein Zweifel daran gelassen, dass die DDR-Region in ihrer Entwicklung hinter der BRD deutlich zurück liegt, was u.a. über die erwähnte negative Schilderung ostdeutscher Lebensumwelten oder über Formulierungen wie: „... die DDR hat sich von dieser Entwicklung weitgehend

abgeschnitten“ (478-479) zum Ausdruck kommt. Die zu erwartenden Kosten und die Zeitdauer für die Modernisierung benennt der Autor ebenfalls und spricht beispielsweise von einem Investitionsbedarf „über 110 Milliarden D-Mark“ bzw. von einem „Zeitraum von etwa zehn Jahren“ (445-447).

Im letzten Teil des Textes (550-651) widmet sich der Autor wiederholt der Auseinandersetzung des bereits vorher im Text etablierten Differenzsystems, wobei er nun nicht mehr nur Differenzen hinsichtlich des Entwicklungsstandes der ehemals getrennten Gebiete ausmacht, sondern auch unterschiedliche Identitäten. Zur Begründung seiner These nimmt er zunächst Bezug auf die wirtschaftliche Situation Deutschlands vor und nach 1945 und verweist auf die vergleichbare „Ausgangslage“ der „deutschen Staaten“ (568). Diese sei relativ einheitlich, womit er eine gleichmäßige Verteilung von Industriestandorten im westlichen und östlichen Teil Deutschlands meint. Die wirtschaftliche Leistung und der Wohlstand in den ostdeutschen Regionen sei sogar größer gewesen, als in anderen Gebieten des Landes, wie die daran anschließende Aussage: „Das Bruttosozialprodukt pro Einwohner war in diesem Teil Deutschlands 1939 sogar größer“ (560-561) suggeriert. Diese Auffassung wird durch statistische Angaben zum Einkommen in den verschiedenen Regionen untermauert. Der historische Verweis scheint hier vor allem der Konstruktion einer gemeinsamen „deutschen“ identitätsstiftenden Vergangenheit zu dienen, die auch auf eine gemeinsame Zukunft verweist. Letzteres kommt vor allem in der explizierten Hoffnung auf wirtschaftliches Wachstum, demokratische Prinzipien und der Steigerung des Lebensstandards etc. zum Ausdruck: „... und was die Bewohner des östlichen Teils Deutschlands nun in der Einheit zu finden hoffen: die Erfahrung mit demokratischen Freiheiten; den erprobten Rechtsstaat; eine leistungsfähige Wirtschaft; einen entsprechend hohen Lebensstandard und eine staatliche Organisation, die soziale Sicherheit und kulturelle Vielfalt ermöglicht“ (617-622). Die formulierte These, dass die Identität „der Deutschen“ zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung Differenzen aufweise, wird vom Autor nicht eindeutig expliziert. Vielmehr spricht er wiederholt verallgemeinernd von Unterschieden „zwischen den beiden Teilen Deutschlands und ihren Bewohnern“ (591-592). Die jeweiligen Bewohner dieser Gebiete charakterisiert er mittels der Anthroponyme „Wessies“ bzw. „Ossies“ (580, 642) und

„Westler“ bzw. „DDRler“ (579-580), worüber die Vorstellung der Zugehörigkeit zu einer Gruppe oder Gemeinschaft impliziert wird. Solcherlei Zuschreibungen sind eng verbunden mit dem Konstrukt von kultureller bzw. nationaler Identität. Weiter fortfahrend, konstatiert er zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten Unterschiede von einem historischen Ausmaß, wie es nur „der römische Limes und die Reformation mit ihren Grenzen zwischen Katholiken und Protestanten“ (601-603) bisher hervorgebracht hätten. Die Gleichsetzung mit bedeutenden historischen Ereignissen dient dem Autor hier als Strategie der Verstärkung, durch die die Bedeutsamkeit der beschriebenen Differenz betont wird. Im weiteren Verlauf beschreibt er diese metaphorisch als „Grenze“, welche „tief in der Seele der Menschen verläuft“ (606-607). Damit wird das Sinnbild einer tiefgehenden Trennung evoziert, die sich in der Psyche der Menschen manifestiert hat. Letzteres wird auch durch den metaphorischen Ausdruck von „über 40 Jahre getrennter, ja abgeschotteter Geschichte“, die „tiefe Kerben in das Bewußtsein beider Teile Deutschlands geschnitten habe“ (608-609) suggeriert. Über das sprachliche Mittel der Personifikation wird die abstrakte Vorstellung der Regionen des Landes Deutschlands zu einem anthropomorphen Phänomen, das ein Bewusstsein besitzt. Darauf aufbauend fährt der Autor mit der Charakterisierung der „beiden Teile“ fort. Die positive Selbstdarstellung als „selbstverständliche Erfolgsgemeinschaft“ (610-611) ruft dabei die Assoziation von einer Gruppe arbeitsamer, fleißiger und erfolgreicher Individuen hervor. Demgegenüber findet sich hier erneut das negative Gegenbild der „Anderen“, hier der BewohnerInnen der ehemaligen DDR. Von Dohnanyi beschreibt diese als „Schicksalsgemeinschaft“ (613) des „Ertragens; des Erduldens, Erleidens und Wartens“ (614-615). Über solcherlei Charakterisierungen wird hier, wie auch an anderer Stelle im Text, das Bild vom positiven Eigenen in Abgrenzung zum minderwertigen „Anderen“ erzeugt. Um an der Höherwertigkeit des bundesdeutschen Gesellschaftssystems keinen Zweifel zu lassen, fährt der Autor mit der Feststellung fort: „Der Westen Deutschlands, die bisherige Bundesrepublik, hat alles, was der bisherigen DDR fehlte“ (616-617). Es sei jedoch die Hoffnung der Bewohner Ostdeutschlands, dass sich dies nun mit der Wiedervereinigung ändern werde, wobei insbesondere demokratische „Freiheiten“ und Rechte, „soziale Sicherheit“, „kulturelle Vielfalt“ sowie „eine leistungsfähige Wirtschaft“ und ein

„hoher Lebensstandard“ von Bedeutung seien (619-622).

Im folgenden Abschnitt greift der Autor die Frage nach dem finanziellen und zeitlichen Aufwand für den „Aufbau Ost“ erneut auf und betont darüber hinaus die Rolle des Westens als Gebender: „Und so ist es unvermeidlich, daß der Westen bis zum Ausgleich mit den Lebensbedingungen in den Gebieten der heutigen DDR der Gebende sein wird“ (624-626). Während sich dabei „der Gebende“ durch eine gewisse Großzügigkeit auszeichne, so sei es andererseits vom „Nehmenden“ zu erwarten, dass er seine eigene Schwäche anerkenne und vor allem Dankbarkeit zeige. Mit anderen Worten, sei also nach Meinung des Autors eine entsprechende Dankbarkeit für die Hilfsbereitschaft des „Westens“ von Seiten der DDR-BewohnerInnen angebracht.

Von Dohnanyi schließt mit der resümierenden Feststellung, dass es „‘Wessies‘ und ‚Ossies‘“ aufgrund der genannten Verhältnisse und Bedingungen „wohl noch lange geben“ werde (642), wobei er psychologische Gründe als Ursache für die mangelhafte Anpassung der DDR-BewohnerInnen an das bundesdeutsche Denken und Handeln erkennt. So seien z.B. „Kränkungen, die der Westen dem Osten in Deutschland gerade während der ersten Monate nach Öffnung der Mauer erneut zugefügt hat“ (644-646) maßgeblich verantwortlich für „die Erhaltung“ (646) der von ihm deklarierten typischen Mentalität der Bewohner der neuen Bundesländer, die er als „DDR-Gefühl“ bezeichnet. Diese zeichne sich durch asketische „Selbstbehauptung, zornige „Wehleidigkeit“ sowie „Dulden“ und ungeduldiges „Fordern“ aus (647-649). Hier wird nicht nur eine spezifisch ostdeutsche (negativ konnotierte) Mentalität bzw. Identität suggeriert, sondern auch die Notwendigkeit einer Veränderung dieses Denkens und Handelns impliziert, was auch in der abschließenden Prognose: „Diese sozialen Schmerzen der Einheit werden politische Folgen haben“ (650-651) zum Ausdruck gebracht wird.

9. Zusammenfassung und Ausblick

Im Fokus meiner Analyse stand die Untersuchung von Subjektpositionen bzw. ihrer Formierung im Diskurs um den gesellschaftlichen Transformationsprozess in den Regionen der ehemaligen DDR, der als sogenannter Aufbau Ost bezeichnet wird. Mein Interesse galt in diesem Zusammenhang vor allem dem diskursiv

erzeugten Wissen bzw. den geltenden „Wahrheiten“, wie etwa spezifischen Menschenbildern, die Einfluss auf die Formierung von Subjekten haben.

Die im medialen Diskurs der Zeitschrift „DER SPIEGEL“ zum „Aufbau Ost“ konstituierten Subjekte zeichnen sich vor allem durch ein hierarchisches duales Verhältnis aus. Analog zum Kolonial- bzw. modernisierungstheoretisch geprägtem Entwicklungsdiskurs lässt sich eine diskursive Grundstruktur identifizieren, die auf der Zweiteilung in „entwickelte“ und „rückständige“ Regionen und deren BewohnerInnen beruht. Die damit verbundenen Vorstellungen vom armen, entwicklungsbedürftigen „Osten“ und dem modernen wohlhabenden „Westen“ manifestieren sich sprachlich vor allem über entsprechende negativ bzw. positiv konnotierte Zuschreibungen. Die handelnden AkteurInnen erscheinen dabei als jeweils homogene Gruppen, was eine Identifizierung der Verantwortlichen verhindert und ungleiche Machtverhältnisse verschleiert. Im Sinne von Hall (1994) lassen sich die jeweiligen Repräsentationen und die damit verbundenen Bedeutungszuweisungen als diskursive Konstruktionen des „Eigenen“ und „Fremden“ identifizieren, wobei das „Eigene“ dem „Anderen“ dichotom gegenübergestellt ist. Der Diskurs erweist sich dabei als ein hegemonialer und entwertender, bei dem das „Eigene“, hier die bundesdeutsche Gesellschaft und die marktwirtschaftliche Ordnung, als höherwertiges Ideal, die Regionen und BewohnerInnen der ehemaligen DDR jedoch als „unmodern“ und „entwicklungsbedürftig“ repräsentiert werden. Diese suggerierte Rückständigkeit der neuen Bundesländer wird hier diskursiv über verschiedene Argumentationsmuster (Topos der Gefahr bzw. Bedrohung, Transformationstopos, Belastungstopos) als Problem etabliert und mit der Forderung nach wirtschaftlichen Wachstum und der Angleichung der „Anderen“ an bundesrepublikanische nationalstaatliche Werte und Strukturen verknüpft. Als Ergebnis des geforderten wirtschaftlichen Aufholprozesses werden Wohlstand und Lebensqualität definiert. Der „Aufbau“ der neuen Bundesländer wird somit zum „Entwicklungsprojekt“, bei dem wirtschaftliche Prosperität und ein entsprechender Lebensstandard, durch die Unterstützung des „Westens“ und damit über Hilfe „von außen“ möglich werden soll.

Die Bedeutsamkeit der Übernahme und Anpassung bundesdeutscher Werte und Strukturen wird diskursiv wiederholt durch die Hervorhebung einer imaginierten

nationalstaatlichen Identität konstruiert, bei der die Idee eines „nationalen Wir“ im Vordergrund steht. Wie Mecheril (2011, S. 3) ausführt sind „Imaginationspraxen dieser Art ... insbesondere dann vonnöten, wenn das phantasierte "Wir" in eine Krise gerät“, wie es z.B. der Fall ist, „wenn als fremd geltende Menschen und ihre Lebensweisen sich dauerhaft in dem Raum niederlassen, der als eigener beansprucht wird“. In diesem Sinne kann die, mit der Öffnung der Grenzen einhergehende Konfrontation mit den „anderen Deutschen“ als eine tiefgreifende Beunruhigung verstanden werden, da dadurch das gesellschaftliche Selbstverständnis und etablierte Machtstrukturen und Privilegien in Frage gestellt werden könnten.

Doch auch den Menschen wird in diesem Prozess eine entsprechende Rolle zugewiesen, denn der Einzelne wird angehalten, sich ökonomisch zu verhalten. Dem Wachstumsimperativ inhärent ist ein spezifischer Subjektmodus, der an die unternehmerischen Qualitäten, die dem Einzelnen zugeschrieben werden, appelliert (vgl. Kapitel 2.4). Eigenverantwortung, Risikobereitschaft und Flexibilität gelten dabei als bevorzugte Persönlichkeitseigenschaften, an denen sich die neuen Bundesbürger ausrichten sollen, um erfolgreich im marktwirtschaftlichen System zu sein und letztlich zum Wohlstand und ökonomischen Erfolg beizutragen. Wer in diesem System bestehen will, so die argumentative Logik, muss sich entsprechend optimieren und zum Unternehmer seiner selbst werden. Für Erfolg und Scheitern im Leben ist nun der Einzelne selbst verantwortlich, womit das Problem sozialer Chancengleichheit individualisiert und entpolitisiert wird. Über die wiederholte Anrufung der (ostdeutschen) Subjekte unternehmerisch zu handeln, etabliert sich somit eine soziale Norm, an der sich das Handeln der Individuen ausrichtet. Der unternehmerische Ehrgeiz wird jedoch, wie Bröckling (2007) in seinen Ausführungen zur Subjektivierungsform des unternehmerischen Selbst betont, nicht notwendigerweise nur durch materielles Gewinnstreben motiviert, sondern vielmehr durch den individuellen Wunsch des Einzelnen, den Leistungsanforderungen zu entsprechen und sein Leben optimal zu gestalten. Unternehmer seiner selbst zu sein bleibt nicht auf das Berufsleben beschränkt, sondern wird zur Lebenseinstellung (ebd.). Dem sich hier ausdrückenden Menschenbild liegt das wirtschaftswissenschaftliche Konzept des homo oeconomicus zugrunde, das Menschen als grundsätzlich ökonomisch denkende und handelnde Subjekte begreift.

Über dieses umfassende Subjektivierungsmodell vollzieht sich, was in Anlehnung an Foucault als Regieren des Einzelnen durch sich selbst und durch Andere verstanden werden kann. Mit anderen Worten, diese in Diskursen produzierten Subjektivitäten sind mit spezifischen Machtverhältnissen verbunden, die über die Formung und Steuerung der Individuen wirken (vgl. Kapitel 2.1). Der Einzelne wird regiert und regiert sich zugleich selbst, indem er die normativen gesellschaftlichen Anforderungen als seine eigenen verinnerlicht und sich selbst in seinem Denken und Handeln entsprechend optimiert. Die Regierung der diskursiv konstruierten „anderen Deutschen“ und deren Einbindung in marktgerichtete Prozesse vollzieht sich so über ein Subjektivierungsangebot, das diese anruft ihr Verhalten zu modifizieren. In dem Maße indem diese ihre unternehmerischen Fähigkeiten entwickeln und danach streben ihr Leben selbstverantwortlich quasi als Unternehmer in eigener Sache zu führen, werden sie zu Bundesbürgern. Der Diskurs erweist sich in diesem Sinne als ein normativer, der auf das Selbstverständnis der BewohnerInnen der ehemaligen DDR-Regionen wirkt und im Zusammenhang mit der erwünschten Regulation gesellschaftlicher Verhältnisse zu verstehen ist. Zugleich kann der untersuchte Diskurs auch als ein Diskurs über Identitäten verstanden werden, bei dem das Konstrukt der „Anderen“ als Gegenpart zur eigenen imaginierten (bundesdeutschen) Identität konstituiert wird.

Doch wie perfekt die Strategien und Programme zur Selbstoptimierung auch sein mögen, „sie übersetzen sich niemals bruchlos in Selbstdeutungen und individuelles Verhalten“ (Bröckling, 2007, S. 283). Eine weiterführende Beschäftigung mit der Thematik, die diese Perspektive aufgreift, könnte ihren Blick auf das individuelle Handeln der Subjekte, im Hinblick auf die an sie gerichteten Anrufungen richten und damit die Grenzen und Irritationen der Regierung des unternehmerischen Selbst sichtbar machen. In diesem Zusammenhang könnte das Augenmerk auf einer Untersuchung der Verhaltensweisen oder der Veränderungen der Selbstwahrnehmung der BewohnerInnen der neuen Bundesländer auf subjektiver Ebene liegen.

Literaturverzeichnis

- Bittner, R. (2009). *Kulturtechniken der Transformation*. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/apuz/31867/kulturtechniken-der-transformation?p=all>, [27.2.2014].
- Böhmer, R. (2005). *Der Geist des Kapitalismus und der Aufbau Ost*. Dresden: Thelem.
- Brawand, L. (1987). *Die Spiegel-Story. Wie alles anfang* (2. Aufl.). Wien u.a.: Econ-Verlag.
- Bröckling, U. (2007). *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- De Cillia, R. & Wodak, R. (2009) (Hrsg.). *Gedenken im "Gedankenjahr" : Zur diskursiven Konstruktion österreichischer Identitäten im Jubiläumsjahr 2005*. Innsbruck: Studienverlag.
- Distelberger, T., De Cillia, R., & Wodak, R. (2009). *Österreichische Identitäten in politischen Gedenkreden des Jubiläumsjahres 2005*. In: De Cillia, R., & Wodak, R. (2009) (Hrsg.). *Gedenken im "Gedankenjahr" : Zur diskursiven Konstruktion österreichischer Identitäten im Jubiläumsjahr 2005*. Innsbruck: Studienverlag. 29-78.
- Donzelot, J. (1991). *The mobilization of society*. In Burchell, G., Gordon, C. & P. Miller. *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*. London: Harvester Wheatsheaf, 169-180.
- Escobar, A. (1995). *Encountering Development. The making and unmaking of the third world*. Princeton: Princeton University Press.
- Escobar, A. (2011). *Development and the Anthropology of Modernity*. In Harding, S. (Hrsg.). *The Postcolonial Science and Technology Studies Reader*. Durham, London: Duke University Press, 269-289.
- Faschingeder, G. (2004). *Kultur und Entwicklung. Zur Relevanz soziokultureller Faktoren in hundert Jahren Entwicklungstheorie* (2. Aufl.). Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel Verlag.
- Fischer, K., Hödl, G., Parnreiter, (2007). *Entwicklung – eine Karotte, viele Esel?* In C. Fischer, K., Hödl, G., Maral-Hanak, I. & Parnreiter, C. (Hrsg.). *Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien* (3. Aufl.). Wien: Mandelbaum Verlag, S. 13-54.

- Fischer, K., Hödl, G. & Sievers, W. (Hrsg.) (2008). *Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development* (1. Aufl.). Wien: Mandelbaum Verlag.
- Foucault, M. (1978). *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*. Berlin: Merve.
- Foucault, M. (1981). *Archäologie des Wissens*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Foucault, M. (1984). *Von der Freundschaft als Lebensweise: Michel Foucault im Gespräch*. Berlin: Merve.
- Foucault, M. (2001). *Die Ordnung des Diskurses*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Foucault, M. (2004a). *Geschichte der Gouvernamentalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège des France 1977 – 1978*. (1. Aufl.). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Foucault, M. (2004b). *Geschichte der Gouvernamentalität II. Die Geburt der Biopolitik. Vorlesung am Collège des France 1978 – 1979*. (1. Aufl.). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Foucault, M. (2005a). *Gespräch mit Duccio Trombadori*. In Defert, D. (Hrsg.) *Schriften in vier Bänden. 1980-1988*. (Band 4) Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 51-118.
- Foucault, M. (2005b). *Subjekt und Macht*. In Defert, D. (Hrsg.) *Schriften in vier Bänden. 1980-1988*. (Band 4) Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 269-293.
- Grünbaum, R. (2000). *Deutsche Einheit. Beiträge zur Politik und Zeitgeschichte*. Opladen: Leske + Budrich.
- Hall, S. (1994). *Der Westen und der Rest: Diskurs und Macht*. In Hall, S. *Rassismus und kulturelle Identität*. Hamburg: Argument Verlag, S. 137-179.
- Jäger, S. (2009). *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung* (5. Aufl.). Münster: UNRAST-Verlag.
- Kammler, C., Parr, R. & U. J. Schneider (Hrsg.) (2008). *Foucault. Handbuch. Leben. Werk. Wirkung*. Stuttgart, Weimar: Verlag J. B. Metzler.
- Koch, F. T. (2011). „Für ein modernes und soziales Deutschland“? *Diskurse im politischen Raum*. In Kollmorgen, R., Koch, F. T. & Dienel, H.-L. (Hrsg.). *Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 67-106.

Kolland, F. (2007). *Zwischen Fortschrittsoptimismus und kritischer Gesellschaftsanalyse*. In C. Fischer, K., Hödl, G., Maral-Hanak, I. & Parnreiter, C. (Hrsg.). *Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien* (3. Aufl.). Wien: Mandelbaum Verlag, 79-103.

Kollmorgen, R. (2010). *Diskurse der deutschen Einheit*. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/publikationen/TKRY0A.html>, [26.07.2010].

Kollmorgen, R., Koch, F. T. & Dienel, H. (Hrsg.) (2011). *Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.

Krasmann, S. (2000). *Gouvernementalität der Oberfläche. Aggressivität (ab-) trainieren beispielsweise*. In Bröckling, U., Krasmann, S. & T. Lemke. *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag, 194-226.

Lemke, T. (1997). *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*. Hamburg: Argument Verlag.

Lemke, T., Krasmann, S. & U. Bröckling (2000a). *Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung*. In Bröckling, U., Krasmann, S. & T. Lemke. *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag, 7-40.

Lemke, T., Krasmann, S. & U. Bröckling (2000b). Verfügbar unter: http://www.thomaslemkeweb.de/publikationen/Gouvernementalit%E4tsbuch%20_INternetpr%E4sentation_.pdf [18.10.2013].

Link, J. (1997). *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Mecheril, P. (2011). *Wirklichkeit schaffen: Integration als Dispositiv – Essay*. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/apuz/59747/wirklichkeit-schaffen-integration-als-dispositiv-essay?p=all> [16.2.2014].

Moser, A. (2011). *Die Kunst der Grenzüberschreitung. Postkoloniale Kritik im Spannungsfeld von Ästhetik und Politik*. Bielefeld: transcript Verlag.

Pieper, M. & E. G. Rodríguez (Hrsg.) (2003). *Gouvernementalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault*. Frankfurt a. M., New York: Campus Verlag.

Pöllabauer, S. (2005). *“I don`t understand your English, Miss”*. *Dolmetschen bei Asylanörungen*. Tübingen: Narr Francke Attempto Verlag.

- Reckwitz, A. (2008). *Subjekt*. Bielefeld: Transcript-Verlag.
- Reichelt, R. (2008). *Deutschland und seine neue ökonomische Geographie*. Dissertation, Freie Universität Berlin. Verfügbar unter: http://www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_000000003502 [26.2.2014].
- Reisigl, M. & R. Wodak (2001). *Discourse and Discrimination. Rhetorics of Racism and Antisemitism*. London, New York: Routledge.
- Reisigl, M. (2003). *Wie man eine Nation herbeiredet. Eine diskursanalytische Untersuchung zur sprachlichen Konstruktion der österreichischen Nation und österreichischen Identität in politischen Fest- und Gedenkreden*. (Band 1 & 2). Unveröffentlichte Dissertation, Universität Wien.
- Reisigl, M. (2007a). *Nationale Rhetorik in Fest- und Gedenkreden. Eine diskursanalytische Studie zum „österreichischen Millennium“ in den Jahren 1946 und 1996*. Tübingen: Stauffenburg Verlag.
- Reisigl, M. (2007b). *Projektbericht: Der Wiener Ansatz der Kritischen Diskursanalyse*. Verfügbar unter: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/270/591> [13.01.2014].
- Reißig, R. (2010). *Von der privilegierten und blockierten zur zukunftsorientierten Transformation*. <http://www.bpb.de/apuz/32610/von-der-privilegierten-und-blockierten-zur-zukunftsorientierten-transformation?p=0>, [30.8.2013].
- Rödter, A. (2009). *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*. München: Verlag C. H. Beck.
- Rose, N. (1996). *Das Regieren von unternehmerischen Individuen*. Verfügbar unter: http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/008_nikolas_rose.pdf , [22.10.2013].
- Rüland, J. (1997). *Wirtschaftswachstum und Demokratisierung in Asien: Haben die Modernisierungstheorien doch recht?* In Schulz, M. (Hrsg.). *Entwicklung. Die Perspektive der Entwicklungssoziologie*. Göttingen: Westdeutscher Verlag, S. 83-110.
- Ruoff, M. (2007). *Foucault-Lexikon. Entwicklung. Kernbegriffe. Zusammenhänge*. Paderborn: Wilhelm Fink Verlag.
- Sachs, W. (1993). *Einleitung*. In Sachs, W. (Hrsg.). *Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik*. Reinbek: Rowohlt. S. 7-15.

Senf, B. (1980). *Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie. Eine didaktisch orientierte Einführung*. Verfügbar unter:
<http://www.berndsenf.de/MarktwirtschaftlicheIdeologie.htm> [18.12.2013].

Spivak, Gayatri C. (1985). *The Rani of Simur*. In Barker, F. et al (Hrsg.). *Europe and its Others*. Vol. 1. Colchester: University of Essex, 128-151.

Steding, R. (2005). *Das Treuhandrecht und das Ende der Privatisierung in Ostdeutschland: Ein Rückblick*. Wismar: Hochschule Wismar.

Truman, Harry S. (1964). *Inaugural Adress. January 20, 1949*. In *Public Papers of the Presidents. Harry S. Truman 1949*. Washington: United States Government Printing Office.

Weidenfeld, W. & Korte, K.-R. (Hrsg.) (1999). *Handbuch zur deutschen Einheit. 1949-1989-1999*. Frankfurt a.M.: Campus-Verlag.

Zapf, W. (1992). *Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung*. (MPIFG Discussion Paper Nr. 4). Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.

Ziai, A. (2004). *Entwicklung als Ideologie? Das klassische Entwicklungsparadigma und die Post-Development-Kritik. Ein Beitrag zur Analyse des Entwicklungsdiskurses* (Schriften des deutschen Übersee-Instituts Nr. 61). Hamburg: Deutsches Übersee-Institut.

Ziai, A. (2006). *Zwischen Global Governance und Post-Development. Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

Ziai, A. (2010). *Postkoloniale Perspektiven auf „Entwicklung“*. PERIPHERIE, 120 (30), 399-426.

<http://www.helmut-kohl.de/index.php?msg=555> [11.2.2014]

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/164386/umfrage/verkaufte-auflagen-von-spiegel-stern-und-focus/> [4.2.2014]

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/169706/umfrage/die-meistzitierten-medien-in-deutschland/> [4.2.2014]

<http://www.spiegelgruppe.de/spiegelgruppe/home.nsf/Navigation/440FBE98BAF7E2F8C1256FD5004406DD?OpenDocument> [4.2.2014]

<http://www.spiegelgruppe.de/spiegelgruppe/home.nsf/Navigation/C226C5F6118D70E0C12573F700562F49?OpenDocument> [4.2.2014]

<http://www.spiegelgruppe.de/spiegelgruppe/home.nsf/Navigation/45CA3E395B329908C12573FC0038E5B2?OpenDocument>[4.2.2014]

<http://meedia.de/2013/01/15/print-analyse-der-typische-spiegel-leser/> [4.2.2014]

http://www.whoswho.de/templ/te_bio.php?PID=35006&RID=1 [10.9.2013].

http://de.wikipedia.org/wiki/Klaus_von_Dohnanyi [10.9.2013].

<http://www.gesetze-im-internet.de/einigtvtr/> [26.2.2014]

Anhang

Tabelle Datenkorpus Strukturanalyse

Titel	Rubrik	Ausgabe/ Jahr	Autor	Themenkomplex
Andere nehmen den Strick	Deutschland	31/1990	Christiane Kohl	Transformation, Institutionentransfer, Wirtschaftliche Einheit, Rückständiges Ostdeutschland
Noch viel zu erklären	Wirtschaft/ Steuern	31/1990	k.A.	Institutionentransfer, Rückständiges Ostdeutschland
Das Ost-West-Gefälle	Wirtschaft	32/1990	k.A.	Rückständiges Ostdeutschland
Das wird wahnsinnig schwer	Deutschland	33/1990	Olaf Petersen, Dirk Koch	Transformation, Rückständiges Ostdeutschland, Institutionentransfer, Wahl
Blausäure im Brikett	Deutschland/ Umwelt	33/1990	k.A.	Umwelt
Dann geht es bergauf	Deutschland	33/1990	Dieter Kampe, Rainer Pörtner	Transformation, Arbeit, Rückständiges Ostdeutschland
Kein Geld in der Kasse	Wirtschaft/ DDR-Betriebe	33/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Wir haben viel Zeit verschenkt	Wirtschaft	33/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Interflug gegen Lufthansa?	Wirtschaft	33/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Ländliche Idylle	Wirtschaft	33/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Nicht mehr marktgerecht	Deutschland/ Beamte	34/1990	k.A.	Institutionentransfer
Die warten auf Konkurse	Wirtschaft	34/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit,

Ausverkauf was sonst	Wirtschaft	34/1990	Peter Bölke	Transformation, Wirtschaftliche Einheit, Eigentum, Rückständiges Ostdeutschland
Einfach geschafft	Wirtschaft/ DDR- Unternehmen	34/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Von der Last erdrückt	Wirtschaft	35/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Das ist eine Gratwanderung	Deutschland	36/1990	Heiko Martens, Hans-Jürgen Schlamp	Transformation
Treuhand verprellt Ausländer	Wirtschaft	36/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Waigel kneift wenn's konkret wird	Wirtschaft	36/1990	k.A.	Transformation, Finanzpolitik
Sie werden Millionäre haben	Wirtschaft	36/1990	Michael Schmidt-Klingenberg	Wirtschaftliche Einheit, Transformation
Die Krake müssen wir sezieren	Deutschland	37/1990	Paul Lersch, Hartmut Palmer	Transformation
Da hechtet die DDR drauf	Deutschland	37/1990	Joachim Preuß	Wirtschaftliche Einheit, Rückständiges Ostdeutschland
Ungünstigste Variante	Wirtschaft/ DDR- Außenhandel	37/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Zahlen für die schönste Sache	Deutschland	38/1990	Heiko Martens, Hans-Jürgen Schlamp	Transformation
Wegelagerer am Werk	Deutschland/ Landwirtschaft	38/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Da kommen die Tränen	Deutschland/ Lehrlinge	38/1990	k.A.	Arbeit, Wirtschaftliche Einheit, Transformation
Wer wen melkt	Deutschland/ Affären	38/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit

DDR: Löhne wie im Westen?	Wirtschaft	38/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Finanzpolitik
Schlecht behandelt	Wirtschaft/Luft- fahrt	38/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Rothenberger kauft Kombinate	Wirtschaft	38/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
DDR- Konsum treibt die Preise im Westen	Wirtschaft	38/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Optimistische Kampfansage	Wirtschaft/ DDR-Betriebe	38/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Totales Chaos	Wirtschaft/ Banken	38/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Push vom Osten	Deutschland/ Scheidung	39/1990	k.A.	Institutionentransfer
Es ist ein anderes Leben	Titel	39/1990	Wolfgang Bickerich	Identitäten, Rückständiges Ostdeutschland
Die heilsame Entfremdung	Titel	39/1990	Rolf Schneider	Identitäten
Langsam, aber teuer sterben	Deutschland	39/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Transformation, Arbeit
Hans, das ist unsere Demokratie	Deutschland	39/1990	k.A.	Transformation, Institutionentransfer
DDR- Betriebe unterlaufen Tarife	Wirtschaft	39/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Finanzpolitik
Dann wäre hier Süditalien	Wirtschaft	39/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Da würd' ich lieber laufen	Wirtschaft	39/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Alles lieb und teuer	Deutschland/ Parteien	39/1990	k.A.	Wahl
Das deutsche Wagnis I	Serie	39/1990	Klaus von Dohnanyi	Transformation, Wirtschaftliche Einheit, Nationale Identität, Rückständiges Ostdeutschland
Nur die Rosinen	Deutschland/ Unternehmen	40/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit

Alles zerwühlt und kaputt	Deutschland	40/1990	k.A.	Umwelt
Drang in den Westen	Wirtschaft/ Arbeitnehmer	40/1990	k.A.	Arbeit, Wirtschaftliche Einheit, Finanzpolitik
Schotter aus Bayern	Wirtschaft/ Tankstellen	40/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Das deutsche Wagnis II	Serie	40/1990	Klaus von Dohnanyi	Transformation, Wirtschaftliche Einheit
Die Lage ist trostlos	Titel	41/1990	k.A.	Eigentum
Gesetz mit vielen Ausnahmen	Titel	41/1990	k.A.	Eigentum
Kampf um die Villa Johanna	Titel	41/1990	k.A.	Eigentum
Schwer zu verdauen	Deutschland/ Militär	41/1990	k.A.	Institutionentransfer
Charme des Ungeregelten	Deutschland	41/1990	k.A.	Institutionentransfer
Das deutsche Wagnis III	Serie	41/1990	Klaus von Dohnanyi	Transformation, Wirtschaftliche Einheit, Nationale Identität
Die wollen gar keine Hilfe	Deutschland	42/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Transformation
Hickhack um die Ländermacht	Deutschland	42/1990	k.A.	Institutionentransfer
Neue Jobs für Kombi-Bosse	Wirtschaft	42/1990	k.A.	Arbeit, Wirtschaftliche Einheit
Politischer Sturm	Wirtschaft/ Güterverkehr	42/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Das deutsche Wagnis IV	Serie	42/1990	Klaus von Dohnanyi	Transformation, Wirtschaftliche Einheit, Finanzpolitik, Nationale Identität
Praktisch chancenlos	Deutschland/ Verwaltung	43/1990	k.A.	Institutionentransfer, DDR-Vergangenheit
Eine einzige Katastrophe	Deutschland/ Atommüll	43/1990	k.A.	Umwelt
Ein Ost, zwei West	Deutschland	43/1990	k.A.	Institutionentransfer

Das ist reinste Erpressung	Wirtschaft	43/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Transformation
Zu viel gemauschelt	Wirtschaft/ Erdgas	43/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Sehr forsch	Wirtschaft/ Landwirtschaft	43/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Dann ist der Ofen aus	Wirtschaft	44/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Transformation
Erichs Eichen	Deutschland/ Naturschutz	44/1990	k.A.	Umwelt
Interflug-Chef wehrt sich gegen Lufthansa	Wirtschaft	44/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Schönes Gutachten	Deutschland	45/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Transformation, Finanzpolitik
Ab nach Workuta	Deutschland/ Polizei	45/1990	k.A.	Institutionentransfer
Wir kommen unter Druck	Wirtschaft	45/1990	k.A.	Institutionentransfer, Wirtschaftliche Einheit
DGB zieht in die Treuhand ein	Wirtschaft	45/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Transformation
Zeit der Überläufer	Wirtschaft	45/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Spürt man kaum	Wirtschaft	45/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Den Neuen fehlt Selbstvertrauen	Deutschland	46/1990	k.A.	Identitäten
Freudenopfer deutsche Einheit	Deutschland	46/1990	Wolfgang Bayer, Norbert F. Pötzl	Finanzpolitik, Transformation
Natürlich müssen wir zahlen	Deutschland	47/1990	k.A.	Transformation Umwelt Finanzpolitik
Ruhig, ruhig – nicht so hastig	Wirtschaft	46/1990	Michael Schmidt-Klingenberg	Wirtschaftliche Einheit, Transformation
Es rumpelt in den Betrieben	Wirtschaft	48/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Transformation, Arbeit

Stern-Radio wird ausgeschlachtet	Wirtschaft	48/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Ein Kanalnetz in der Wüste	Wirtschaft	48/1990	Klaus-Peter Kerbusk, Hans-Jürgen Schlamp	Transformation, Institutionentransfer, Rückständiges Ostdeutschland
Wer pokert, wird verlieren	Deutschland	48/1990	Dieter Kampe, Heiko Martens	Transformation, Wirtschaftliche Einheit, Wahl
Es kann ganz anders kommen	Deutschland	48/1990	k.A.	Transformation, Wahl, Finanzpolitik
Nervenkitzel aushalten	Wirtschaft/ Energie	48/1990	k.A.	Transformation, Institutionentransfer, Wirtschaftliche Einheit
Da ist mächtig Druck im Topf	Titel	49/1990	k.A.	Transformation, Wirtschaftliche Einheit, Wahl
Droht die englische Krankheit?	Wirtschaft	49/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Arbeit
Aufschwung im Geist	Wirtschaft	49/1990	Armin Mahler	Wirtschaftliche Einheit, Transformation
Regieren aus dem Kofferraum	Deutschland	50/1990	k.A.	Institutionentransfer
Ich verstehe die Besetzer	Deutschland	50/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Transformation,
Schnelle Eingreiftruppe	Deutschland/ Presse	51/1990	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Institutionentransfer
Radikaler Ansatz	Deutschland/ Bürgerrechte	51/1990	k.A.	Transformation Institutionentransfer
Wir sind die Popel	Deutschland/ Gerichtsvollzieher	51/1990	k.A.	Institutionentransfer
Auf dem Tiefpunkt	Deutschland/ Bundeswehr	1/1991	k.A.	Institutionentransfer
Orte des Jammers	Deutschland/ Hochschulen	1/1991	k.A.	Institutionentransfer
Zähes Steak	Deutschland/ Beamte	1/1991	k.A.	Institutionentransfer, DDR-Vergangenheit
Nur noch blau	Deutschland/ Post	1/1991	k.A.	Institutionentransfer

Die Lage ist abenteuerlich	Deutschland	1/1991	k.A.	Institutionentransfer Umwelt
Blühende Kurstadt	Deutschland/ Affären	1/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Institutionentransfer
Ein Stück Kriminalgeschichte	Wirtschaft	1/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Wer kennt einen, der paßt?	Wirtschaft	3/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit,
Viele verdienen dort weniger	Wirtschaft	3/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Kracht und ächzt	Deutschland/ Verwaltung	4/1991	k.A.	Institutionentransfer
Nur noch ein Torso	Deutschland/ Energiepolitik	5/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Man lässt uns nicht sterben	Wirtschaft	6/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Harakiri auf ostdeutsch	Deutschland	7/1991	Wilhelm Bittorf	Wirtschaftliche Einheit
Spirale in den Bankrott	Wirtschaft	7/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Institutionentransfer, Eigentum
Für die sind wir der letzte Dreck	Wirtschaft	7/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Schlimmer als erwartet	Wirtschaft/ Unternehmen	8/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Zugriff auf ostdeutsche Kraftwerke	Deutschland	9/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Hoffnungszeichen gibt es nicht	Deutschland	9/1991	Winfried Didzoleit, Olaf Petersen	Wirtschaftliche Einheit, Transformation, Eigentum, Arbeit
Betrogen und gedemütigt	Deutschland	9/1991	Rolf Schneider	Arbeit, Eigentum, Institutionentransfer, Transformation
Chaos an der Küste	Wirtschaft/ Werften	9/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Schöne Pläne	Wirtschaft/ Treuhand	9/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Ein schwerer Fehler	Deutschland	10/1991	k.A.	Transformation, Wirtschaftliche Einheit, Institutionentransfer,

				Finanzpolitik
Drastische Verkürzung	Deutschland/ Verkehr	10/1991	k.A.	Transformation
Irrwege im Niemandsland	Wirtschaft	10/1991	Armin Mahler	Transformation, Wirtschaftliche Einheit
Protest gegen Treuhand	Deutschland	11/1991	k.A.	Transformation, Wirtschaftliche Einheit, Eigentum
In Hülle und Fülle	Deutschland/ Ostdeutschland	11/1991	k.A.	Transformation, Wirtschaftliche Einheit, Finanzpolitik
Wie in Nord-Palermo	Deutschland/ Immobilien	11/1991	k.A.	Eigentum
Dann fahr' ich gegen den Baum	Wirtschaft	11/1991	k.A.	Arbeit, Transformation
Im Eimer	Wirtschaft/ Unternehmen	11/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Wieder mit dem Federkiel	Deutschland/ Krankenkassen	12/1991	k.A.	Institutionentransfer, Rückständiges Ostdeutschland
Uff een Ruck	Deutschland/ Glücksspiel	12/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Ein grotesker Zustand	Deutschland	12/1991	Ulrich Schwarz, Norbert F. Pötzl	Institutionentransfer, DDR-Vergangenheit
Von Kohl hintergangen	Deutschland	13/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Finanzpolitik, Transformation
Es kokelt in der Wand	Deutschland	13/1991	k.A.	Transformation, Rückständiger Osten
Stadt ohne Schornstein	Deutschland/ Energie	13/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Am Geld wird nichts scheitern	Wirtschaft	13/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Vielleicht froh, aber nicht stolz	Wirtschaft	13/1991	Joachim Preuß	Wirtschaftliche Einheit
Buschgeld für Kinderland	Deutschland/ Beamte	14/1991	k.A.	Institutionentransfer
Man muß nur wollen	Deutschland/ Wohnungsnot	15/1991	k.A.	Eigentum
An den Teufel	Wirtschaft	15/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit

verkauft				
Wir lernen die Welt neu	Wirtschaft	15/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Eigentum, Institutionentransfer
Not-Gemeinschaft in Bonn	Titel	16/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Transformation, Finanzpolitik
Eine Industrieregion zerbricht	Titel	16/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Transformation, Arbeit, Finanzpolitik
Treuhand läßt Läden räumen	Wirtschaft	16/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Merkwürdige Rechnung	Wirtschaft/ Unternehmen	17/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Mit dem Holzhammer	Deutschland/ Verkehr	18/1991	k.A.	Transformation
Wie Richter Adam	Deutschland/ Justiz	18/1991	k.A.	Institutionentransfer
Eine Pleite hoch vier	Wirtschaft	18/1991	Armin Mahler, Dinah Deckstein	Wirtschaftliche Einheit, Transformation
Grüße aus dem Jenseits	Wirtschaft/ Telefon	18/1991	k.A.	Institutionentransfer, Wirtschaftliche Einheit
Hier geschieht Unrecht	Deutschland	19/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Transformation
Wir fühlen uns verschaukelt	Wirtschaft	19/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Arbeit
Der Bundesrepublik droht Schaden	Wirtschaft	20/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Tausendmal zur Sonne	Deutschland/ Ostdeutschland	21/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Transformation
Die Plünderer sind unterwegs	Wirtschaft	21/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Finanzen: West gegen Ost	Wirtschaft	22/1991	k.A.	Transformation, Finanzpolitik

Jeden Morgen Zittern im Bauch	Wirtschaft	22/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Noch sind wir Opposition	Deutschland	23/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Transformation
Alte Brüder	Deutschland/ Gemeinden	23/1991	k.A.	Transformation, Rückständiger Osten, Finanzpolitik
Viele kleine Küken	Wirtschaft/ Arbeitnehmer	23/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Arbeit
Die ungewollten Verwandten	Gesellschaft	24/1991	Gregor Gysi	Identitäten
Alle Dämme sind gebrochen	Wirtschaft	24/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Finanzpolitik
Brachland statt Ackerbau	Wirtschaft	24/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Alte, Schrott und Idealisten	Deutschland	25/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, Rückständiges Ostdeutschland
Tricks und teure Versprechen	Wirtschaft	25/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Nur verschoben	Wirtschaft/ Arbeitnehmer	26/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Völliger Neuaufbau	Titel	27/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Ostfirmen an die Börse	Wirtschaft	27/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Zuviel Ideengut von gestern	Wirtschaft	27/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit, DDR-Vergangenheit
Einsamer Kampf	Wirtschaft/ Manager	28/1991	k.A.	Wirtschaftliche Einheit
Immer noch Tut-Tut-Tut	Deutschland/ Telefon	29/1991	k.A.	Institutionentransfer, Wirtschaftliche Einheit
Nur noch so beliebt wie die Russen	Deutschland	30/1991	k.A.	Identitäten
Sie kriegen hier nur Prügel	Wirtschaft	30/1991	k.A.	Institutionentransfer, Rückständiges Ostdeutschland

Quelle: Website der Zeitschrift DER SPIEGEL
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502487.html>
(Letzter Zugriff am 22.10.2013)

24.09.1990

1 **Das deutsche Wagnis**

2 **Die Risiken der deutsch-deutschen Vereinigung (I) / Von Klaus**
3 **von Dohnanyi**

4 Die Einführung der D-Mark am 1. Juli 1990 in der DDR ist das
5 Material, aus dem historische Legenden gestrickt werden:
6 Sachverständige hatten gewarnt; eine Regierung hat allen Warnungen
7 zum Trotz gehandelt. Die vorausgesagten Folgen sind eingetreten, und
8 sie werden eine lange Wirkung haben. Es wird mehr Arbeitslosigkeit
9 und mehr Probleme geben als in den letzten Wochen des
10 unabhängigen DDR-Staates. Und auch mehr, als beide deutschen
11 Regierungen vorausgesagt hatten.

12 Zunächst einmal ist festzuhalten, wem die Bewohner der DDR ihre
13 heutigen Probleme verdanken: nicht der neuen Freiheit und nicht dem
14 Markt, sondern der Unverträglichkeit ihrer Gefängniswirtschaft mit
15 Freiheit und Markt. In 45 Jahren wurde von einer zunächst vielleicht
16 naiven, dann aber rechthaberischen und schließlich gewaltsamen
17 kommunistischen Ideologie ganz Europa jenseits der Eisernen
18 Vorhanges ruiniert.

19 Es entstand eine Gesellschaft so fern jeder menschlichen Ordnung,
20 daß schon der geringste Verlust an gewaltsamer Kontrolle die

21 künstlichen und unmenschlichen Konstruktionen, die das
22 Gesellschaftsgebäude so mühsam zusammengehalten hatten, zum
23 Einsturz bringen mußte. Dieser Zusammenbruch zerstört, beschädigt
24 und verletzt. Betriebe, Familien, Arbeitslose.

25 Aber nicht die gewonnene Freiheit ist die Ursache dieser Schmerzen,
26 sondern die früher erlittene Unterdrückung; nicht von der
27 demokratischen Selbstbestimmung stammt der Schaden, sondern von
28 der jahrzehntelangen Bevormundung. Nicht der Markt bricht so
29 schmerzhaft ein, sondern die Kommandowirtschaft bricht so
30 schmerzhaft zusammen.

31 Die gesellschaftliche Wirklichkeit aber ist immer die einzige
32 Wirklichkeit. In der Politik, so hat es Karl Schiller einmal warnend
33 formuliert, wird immer simultan zugerechnet: Wer die Verantwortung
34 hat, trägt sie auch. Was ist und geschieht, wird ihm zugerechnet, selbst
35 wenn offenkundig ist, daß die Ursachen der Entwicklung tiefer und im
36 Zeitverlauf viel weiter zurück wurzeln.

37 Es liegt nahe, daß sich in einem derart verschachtelten Gehäuse, wie
38 es Ausgangslage und Ablauf der Wiedervereinigung ausmachen, die
39 Legende einnisten wird, es hätte einen grundsätzlich anderen, weniger
40 schmerzhaften und weniger folgenschweren Weg der Vereinigung
41 gegeben. Hätten die Regierungen, so wird es heißen, nicht auf die
42 schnelle Einführung der D-Mark gesetzt, wäre der wirtschaftliche
43 Zusammenbruch vieler Betriebe nicht erfolgt. Denn das DDR-
44 Wirtschaftssystem hätte von einer verantwortungsvollen Führung zu
45 einem schrittweisen Prozeß der Stabilisierung geführt werden können.

46 Dolchstoßlegenden sind gefährlich, denn sie verdrehen im
47 historischen Gedächtnis eines Volkes Ursache und Wirkung, sie
48 machen die helfende Hand zum Täter, den Reformen zum
49 Sündenbock. Es ist verständlich, daß die Erben der SED den Versuch
50 machen werden, die Folgen des wirtschaftlichen Umbruchs in der

51 DDR den heute verantwortlichen Regierungen von DDR und BRD
52 und der sozialen Marktwirtschaft anzulasten. Man muß sie daran
53 hindern: auch, weil mit dieser Methode das ganze Gesellschaftssystem
54 der sozialen Marktwirtschaft und der offenen Demokratie diskreditiert
55 werden soll.

56 Die Vertreter dieses niemals konkretisierten "eigenen",
57 "langsameren", "behutsameren" Weges zur Wirtschaftseinheit lassen
58 völlig unberücksichtigt, daß auch eine autonome wirtschaftspolitische
59 Anpassung in der DDR zwangsläufig zu Verwerfungen und
60 Arbeitslosigkeit geführt hätte; die Lage in Polen oder Ungarn macht
61 dies deutlich.

62 Wie hoch wäre die Übersiedlungswelle geworden, wenn nicht die
63 Bundesrepublik in ganz erheblichem Umfange Finanzhilfe für
64 Investitionen und Arbeitsbeschaffungen in der DDR zugeschossen
65 hätte? Wäre aber die BRD-Regierung politisch in der Lage gewesen,
66 in diesem Umfang Finanzhilfen zu gewähren, ohne damit der
67 Regierung in der DDR auch entsprechende politische Auflagen zur
68 Wirtschafts- und Finanzpolitik, zu Fragen des Eigentums und des
69 Wettbewerbs zu machen? Also Auflagen, wie sie mit der
70 Vereinbarung des Staatsvertrages zwischen BRD und DDR getroffen
71 wurden? Wie aber hätte man ein solches Bündel von Auflagen
72 vereinbaren können, ohne sich von seiten der BRD auch am Risiko
73 der Auflagen zu beteiligen, so wie es vom Staatsvertrag mit der
74 Perspektive auf die deutsche Einheit geschehen konnte?

75 Es wird gesagt, die DDR und die BRD hätten "feste Wechselkurse",
76 vielleicht mit einem Kurs 1:3, vereinbaren sollen. Wer glaubt denn
77 aber im Ernst, die Bundesbank hätte feste Wechselkurse ohne härteste
78 Eingriffsrechte garantieren können? Ist nicht bekannt, daß feste
79 Wechselkurse faktisch auch zu einer konjunkturellen
80 Schicksalsgemeinschaft führen? Wer hätte das mit einer politisch so

81 instabilen DDR wollen können? Und wer kann sich, gerade nach der
82 Auseinandersetzung zwischen DDR und BRD im Sommer 1990 über
83 Geld und Arbeitslosigkeit, den Streit zweier deutscher Staaten über
84 die notwendigen Hilfen im selbständigen Anpassungsprozeß nicht
85 vorstellen?

86 Welche sozialen Folgen hätte es gehabt, wenn sich, auch ein
87 Vorschlag, bei flexiblen Wechselkursen der Wert der Ost-Mark zum
88 Beispiel um 1:5 eingependelt hätte? Hätten BRD-Bürger dann
89 wirklich Waren und Investitionen in der DDR zu diesem Billigspreis
90 ungestört erwerben dürfen? Bei monatlichen Ost-Gehältern von 1200
91 Mark, die dann etwa wie 250 D-Mark zu 2600 D-Mark (nach Steuern)
92 eines westlichen Lohnempfängers zu berechnen gewesen wären? Etwa
93 so, wie die Einkäufe von DDR-Bewohnern jetzt in Polen? Welche
94 Folgen hätte das aber auch für die Schwarzarbeit, zum Beispiel in
95 Berlin, und damit wiederum für den Abbau der dort so unerträglichen
96 Grenzen gehabt? Überhaupt Berlin: Wie hätte man sich hier das
97 "Entwicklungsmodell" vorzustellen? Vielleicht am Ende mit einer
98 Mauer um die ganze Stadt?

99 Und wer glaubt denn, daß eine auf sich selbst gestellte DDR-
100 Regierung die nicht nur rechtlich, sondern auch ideologisch
101 schwierigen Eigentumsprobleme und die Vorurteile gegen
102 "Ausverkauf" und "Ellbogengesellschaft" bewältigt hätte? Und was
103 hätte das für die - auch heute noch unzureichende -
104 Investitionsbereitschaft der westlichen Unternehmer bedeutet?
105 Erinnern wir uns nicht der Untätigkeit und Reformunfähigkeit der
106 Regierung Modrow?

107 Welche Chance hätte im übrigen die Entwicklung der Demokratie in
108 der DDR gehabt, wenn im Rahmen eines solchen
109 "Entwicklungsmodells" zunächst nur wirtschaftliche Nachteile
110 entstanden wären? Polen verlor schnell fast ein Drittel seines

111 Bruttosozialprodukts. Auch die "Talfahrt der DDR-Wirtschaft setzte
112 schon mehrere Monate vor dem Inkrafttreten der Währungsunion ein"
113 (so das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung im Juli 1990).
114 Und die BRD schaut vielleicht über Jahre zu?

115 Wie stark wäre die PDS geworden, wie tief hätte man ohne die
116 Perspektive einer schnellen politisch-demokratischen Einigung der
117 beiden deutschen Staaten wirklich in den etablierten Stasi-Apparat
118 eingreifen können? Und schließlich: Wie schnell hätte die DDR-
119 Regierung dann ohne jede Rücksicht auf den außenpolitischen Prozeß
120 der "Zwei plus Vier"-Gespräche die Notleine des Artikels 23 ziehen
121 müssen? Denn hier liegt doch der Angelpunkt der politischen Kraft,
122 die DDR-Volk und DDR-Regierung in der Frage der Einheit und des
123 Tempos der Einheit in der Hand hatten: in dem Recht auf die sofortige
124 Wiedervereinigung nach Artikel 23 Grundgesetz.

125 Die Vertreter der langsamen Annäherung haben die Größe des
126 Problems immer unterschätzt und nur ökonomistisch argumentiert.
127 Welche Folgen hätte aber diese offene Entwicklungsflanke DDR dann
128 über Jahre für unsere Fähigkeit in der BRD gehabt, dem europäischen
129 Integrationsprozeß zu folgen, geschweige denn ihn voranzutreiben?

130 Man braucht kein Ökonom zu sein, um zu wissen, daß die
131 Vereinigung zweier so unterschiedlicher Gesellschafts- und
132 Wirtschaftssysteme, wie sie BRD und DDR waren und weitgehend
133 noch immer sind (und eben für viele Jahre auch noch sein werden), zu
134 schwerwiegenden wirtschaftlichen Verwerfungen, zu sozialen
135 Konflikten und zu politischen Spannungen führen muß. Aber wer
136 politisch denkt und nicht nur parteitaktisch, der muß zugeben, daß es
137 einen anderen Weg als den der schnellen Wirtschaftsunion - leider -
138 nicht gab.

139 Der Kurs war richtig gesetzt. Es gab keine Alternative zur
140 Wirtschafts- und Währungsunion. Der "andere Weg" ist eine Legende.

141 Das vereinte Deutschland wird nicht reicher, sondern ärmer sein als
142 die bisherige BRD. Der Westen blüht im Wohlstand, im Osten aber
143 überwiegen Unsicherheit, Arbeitslosigkeit und karge
144 Lebensverhältnisse. Und zieht man die Summe aus beiden, dann
145 ergibt sich für das gesamte Deutschland ein niedrigerer
146 Lebensstandard und eine geringere gesamtwirtschaftliche Leistung pro
147 Einwohner, als sie zuvor für die BRD gemessen wurden.

148 1989 stand die BRD in der Einkommensstatistik in der Europäischen
149 Gemeinschaft an zweiter Stelle, nach Dänemark. 1991 werden wir als
150 vereintes Deutschland an fünfter Stelle, nach Frankreich, rangieren.
151 Für die BRD-Bürger wird das eine neue Erfahrung sein.

152 Ich bin überzeugt, daß das größere Deutschland keine Gefahren für
153 die Zusammenarbeit der Völker Europas bringen wird. Ich denke
154 schon, daß die Deutschen das notwendige Augenmaß bewahren
155 werden. Ihre wirkliche politische Herausforderung im kommenden
156 Jahrzehnt ist eine innenpolitische: die gerechte Einheit. Der innere
157 Friede in Deutschland, nicht der äußere Friede mit Deutschland, ist
158 das Wagnis, das Europa und die Deutschen mit der Vereinigung
159 Deutschlands im Jahr 1990 eingehen.

160 Im Westen ist heute das Einkommen der Arbeitnehmer im
161 Durchschnitt mehr als doppelt so hoch wie im Osten; das Vermögen
162 der Haushalte wahrscheinlich viermal größer. Gelingt es nicht, diesen
163 Einkommensabstand Jahr für Jahr zu verringern, dann wird die
164 Zweiteilung der Nation lange fortbestehen. Alles spricht dafür, daß
165 nicht nur in den hochindustrialisierten Gebieten, sondern auch in den
166 vorwiegend landwirtschaftlich geprägten Regionen der DDR auf
167 absehbare Zeit eine wesentlich höhere Arbeitslosigkeit herrschen wird
168 als im Westen des vereinigten Deutschland; auch wenn die Lage durch
169 Vorruhestand, Umschulungen und Beschäftigungsprogramme
170 verbessert werden kann.

171 Doch dies widerspricht dem zukünftig gemeinsamen
172 Verfassungsgrundsatz gleicher Lebensbedingungen in Deutschland.
173 Gelingt es nicht, diese soziale Lücke zwischen der DDR- und der
174 BRD-Region Jahr für Jahr sichtbar kleiner zu machen und in
175 absehbarer Zeit ganz zu schließen, dann wird das zukünftige
176 Deutschland immer wieder mit politischen Spannungen zu leben
177 haben, wie wir sie während der letzten 40 Jahre nicht erlebt haben.

178 Selbst bei einem wesentlich höheren Wachstum der DDR-Region
179 kann diese Annäherung kaum unterhalb der Frist von eineinhalb
180 Jahrzehnten erreicht werden. Rechnet man ein durchschnittliches
181 Wachstum des Bruttosozialproduktes (BSP) von etwa 2,5 Prozent in
182 der BRD-Region und von 7,5 Prozent in der DDR-Region im Laufe
183 der nächsten zwei Jahrzehnte - das Wachstum der DDR-Region wäre
184 also dreimal so schnell wie das der BRD-Region -, würde sich das
185 BSP je Einwohner beider Regionen erst im Jahre 2007 angeglichen
186 haben, vorausgesetzt, daß der Anteil beider Regionen an der
187 Bevölkerung etwa derselbe bleibt.

188 Eine dreifache Wachstumsrate ist allerdings eine sehr optimistische
189 Einschätzung der Entwicklungstendenzen der Region DDR (und eher
190 eine zurückhaltende Prognose für den BRD-Raum). Denn zunächst
191 muß ja ein Rückgang der Wirtschaftsleistung in der DDR-Region in
192 Kauf genommen werden. Das Deutsche Institut für
193 Wirtschaftsforschung schätzt, daß sich der gegenwärtige Abwärtstrend
194 im BSP der DDR-Region - für 1990 wird mit einem Minus von
195 nominal 6,5 Prozent gerechnet - noch fortsetzen wird und
196 prognostiziert für 1991 eine weitere Abnahme von etwa zwei Prozent;
197 dies ist schon eher optimistisch, es sei denn, das wirtschaftliche Ruder
198 wird wirklich herumgerissen.

199 Bezieht man die Entwicklung der ersten Jahre aber ein, würde es einen
200 noch längeren Zeitraum in Anspruch nehmen, bis sich die

201 Wirtschaftsleistungen der beiden Regionen angeglichen haben
202 könnten. Denn das Institut hat auch errechnet, daß auch 1991 noch
203 eine zusätzliche DDR-Nachfrage nach BRD-Waren von 40 Milliarden
204 D-Mark zu verzeichnen sein wird. Das Steueraufkommen in der BRD
205 werde also 1991, auch aufgrund dieser zusätzlichen Nachfrage aus
206 dem Gebiet der ehemaligen DDR, entsprechend höher ausfallen. Das
207 nominale Wirtschaftswachstum (also einschließlich der
208 Preissteigerungen) werde in der BRD 1990 acht Prozent und 1991
209 sieben Prozent betragen. Die Vereinigung treibt also den Keil der
210 Wohlstandskluft zunächst tiefer.

211 Manchmal wird gesagt, die DDR liege in ihrer Entwicklung etwa 25
212 Jahre hinter der BRD zurück. Das mag so sein, wenn man zum
213 Beispiel die Anteile der verschiedenen volkswirtschaftlichen Bereiche
214 - Landwirtschaft, gewerbliche Wirtschaft und Dienstleistungen - an
215 der gesamtwirtschaftlichen Leistung vergleicht. Aber "25 Jahre
216 Rückstand" beschreiben die wirklichen Probleme der Vereinigung
217 auch auf dem wirtschaftlichen Sektor völlig unzutreffend: Wäre das
218 alles - die Lage ließe sich schnell bessern. Eine BRD aus dem Jahre
219 1965 ließe sich schnell integrieren.

220 Es sind aber nicht die graduellen Unterschiede, sondern die
221 prinzipiellen, die den Einigungsprozeß so schwer machen. Die DDR
222 ist eben nicht eine BRD vor 25 Jahren, sondern etwas ganz anderes,
223 das sich nicht als zeitlicher Rückstand beschreiben läßt. Der Weg aus
224 der DDR-Wirtschaft in die BRD-Wirtschaft ist deswegen auch keine
225 Sache von Schritten, sondern eines ganzen Sprungs.

226 Keine moderne Volkswirtschaft kann jedoch ohne große
227 Erschütterungen abrupt aus ihrem Verflechtungssystem gelöst werden.
228 Und je höher entwickelt eine Industriegesellschaft ist, desto
229 schwerwiegender müssen auch die Verwerfungen sein, die mit jeder

230 abrupten Lösung aus den gewachsenen Verflechtungssystemen
231 verbunden sind.

232 Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische
233 Republik wurden nach 1945 zunächst als Besatzungszonen, sodann als
234 Teilstaaten in Deutschland in zwei völlig verschiedene Großsysteme
235 verflochten. Im Westen entwickelte sich ein System weitgehend
236 naturwüchsiger Arbeitsteilung; zwar hatte der Staat auch hier seinen
237 Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung. Aber Tempo und Struktur
238 bestimmte der Markt.

239 Immer ähnlicher wurde die Ausgestaltung der Eigentumsrechte in der
240 westlichen Welt; und immer gleichartiger wurde das Steuerrecht, um
241 Wirtschaftsstandorte im Wettbewerb nicht zu benachteiligen. Der
242 große und immer größer werdende Markt zwang die Wettbewerber
243 immer härter auf einen Kurs der Anpassung ihrer
244 Gesellschaftssysteme.

245 Mentalitäten und Verhaltensformen richteten sich danach aus. In der
246 Freiheit der Märkte kann nur bestehen, wer seine eigenen Dinge selbst
247 in die Hand nehmen kann. Die Märkte sind Kräfte der Anpassung,
248 aber sie stärken auch die Kräfte des Widerstandes. Wer unter freien
249 Bedingungen der Konkurrenz aufgewachsen ist, hat im verschärften
250 Wettbewerb eine bessere Chance, sich durchzusetzen.

251 Die DDR hatte 1945 nicht mit dem Markt, sondern mit der Planung
252 begonnen. Ihre Verflechtungen gründeten damit sehr viel mehr auf
253 politischen Entscheidungen und ihre Institutionen entwickelten sich in
254 Aktion und Reaktion eines Geflechtes von ideologisch und
255 parteipolitisch gelenkten Machtzentren, Unternehmen und
256 Gesellschaftssystemen.

257 Auch die Normen dieses Wirtschaftssystems waren von
258 Verflechtungen geprägt. Auch die DDR hatte ihren "Markt". Aber die

259 Zuteilungen von knappen Ressourcen wurden nicht in erster Linie
260 durch betriebswirtschaftliches Marktverhalten bestimmt, sondern
261 durch eine Beeinflussung politischer Entscheidungsgremien: durch
262 Überzeugung, Überredung oder Korruption. Und wo dies nicht
263 funktionierte, auch durch Umgehung, Zahlenbetrug und Rechtsbruch.

264 Diese DDR-Gesellschaft jetzt mit der eher naturwüchsigen,
265 wettbewerbsorientierten und in die internationale Arbeitsteilung
266 verflochtenen BRD-Gesellschaft zu verzahnen ist eine Aufgabe
267 vergleichbar mit der Integration zweier grundverschiedener
268 Antriebsmotoren zu einer größeren Maschine, wobei nicht nur die
269 Antriebskonzepte, sondern auch die Normen der bisherigen
270 Motorenteile mit keinem Gewinde, keiner Schraube, keinem
271 Rohrdurchmesser und keinem Anschlußzapfen übereinstimmen. Etwa
272 so, als ob man einen Acht-Zylinder-Pkw-Motor Baujahr 1990 mit
273 einem Traktormotor Baujahr 1957 zu einem Antriebsaggregat
274 verbinden wollte.

275 Der Vergleich hinkt natürlich. Und zwar entscheidend. Denn zwei
276 unterschiedliche Motoren kann man zerlegen, Teile ausbauen, neue
277 Gewinde schneiden, Anschlüsse vereinheitlichen und so weiter. Es
278 sind tote Materialien, und die Maschine steht. Die Vereinigung der
279 beiden deutschen Staaten jedoch betrifft Menschen in ihrem täglichen
280 Leben. Das Leben aber bleibt nicht stehen. Um das unzureichende
281 Beispiel noch einmal zu bemühen: Die Integration beider Maschinen
282 muß sozusagen bei laufendem Motor stattfinden. Diese Operation aber
283 ist gefährlich. Und zwar für den Motor - und für den Maschinisten.

284 Zwei zentrale institutionelle Unterschiede prägten die Gesellschaft in
285 der DDR: die Struktur monopolistischer Staatsbetriebe einerseits und
286 die weitgehende Identität von Partei und Verwaltung im SED-Regime
287 andererseits. Selbstverständlich gab es viele andere Merkmale der
288 DDR-Gesellschaft, die mit dem Aufbau der Bundesrepublik

289 unvereinbar waren: das Fehlen unabhängiger Gerichte, der Berliner
290 Zentralismus, die wissenschaftlichen Großorganisationen und so
291 weiter.

292 Aber so, wie sich nach der Revolution von 1989 in wenigen Monaten
293 in der frei gewählten Volkskammer ein beachtliches Parlament
294 schaffen ließ, so kann auch durch Rechtsakt ein System unabhängiger
295 Gerichte oder eine Neuordnung der Wissenschaftsorganisationen
296 geschaffen werden. Auch wenn es dann zunächst an fachkundigen
297 Personen und Erfahrung fehlt, könnten diese neuen Institutionen doch
298 relativ schnell wirksam werden.

299 Das Problem der verschiedenartigen Unternehmensstrukturen ist
300 damit völlig unvergleichbar. Staatliches Eigentum an 8000 Betrieben,
301 nach der Wende zusammengefaßt in einer nach Fachbereichen
302 gegliederten Organisation, der Treuhand, konnte gar nicht
303 funktionieren wie ein komplexes nationales und internationales
304 Geflecht von privaten Eigentümern, Aktionären, Börsen und
305 Investmentfonds.

306 Die Leitung eines BRD-Unternehmens weiß, wer ihre Eigentümer
307 sind; sie kennt ihre Aufsichtsräte, deren Zielsetzung und
308 Investitionsbereitschaft; sie weiß, womit sie zu rechnen hat. Der
309 Manager eines DDR-Unternehmens bekommt heute auf die zentralen
310 Fragen seines Unternehmens faktisch keinerlei Antwort. Es gibt keine
311 lenkenden Parteisysteme mehr, aber die Treuhand hätte (auch wenn
312 sie früher und effektiver geordnet worden wäre) gar keine
313 Möglichkeit, für eine so große Zahl von Unternehmen wirksam die
314 Rolle des Eigentümers auszufüllen.

315 Die Unternehmensstruktur der DDR ist auch sonst mit dem Westen
316 Deutschlands nahezu unvereinbar. Nicht nur Produktionsstätten,
317 Betriebe und Produkte wurden von der SED-Regierung nach
318 Gesichtspunkten zusammengefügt, die den heutigen

319 Wettbewerbsanforderungen nicht entsprechen. Im Rahmen der
320 "Konsumversorgung" wurde zum Beispiel
321 Schwermaschinenherstellern die Herstellung von Sonnenschirmen und
322 Kinderschaukeln aufgegeben.

323 Noch gewichtiger ist, daß die Produktqualität auf einen geduldigen
324 Inlandsmarkt und einen dominierenden und oft uneinsichtigen
325 sowjetischen Exportmarkt ausgerichtet wurde. Die Sowjetunion
326 bestimmte letztlich mit ihren Anforderungen (die auch dort von
327 Bürokraten bestimmt wurden) sogar, welche technische Entwicklung
328 DDR-Exportprodukte nehmen durften. Diese Produkte nun auf
329 Westmärkte umzulenken ist nahezu unmöglich. Der Betrieb in der
330 DDR, so abhängig er selbst von zentraler Parteiplanung und
331 Exportanforderungen war, hatte wiederum in seiner Region (im
332 sogenannten Territorium) eine mit den BRD-Betrieben völlig
333 unvergleichbare Bedeutung.

334 Der Betrieb beherbergte auch Schulen, Sportstätten, Kinderkrippen,
335 Erholungsheime, Kultureinrichtungen und Forschungszentren. Oft war
336 das gesamte soziale Leben einer Gemeinde von ihm abhängig. Es
337 waren nicht zusätzliche Leistungen zum Angebot der Kommunen, die
338 der Betrieb erbrachte (wie bei uns), sondern die Betriebe ersetzten die
339 kommunalen Einrichtungen. Die Betriebe sollen diese Einrichtungen,
340 die für die Menschen natürlich unverzichtbar sind, nun zwar an die
341 Kommunen abgeben - aber diese haben kein Geld, sie zu unterhalten.

342 Der Betrieb war wohl das wichtigste örtliche Kollektiv, die Partei das
343 wichtigste im ganzen Land. Sie regierte in alles hinein, die
344 Kommunen, die Betriebe und die Einrichtungen der Infrastruktur. Und
345 als die Partei von den verbitterten Bürgern verjagt wurde, kam es
346 faktisch zu einem Zusammenbruch aller öffentlichen
347 Entscheidungsstrukturen.

348 DDR-Bürger und DDR-Betriebe finden heute häufig überhaupt keine
349 oder keine funktionierende Verwaltung vor, so daß auch das tägliche
350 Leben des einzelnen im Vergleich zur BRD-Region erheblich
351 erschwert wird. Und das, obwohl gerade angesichts der großen
352 Umstellungsprobleme (vom Grundstückseigentum bis zur
353 Steuerleistung, von der Arbeitslosenunterstützung bis zur
354 Rentenberechnung) DDR-Bürger auf die öffentliche Verwaltung
355 besonders angewiesen sind.

356 Wie lange wird es dauern, bis diese Lücke geschlossen ist? Manchen
357 Ländern, zum Beispiel den USA, ist es über Jahrhunderte nicht
358 gelungen, eine wirklich effektive kommunale Verwaltung aufzubauen.
359 Die DDR-Region hatte eine, bevor die Kommunisten sie arrogant
360 zerschlugen.

361 Die DDR-Wirtschaft ist heute, zum Zeitpunkt der Vereinigung, im
362 wesentlichen immer noch eine Wirtschaft faktisch ohne
363 Privateigentum, eine Wirtschaft der Großbetriebe und der regionalen
364 Monostrukturen. Und eine Gesellschaft betriebsinterner
365 Sozialleistungen. Seit Juli 1990 werden die staatlichen Betriebe zwar
366 nicht mehr zentral gelenkt; Produktion und Preise müssen sich nach
367 Marktbedingungen und Verträgen im harten internationalen
368 Wettbewerb richten. Das stellt die Unternehmen vor eine fast
369 unlösbare Aufgabe - in der Ritterrüstung zur Olympiade (siehe Kasten
370 Seite 176).

371 Doch nicht das Produktionsgefälle zwischen den Betrieben diesseits
372 und jenseits der Elbe und auch nicht die Einkommensunterschiede der
373 Arbeitnehmer oder die großen Unterschiede der privaten Vermögen
374 zeichnen die innerdeutsche Wohlstandsgrenze heute am schärfsten.
375 Den härtesten Schatten wirft die öffentliche Armut auf die DDR-
376 Region.

377 Betriebe, Arbeitsplätze und Einkommen werden sich weitgehend dem
378 Maßstab der BRD-Region angenähert haben, wenn es noch Bereiche
379 öffentlicher Armut in der DDR-Region geben wird, die mit bloßem
380 Auge zu erkennen sind. Dazu werden leider dann noch die Städte und
381 Dörfer und viele Fälle der Öko-Zerstörung zählen.

382 Alles wurde vernachlässigt: die Krankenhäuser und Altenheime; die
383 Universitäten und betrieblichen Ausbildungsplätze; die
384 Verkehrssysteme, Verkehrswege und Telefonnetze; die Häuser in den
385 Städten und die Umwelt in Stadt und Land; die wissenschaftlichen
386 Institute, die Museen und Bibliotheken. Was von all dem, das
387 Menschen außerhalb ihrer vier Wände für die Qualität des Lebens
388 brauchen, ist heute in der DDR-Region besser als in der BRD-Region?

389 Es ist die kulturelle DDR, die am bittersten vernachlässigt wurde,
390 wobei ich "Kultur" nicht in dem engen Sinne verstehe, wie dies einige
391 staatlich verwöhnte Kulturangestellte der DDR tun. Sie trauern ja
392 einer DDR-Kulturförderung nach, die zum Beispiel auch die von der
393 Partei sortierte Papierzuweisung für Bücher umfaßte. Aber sie
394 erkennen kaum, daß genau diese staatlich-parteilpolitische
395 Lenkungspraxis eben auch den sozialen und ökologischen Zustand der
396 Städte, Flüsse und Arbeitsplätze, den lückenhaften Zustand der
397 Bibliotheken und die ideologische Verseuchung der Universitäten und
398 Akademien zu verantworten hat.

399 Die größten Wirtschaftsverbrechen der Kommunisten liegen
400 deswegen nicht in der Begrenzung des privaten Verbrauchs. Im
401 Gegenteil, wäre dieser mit einer nachdrücklichen Begünstigung eines
402 öffentlichen Wohlstandes erkaufte worden, wären also hinter der
403 Mauer zwar klapprige Autos und teure Fernsehgeräte, aber auch
404 gepflegte Städte, saubere Flüsse, kleine und ökologische Deponien
405 und saubere, sichere und sparsame Energiesysteme zum Vorschein
406 gekommen, dann hätte sich wohl nicht nur in der DDR, sondern auch

407 in der BRD eine feste Front gegen die schnelle Einbeziehung der
408 DDR in unser Verschwendungssystem gebildet.

409 So aber bringt der Kapitalismus, bringt sogar unsere
410 Überflußgesellschaft noch immer die größte Chance für eine
411 ökologische und soziale Wende in der DDR. Während Betriebe
412 notfalls in Monaten, immer aber in wenigen Jahren restrukturiert und
413 wettbewerbsfähig gemacht und dann auch die Einkommen der
414 Arbeitnehmer angeglichen werden könnten, wird die Beseitigung der
415 öffentlichen Armut in der DDR, werden ökologische Sanierung und
416 die Erneuerung der gesamten Infrastruktur viele Hunderte von
417 Milliarden D-Mark kosten und eher Jahrzehnte als Jahre in Anspruch
418 nehmen.

419 Zur Illustration der Probleme ein Blick auf das Verkehrswesen und die
420 Kommunikation: Die DDR verfügt über ein Eisenbahn-Streckennetz,
421 das mit 129 Kilometer pro 1000 Quadratkilometer Staatsfläche dichter
422 verlegt ist wie das in der BRD (110 Kilometer pro 1000
423 Quadratkilometer). Allerdings sind die Strecken inzwischen so
424 veraltet, daß vielfach nur eine Geschwindigkeit unter 100 km/h
425 gefahren werden kann. Im Westen fährt man im Stundentakt des
426 bequemen Intercity in dreieinhalb Stunden die knapp 450 Kilometer
427 von Hamburg nach Düsseldorf; in der DDR brauchen die Reisenden
428 sechs Stunden für die etwa gleich lange Strecke von Rostock nach
429 Dresden.

430 Die DDR-Reichsbahn beschäftigt, gemessen an ihrer
431 Transportleistung, etwa doppelt so viele Personen wie die
432 Bundesbahn, hat also damit wesentlich höhere Leistungskosten als die
433 Bahn im Westen; Personalabbau ist unvermeidlich. Der schlechte
434 Zustand der Eisenbahn in der DDR ist um so nachteiliger, als dort die
435 Bahn bisher über 70 Prozent des Güterverkehrs beziehungsweise 16
436 Prozent des Personenverkehrs bewältigte (BRD knapp 24 Prozent

437 beziehungsweise nur 4 Prozent) und damit ein sehr viel bedeutsamerer
438 Verkehrsträger geblieben ist.

439 Angesichts der hohen Leistungskosten und des veralteten technischen
440 Zustandes der Bahn in der DDR ist aber damit zu rechnen, daß die
441 ökologisch richtigen, höheren Transportanteile der Bahn in der DDR
442 auch angesichts der Ineffizienz leider sehr schnell zugunsten des
443 Straßenverkehrs zurückgehen werden. Um die Eisenbahn in der DDR
444 auf den technischen Leistungsstand der Bundesbahn zu bringen,
445 rechnen Experten mit einem Investitionsbedarf von insgesamt über
446 110 Milliarden D-Mark und mit einem Zeitraum von etwa zehn
447 Jahren.

448 Das Straßennetz der DDR ist sehr viel weniger engmaschig ausgelegt
449 als das der BRD; insbesondere gilt dies für das Fernstraßensystem. In
450 der DDR gibt es 1855 Kilometer Autobahn (17 Kilometer Autobahn
451 auf 1000 Quadratkilometer); in der BRD sind es 8618 Kilometer (etwa
452 35 Kilometer Autobahn auf 1000 Quadratkilometer). Zwar ist die
453 DDR wesentlich dünner besiedelt als die BRD (154 Einwohner pro
454 Quadratkilometer, BRD 248 Einwohner), aber dennoch ist die
455 Verbindung der Städte und Gemeinden durch Autobahnen wesentlich
456 schlechter als in der BRD.

457 Ökologisch mag man dies als einen Vorteil betrachten. Für den
458 Wirtschaftsstandort DDR wirken sich allerdings die umständlicheren
459 und auch qualitativ sehr viel schlechteren Straßenverbindungen
460 zunächst deutlich als negativer Faktor aus. Fast die Hälfte des
461 Autobahnnetzes, 22 Prozent der Fernstraßen, 40 Prozent der
462 Landstraßen und 40 Prozent aller Brücken gelten als dringend
463 renovierungsbedürftig. Das enge Autobahnnetz des Westens hat den
464 Fernverkehr der Pkw und insbesondere auch der Lkw-Transporter
465 inzwischen doch in erheblichem Umfang aus den Zentren der Städte
466 und von den Durchgangsstraßen der kleinen Gemeinden gebracht. In

467 der DDR wird man die mühseligen (und wachsenden!) Autoschlangen
468 in den Städten und Dörfern noch lange ertragen müssen, bis das
469 Autobahnnetz entscheidend zur Entlastung der Siedlungsgebiete führt.

470 Bis zum Jahresende 1990 soll ein gesamtdeutscher Verkehrswegeplan
471 vorliegen. Fachleute schätzen aber schon heute die Kosten, die für die
472 Instandsetzung und den notwendigen Ausbau der DDR-Straßen
473 erforderlich sind, vorläufig auf etwa 100 Milliarden D-Mark und
474 veranschlagen einen Zeitraum von über zehn Jahren, bis der Standort
475 DDR hier auch nur in etwa Wettbewerbsfähigkeit erreichen wird; 20
476 Jahre scheinen realistischer.

477 In den Jahrzehnten nach 1945 ist der nationale und internationale
478 Luftverkehr immer wichtiger geworden - die DDR hat sich von dieser
479 Entwicklung weitgehend abgeschnitten. Mit 16 Millionen Einwohnern
480 verfügt die DDR-Region, abgesehen vom Flughafen Schönefeld in
481 Ost-Berlin, über keinen in das internationale Flugnetz eingebundenen
482 Flughafen. Leipzig, die zweitgrößte Stadt der DDR mit etwa 500 000
483 Einwohnern, verfügt als internationale Messestadt über einen
484 Flughafen mit nur einer Landebahn und einem jährlichen
485 Verkehrsaufkommen (faktisch nur Messeverkehr) von etwas über 500
486 000 Passagieren (Hannover 2,3 Millionen).

487 Die Gesamtkapazität der Flughäfen in der DDR wird für 16 Millionen
488 Menschen heute höchstens auf vier Millionen Passagiere geschätzt
489 (einschließlich Schönefeld); die vergleichbare Kapazität in der BRD
490 beträgt für 62 Millionen etwa 70 Millionen Passagiere. Es ist damit zu
491 rechnen, daß der Ausbau der Flughäfen in der DDR auf des Niveau
492 der BRD (ohne Neubau in Berlin) einige Milliarden D-Mark kosten
493 wird und daß zum Beispiel Leipzig frühestens in zehn Jahren über
494 einen Flughafen verfügen kann, der wenigstens mit den kleineren
495 westdeutschen Flughäfen in Stuttgart, Nürnberg oder Hannover
496 vergleichbar wäre.

497 Der Neubau eines Berliner Flughafens mit dem für die Weltstadt
498 erforderlichen internationalen Standard wird, wenn alles sehr zügig
499 geplant und entschieden wird, nach BRD-Erfahrung eher 15 als 10
500 Jahre in Anspruch nehmen und sicherlich mindestens zehn Milliarden
501 D-Mark kosten (München-Erding nach bisherigen Planungen fast
502 neun Milliarden D-Mark).

503 Das Nahverkehrswesen hatte in den Städten der BRD seit Beginn der
504 siebziger Jahre immer größere Aufmerksamkeit erlangt und immer
505 höhere Anteile an den kommunalen Kosten und Investitionen
506 verschlungen. Und dennoch wird der Stand des Ausbaus im
507 allgemeinen als unzureichend und die Wettbewerbsfähigkeit
508 gegenüber dem privaten Pkw als völlig ungenügend angesehen. Die
509 Zerstörung der Städte durch einen ungezügelter Autoverkehr schreitet
510 in der BRD faktisch ungehindert fort. Hier liegt eine der großen
511 kommunalen Aufgaben der Zukunft.

512 In der DDR bewältigt zwar der öffentliche Personennahverkehr
513 (ÖPNV) einen größeren Anteil des Personenverkehrs als in der BRD,
514 aber in erster Linie, weil die private Pkw-Dichte sehr viel geringer ist
515 und die Fahrkosten im ÖPNV noch sehr viel stärker subventioniert
516 wurden als in der BRD. Dies allerdings hat auch dazu geführt, daß die
517 Verkehrsbedingungen im öffentlichen Nahverkehr häufig sehr viel
518 weniger attraktiv sind als im Westen und mit wachsenden Pkw-
519 Anteilen im Zweifel jetzt auch in der DDR-Region nicht konkurrieren
520 können.

521 Denn mit der Senkung der Pkw-Kosten (insbesondere durch die
522 Öffnung der DDR für den Gebrauchtwagenmarkt aus der BRD) wird
523 auch in der DDR der Kampf um die Marktanteile des ÖPNV stärker
524 über die Qualität des Verkehrsangebotes (Frequenz und Netz) geführt
525 werden müssen. Erste vorsichtige Schätzungen der Fachleute rechnen
526 mit einem Investitionsbedarf von mindestens 30 Milliarden D-Mark

527 und einem Zeitraum von 10 bis 15 Jahren für die Anpassung an das
528 (ebenfalls unzureichende) BRD-Niveau des öffentlichen Nahverkehrs.

529 Telefon und Telekommunikation sind eine Katastrophe in der DDR-
530 Region. Seit Öffnung der Mauer ist das Telefonnetz der DDR der
531 schwierigste Engpaß in der Kommunikation zwischen den beiden
532 Teilen Deutschlands gewesen. Es fehlen Telefonanschlüsse (auf 100
533 Einwohner kommen lediglich 11 Anschlüsse gegenüber 46 in der
534 BRD) und Leitungen in einem Volumen, das von den Fachleuten auf
535 etwa 30 Milliarden D-Mark geschätzt wird. Es fehlen sieben
536 Millionen Telefonanschlüsse, 90 000 Telefonzellen, 360 000 Telefax-
537 Anschlüsse und 60 000 Datennetzanschlüsse. Im gesamten
538 Postbereich Telecom wird mit einem Volumen von 55 bis 60
539 Milliarden D-Mark gerechnet, um das elektronische
540 Kommunikationssystem auf den Entwicklungsstand der BRD-Region
541 zu bringen.

542 Fazit: Allein für den Bereich Verkehr und Kommunikation in der
543 DDR-Region wird insgesamt ein Nachholbedarf von über 300
544 Milliarden D-Mark und eine Anpassungsphase von mindestens 15
545 Jahren geschätzt. Ähnliche Größenordnungen und Zeiträume ergeben
546 sich, wenn man den Wohnungs- und Städtebau betrachtet. Weitere
547 enorme Summen werden für die Renovierung des Gesundheitswesens
548 und der wissenschaftlichen Einrichtungen, für Schulen und
549 Sportstätten und schließlich für den Umweltschutz erforderlich sein.

550 1945, als im August schließlich zwischen den Besatzungszonen der
551 Westmächte und der Sowjetunion die Grenzen gezogen waren, hatte
552 das ganze Deutschland - oder das, was von ihm geblieben war - eine
553 relativ einheitliche Struktur. Die wirtschaftliche Entwicklung
554 Deutschlands hatte nach 1871 zwar Schwerindustrie, Kohle, Stahl,
555 Schiffbau, die Waffenindustrie und den entsprechenden

556 Maschinenbau begünstigt und damit insbesondere Entwicklung und
557 Wohlstand des Ruhrgebiets und einiger Hafenstädte vorangetrieben.

558 Aber Großchemie, Automobilbau, Elektrotechnik, Maschinenbau, die
559 optische Industrie und die Textilindustrie hatten wesentliche
560 Schwerpunkte im heutigen Gebiet der DDR. Das Bruttosozialprodukt
561 pro Einwohner war in diesem Teil Deutschlands 1939 sogar größer.
562 Die Industrieproduktion pro Einwohner betrug dort etwa 1380
563 Reichsmark, im Westen etwa 1185 Reichsmark.

564 Was 1945 noch nahe beieinander war, ist heute, auch wegen der
565 stürmischen technisch-wissenschaftlichen Entwicklungen der letzten
566 Jahrzehnte innerhalb der Industriestaaten, unterschiedlicher kaum
567 vorstellbar. Die Geschichte der beiden, in der strukturellen
568 Ausgangslage nach 1945 noch so vergleichbaren deutschen Staaten
569 spiegelt wider, was politische und ökonomische Rahmenbedingungen
570 für den wirtschaftlichen und sozialen Erfolg einer Gesellschaft
571 bedeuten.

572 Geschichte bindet, und deswegen kann sie auch trennen. Man trifft
573 einen Dritten und fragt ihn nach seiner Nationalität: Engländer oder
574 Schotte wird er sagen, und wenn er antwortet: britisch, meint er seinen
575 Paß. Sizilianer ist man oder Sarde, bald vielleicht auch Lombarde eher
576 als Italiener; oder Baske, vielleicht auch Katalane, ehe man sich als
577 Spanier bekennt.

578 Treffen sich heute Hamburger und Bayern, so ist das ganz anders, als
579 wenn sich Hessen und Sachsen begegnen. Denn dann sind es Westler
580 und DDRler, oder auch Wessies und Ossies. Die Identität der
581 staatsrechtlichen oder wohl besser: nachkriegsgeschichtlichen
582 Zugehörigkeit ist viel stärker geworden als die der
583 landsmannschaftlichen Herkunft. Für den Leipziger ist der Münchner
584 und der Hamburger gleichermaßen ein Fremdling, und bei uns wissen
585 die meisten gar nicht, daß der sächselsende Erfurter kein Sachse,

586 sondern ein Thüringer ist. Wer sächsisch spricht, kommt eben aus der
587 DDR.

588 Unterschiede und ausgesprochene Gegensätze der verschiedenen
589 Landsmannschaften in Deutschland hat es immer gegeben. Aber die
590 Unterschiede sind jetzt, am Anfang der wiedergewonnenen staatlichen
591 Einheit zwischen den beiden Teilen Deutschlands und ihren
592 Bewohnern, vermutlich größer, als sie es je in der Geschichte waren.
593 Es wäre heute in vieler Beziehung leichter, aus Deutschen und
594 Franzosen einen Staat zu machen als aus Deutschen und Deutschen.

595 Früher hatten die landsmannschaftlichen Unterschiede immer etwas
596 Gleichwertiges und Gleichberechtigtes. Gewiß, es gab fortschrittliche
597 und verschlafene Residenzen; bürgerliche und eher spießbürgerliche
598 Reichsstädte; reiche und arme Regionen in diesem historischen
599 Deutschland. Aber Unterschiede von dem Ausmaß, wie sie heute im
600 vereinigten Deutschland bestehen, haben in der bisherigen deutschen
601 Geschichte eben nur zwei Ereignisse hinterlassen: der römische Limes
602 und die Reformation mit ihren Grenzen zwischen Katholiken und
603 Protestanten. Mir scheint, daß wir erst langsam begreifen, daß die
604 dritte große Grenzziehung der deutschen Geschichte, die Grenze, die
605 von der Sowjetunion zu Beginn des Kalten Krieges entlang dem
606 Eisernen Vorhang gezogen wurde, eine Grenze ist, die tief in der
607 Seele der Menschen verläuft.

608 Über 40 Jahre getrennter, ja abgeschotteter Geschichte haben tiefe
609 Kerben in das Bewußtsein beider Teile Deutschlands geschnitten. Die
610 BRD wurde in diesen Jahrzehnten eine selbstverständliche
611 Erfolgsgemeinschaft, mit viel Nörgelei zwar, aber doch auch viel
612 Stolz auf den wirtschaftlichen und politischen (in dieser Reihenfolge)
613 Ertrag. Die DDR hingegen wurde zu einer Schicksalsgemeinschaft
614 nicht des Ertrags, sondern des Ertragens; des Erduldens, Erleidens und
615 Wartens.

616 Der Westen Deutschlands, die bisherige Bundesrepublik, hat alles,
617 was der bisherigen DDR fehlte und was die Bewohner des östlichen
618 Teils Deutschlands nun in der Einheit zu finden hoffen: die Erfahrung
619 mit demokratischen Freiheiten; den erprobten Rechtsstaat; eine
620 leistungsfähige Wirtschaft; einen entsprechend hohen Lebensstandard
621 und eine staatliche Organisation, die soziale Sicherheit und kulturelle
622 Vielfalt ermöglicht.

623 Was der Westen Deutschlands schon heute hat, will der Osten haben.
624 Und so ist es unvermeidlich, daß der Westen bis zum Ausgleich mit
625 den Lebensbedingungen in den Gebieten der heutigen DDR der
626 Gebende sein wird.

627 Mindestens ein Jahrzehnt werden Jahr für Jahr Kapitalübertragungen
628 von West nach Ost in Deutschland in einer Größenordnung von vielen
629 Milliarden erforderlich sein. Verbunden mit allen psychologischen
630 Problemen, die ein solches Verhältnis im Leben mit sich bringt:
631 Geben heißt auch abgeben, und nehmen heißt eben immer auch, die
632 eigene Schwäche offen anzuerkennen; also nehmen zu müssen. Die
633 einen werden immer erinnern, daß Geben nicht nur seliger ist als
634 Nehmen, sondern im allgemeinen auch angenehmer. Denn Haben ist
635 leichter als Nötighaben.

636 Aber diejenigen, die nehmen, werden sich auch erinnern (und erinnern
637 müssen), daß es der andere aus dem Westen ist, der gibt, der abgibt,
638 und der dazu innerlich immer nur dann bereit sein wird, wenn auch
639 der Nehmende diese Tatsache respektiert. Dankbarkeit ist aber nicht
640 jedermanns Sache, schon gar nicht, wenn man die schwierige eigene
641 Situation nachweislich nicht selbst verschuldet hat.

642 "Wessies" und "Ossies" wird es deswegen wohl noch lange geben,
643 und die alten Schmerzen werden ebenso wie die neuen - oft
644 unvermeidbaren - Kränkungen, die der Westen dem Osten in
645 Deutschland gerade während der ersten Monate nach Öffnung der

646 Mauer erneut zugefügt hat, für die Erhaltung jenes alten DDR-Gefühls
647 sorgen, das so unbestimbar zwischen asketischer Selbstbehauptung
648 und zorniger Wehleidigkeit, zwischen Dulden und ungeduldigem
649 Fordern wechseln kann.

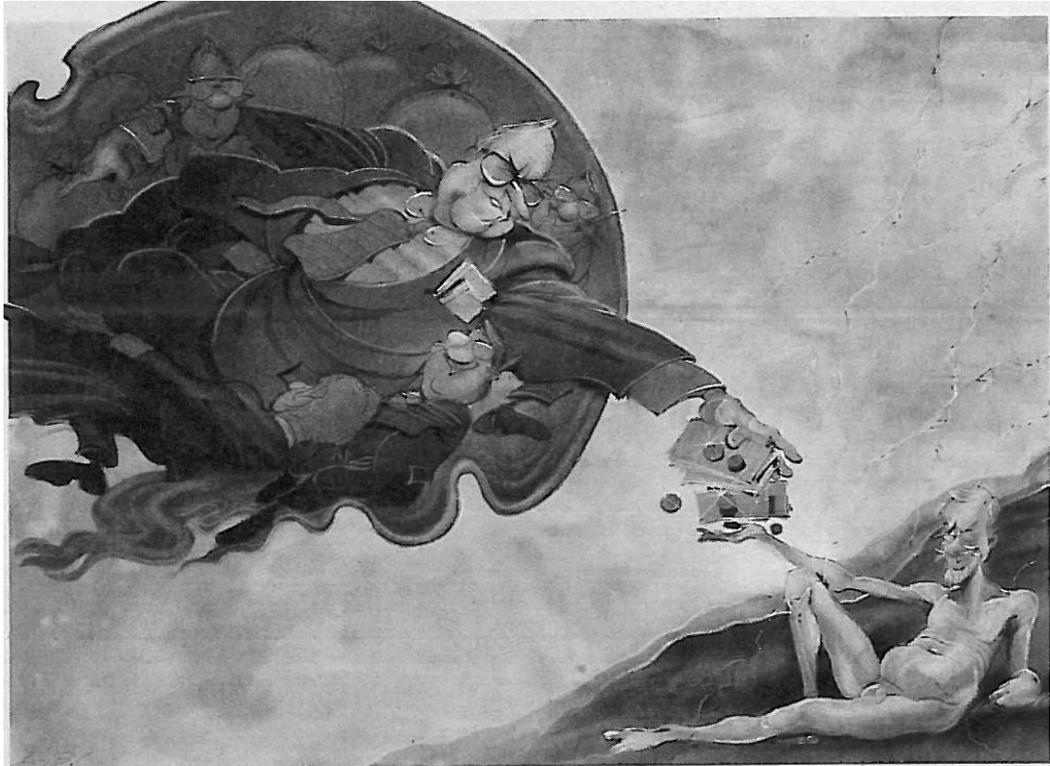
650 Diese sozialen Schmerzen der Einheit werden politische Folgen
651 haben.

Abbildungsverzeichnis

Quelle: „DER SPIEGEL“ Ausgabe 39/1990



Abb. 1



Der göttliche Funke

Profil, Wien

Abb. 2



Ost-Berliner beim Währungsumtausch am 1. Juli: Talfahrt in die Ellenbogengesellschaft?

Abb. 3



Arbeitslose in der DDR: „Wesentlich mehr als im Westen des vereinigten Deutschland“

Abb. 4



Ladenpassage in Düsseldorf: „Der Westen blüht im Wohlstand“

Abb. 5



Planwirtschaftspropaganda in der DDR (1956): „Überzeugung, Überredung, Korruption“

Abb. 6



Betriebskinderkrippe in der DDR: Der Betrieb ersetzte die kommunalen Einrichtungen

Abb. 7



Wohnstraße in Ost-Berlin (1989): „Alles wurde vernachlässigt“

Abb. 8



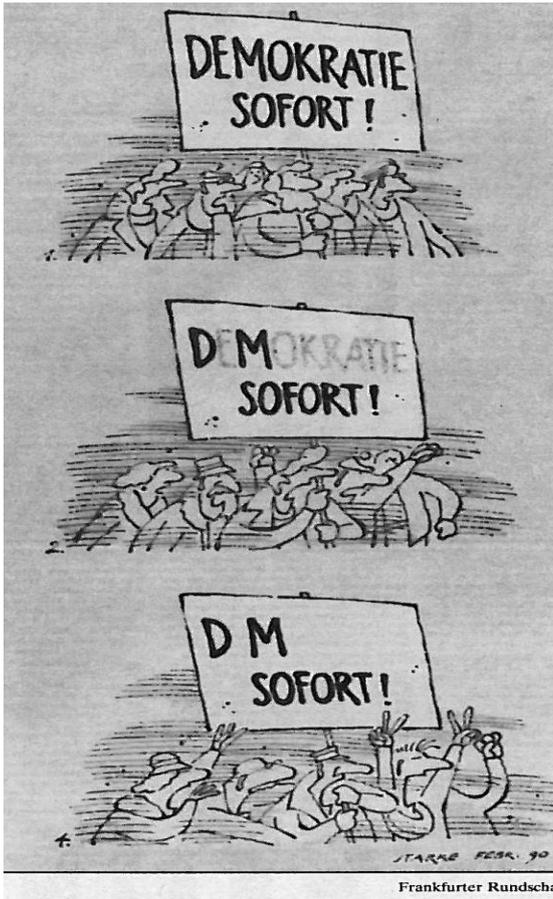
Flughafen Leipzig: „Die Erneuerung der DDR-Infrastruktur . . .

Abb. 9



. . . wird Hunderte von Milliarden Mark kosten“: **Reichsbahn-Stellwerk in Basdorf**

Abb. 10



Frankfurter Rundschau

Abb. 11

Abstract

Das Ende des sozialistischen Gesellschaftssystems und die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten brachte umfangreiche Diskurse über die deutsche Einheit und über den damit verbundenen Transformationsprozess hervor, mit dem weitreichende soziale, wirtschaftliche und politische Veränderungen in den neuen Bundesländern einhergingen. Die vorliegende Arbeit befasst sich mit dem Diskurs um den gesellschaftlichen Transformationsprozess in den Regionen der ehemaligen DDR, der als sogenannter Aufbau Ost bezeichnet wird anhand der Analyse der medialen Berichterstattung der Zeitschrift „DER SPIEGEL“. Im Fokus der Untersuchung stehen dabei die diskursiven Formationen und Praktiken im Hinblick auf die Konstitution von Subjektpositionen. Wie herausgearbeitet werden konnte, zeichnen sich die konstituierten Subjekte im Diskurs vor allem durch ein hierarchisches duales Verhältnis aus. Analog zum Kolonial- bzw. modernisierungstheoretisch geprägtem Entwicklungsdiskurs lässt sich eine binäre diskursive Grundstruktur identifizieren, die Vorstellungen vom armen, entwicklungsbedürftigen „Osten“ und dem modernen wohlhabenden „Westen“ impliziert. Der Diskurs erweist sich insofern als ein hegemonialer und entwertender, da hier über diskursive Konstruktionen des „Eigenen“ und „Fremden“ das „Eigene“, hier die bundesdeutsche Gesellschaft und die marktwirtschaftliche Ordnung, als höherwertiges Ideal, die Regionen und BewohnerInnen der ehemaligen DDR jedoch als „rückständig“ und „entwicklungsbedürftig“ repräsentiert werden. Der „Aufbau“ der neuen Bundesländer wird zum „Entwicklungsprojekt“ bei dem wirtschaftliche Prosperität und ein entsprechender Lebensstandard, durch die Unterstützung des „Westens“ und damit über Hilfe „von außen“ möglich werden soll. Die Regierung, im Sinne von Foucaults Konzept der Regierung als Führung, der diskursiv konstruierten „anderen Deutschen“ und deren Einbindung in marktgerichtete Prozesse und das bundesdeutsche Gesellschaftssystem vollzieht sich dabei über ein Subjektivierungsangebot, das diese anruft sich unternehmerisch zu verhalten und zum Unternehmer ihrer Selbst zu werden.

The collapse of the socialist system and the reunification of the two German states were followed by extensive discourses about the German unification and the transformation process that have been accompanied by social, economic and political changes. The present thesis deals with the discourse about the transformation process in the regions of the former GDR, known as “Aufbau Ost” (the build-up of the East). This is done through an analysis of the magazine “DER SPIEGEL”. The study focuses on discursive formations and strategies in the context of established subject positions. The results show that subjects are linked to one another through a dual hierarchical relationship. The discourse can be characterized by its binary discursive structure which is similar to the structure of the colonial discourses and the development discourse of the 20th century. Furthermore, the discourse can be described as a hegemonic and devaluating discourse in so far as it implies ideas of the poor undeveloped “East” and the modern and prosperous “West” in which the West German society and its market economy is considered to be ideal and superior. The build-up of the new East German federal states becomes a “development project” where economic prosperity and a high standard of living should be achieved through the help of the “West” and thus through external interventions. Governance, as described by Foucault’s concept of government in the sense of leadership, can be seen as taking place through a form of subjectification which calls upon the individual to think and act as an entrepreneur.

Curriculum Vitae

Zur Person

Name: Mag. Sandra Katzer
Geburtsdatum: 22.12.1976
Geburtsort: Zwickau

Schulbildung

1983 – 1989 Julian-Marchlewski-Schule Zwickau (Grundschule)
1989 – 1991 Goetheschule Zwickau (Grundschule)
1991 – 1995 Pestalozzi-Gymnasium Zwickau

Studium

1995 – 2002 Studium in den Fächern Anglistik und Kunstgeschichte
an der Universität Leipzig
Seit 2005 Magisterstudium im Fach Psychologie an der Universität
Wien

Zusätzliche Qualifikationen und Weiterbildung

2009 – 2012 Holistic Healing Gruppentrainer am Institut für
ganzheitliche Medizin, Therapie und Beratung, Wien
2011 – 2013 Förderung der vorgeburtlichen Mutter-Kind-Beziehung
bei Dr. Ludwig Janus und Dr. Jenő Raffai, Wien
Seit 2011 Psychotherapeutisches Propädeutikum beim ÖAGG,
Wien

Berufserfahrung und Praktika

2003 – 2005 K. G. Saur Verlag GmbH (Allgemeines
Künstlerlexikon), Leipzig, freie Redakteurin
2007 freie Mitarbeit in der Galerie Laden fuer Nichts, Leipzig
achtwöchiges Praktikum in der Fachklinik Heiligenfeld,
Klinik für Psychosomatische Medizin und
Psychotherapie und für Psychiatrische Rehabilitation,
Bad Kissingen
2008 sechswöchiges Praktikum in der Adula-Klinik, Klinik für
Psychosomatik und Psychotherapie, Oberstdorf
2009 sechswöchiges Praktikum (Pflichtpraktikum) im
Psychosomatischen Zentrum Waldviertel, Eggenburg